

Termine:

Bd. CXXXIV

Justizprüfungsamt?
Ja – nein
Falls ja: P – K – V – R
Unterschrift:

Mitteilungen nach Nrn. MiStra.
Benötigt werden Abschriften von:

Staatsanwaltschaft

bei dem ~~Landgericht Berlin~~

~~Kammergericht~~
Strafsache

bei de — Strafkammer des — gericht

Verteidiger:

RA. v. Heynitz Vollmach. Bl.

„ Meurin

gegen Bosshammer,
Friedrich

wegen Mordes

Haftbefehl Bl. — aufgehoben Bl.

Anklage Bl.

Eröffnungsbeschluß Bl.

Hauptverhandlung Bl.

Urteil des I. Rechtszugs Bl.

Berufung Bl.

Entscheidung über die Berufung Bl.

Revision Bl.

Entscheidung über die Revision Bl.

Landesarchiv Berlin
B Rep. 057-01

Nr.: 4982

Strafvollstreckung im
Vollstreckungsheft — Bl.

Zählkarte Bl.

Strafnachricht Bl.

Ss 5 Si R 527/72

1 Ks [redacted] 1/71
A Js 1/65 (RSHA)

AU 57

Weggelegt

Aufzubewahren: — bis 19

— dauernd —

Geschichtlich wertvoll? — Ja — nein —

500 - 26 / 71

[illegible]

V e r m e r k

über den wesentlichen Inhalt der nach dem 23. April 1971
erfaßten Beweismittel in der Strafsache gegen Friedrich
B o B h a m m e r wegen Mordes

Nach Anklageerhebung sind weitere Zeugen in Italien und Deutschland gehört und neue Dokumente - insbesondere aus Italien und Polen - übersandt worden. Die sich daraus ergebenden neuen Erkenntnisse sollen deshalb im folgenden kurz dargestellt werden, und zwar geordnet nach einzelnen Komplexen in Anlehnung an und unter laufendem Verweis auf die Anklageschrift.

I.

Die Behandlung der jüdischen Mischlinge und der jüdischen Partner aus "arisch"-jüdischen Mischehen sowie der alten und der schwerkranken Juden (vgl. S. 313 und insbesondere S. 371 bis 374 der Anklageschrift)

Die neu erfaßten Dokumente und sonstigen Beweismittel ergeben zur Frage der Behandlung der jüdischen Mischehenpartner, jüdischen Mischlinge, alten und schwerkranken Juden in Italien durch einerseits den Angeklagten und seine Untergebenen sowie andererseits durch italienische Dienststellen ein nunmehr verhältnismäßig umfassendes und abgerundetes Bild. Danach hat der Angeklagte unter fortlaufender, teilweise krasser Verletzung italienischer Bestimmungen zahlreiche Angehörige dieser geschützten jüdischen Gruppe nach Auschwitz/Birkenau deportiert.

S 1-30

noch Kopie
aber in Urk. Kiste
eintragen

2

Schon unmittelbar nach Erlass des Gesetzes der Regierung Mussolinis vom 30. November 1943, aufgrund dessen alle Juden in Italien in italienischen Konzentrationslagern zu internieren waren (S. 263, 264, 303 der Anklageschrift), kam es offenbar zu Schwierigkeiten in zahlreichen Härtefällen. Das führte zum Erlass von italienischen Ausnahmebestimmungen für bestimmte Gruppen von Juden, die damit privilegiert wurden.

LO 70 b -BO (h'blau) Italien
Halbh. a - ital.Quästur- und
Präfektur-Akten/Padua
Bl. 6-9, Dokumente Nr.3 u.4
11. 1. 1944 (mit Anlage v.
10. 12. 1943)

Bereits am 10. Dezember 1943 erging vom Ministerium des Innern (Ministero dell'Interno) der Regierung Mussolinis, und zwar von der Generaldirektion für die Sicherheitskräfte (Direzione Generale Della P.S.), Abteilung AGR (Divisione A.G.R.) unter dem Aktenzeichen Nr. 442/57460 der folgende telegrafische, unter anderem an die Chefs der nicht besetzten italienischen Provinzen (Capi Provincie non occupate) und an den Polizeichef (Questore) von Rom gerichtete Erlass (übersetzt):

LO 70 b -BO (h'blau) Italien
Halbh. a - Bl. 9

"In Anwendung kürzlich ergangener Bestimmungen sind alle ausländischen Juden Konzentrationslagern zuzuführen. Dieselbe Maßnahme ist bei italienischen Volljuden anzuwenden, mit Ausnahme der Schwerkranken und der über 70-jährigen. Ausgenommen sind z.Zt. die Mischjuden und die gemischten Familien, vorbehaltlich angemessener Überachungsmaßnahmen.

Polizeichef
gez. Tamburini"

Damit war klargestellt, daß jüdische Mischlinge, jüdische Partner "arisch"-jüdischer Mischehen, über 70-jährige sowie schwerkranke Juden nicht interniert werden durften.

LO 70 a -BO (h'blau) Italien
Halbh. a - 8. 3. 1944

Am 8. März 1944 - und nicht am 7. März 1944, wie in der Anklageschrift (S. 373) aufgrund einer Zeugenangabe angegeben - wurde dieser Erlaß durch einen neuen telegrafischen Erlaß des Innenministeriums der R.S.I. (der von Deutschland besetzte faschistische Teil Italiens), ebenfalls gezeichnet von Tamburini, - Az.: 3968/442 - bestätigt und teilweise erweitert. Er lautet - in der Übersetzung - wie folgt:

"Im Anschluß an die entsprechende Mitteilung, die von der Generaldirektion für Einwohnermeldewesen und Rasse eingegangen ist, und unter Bezugnahme auf das telegrafische Rundschreiben vom 22. Januar d.Jhrs. wird bestätigt, daß sowohl italienische wie auch ausländische Volljuden mit Ausnahme von alten Personen über 70 Jahre und Schwerkranken in Konzentrationslager zu überführen sind. Von dieser Maßnahme bleiben ausgenommen Juden aus gemischten Familien einschließlich ausländischer Juden, die mit arischen Inländern verheiratet sind oder mit arischen Staatsangehörigen irgend einer anderen ursprünglichen Nationalität. Dieser Maßnahme unterliegen ebenfalls nicht diejenigen, die nach dem Gesetz vom 13. Juli 1939, XVII Nr. 1204, das weiterhin gilt, die formelle Erklärung erhalten haben, nicht der jüdischen Rasse anzugehören. Wird hinzugefügt, daß die Vermögensverwaltung der Juden dem Ministerium für Finanzen übertragen worden ist, wie durch Verordnung des Duce vom 4. Januar dieses Jahres bestimmt worden ist."

LO 70 b - BO (h'blau) Italien
Halbhefter c - ital. Quästur-
u. Präfektur-Akten/Verona,
Ordner 2
Bl. 67 Dok.Nr. 31
24.7.1944

Auch in der Folgezeit galten diese Bestimmungen weiter. Das beweist das Schreiben des von Preziosi geleiteten Generalinspektorates für Rasse in der Präsidialkanzlei des Ministerrates vom 24. Juli 1944 an den Provinzchef Verona - Az.: 487 Gab. - betreffend die Abgabe des Gesuches der "arischen" Frau Clorinda Lana, verheiratete Jenna, um Freilassung ihres jüdischen Ehemannes Jenna, in dem es heißt:

"Ich übersende das beigelegte Gesuch der Frau Clorinda Lana, verheiratete Jenna - dort wohnhaft in der Via Gazzera Nr. 27 - mit der Bitte, dieses mitzuteilen, daß das Generalinspektorat nicht zuständig ist, bezüglich der erbetenen Freilassung ihres Ehemannes aus dem Konzentrationslager etwas zu veranlassen. Es handelt sich um eine Angelegenheit, die den Polizeiorganen übertragen worden ist.

Trotzdem wird darauf hingewiesen, daß ihr jüdischer Ehemann, falls die Lana - wie es scheint - arischer Abstammung ist, von einer Einlieferung aufgrund des telegrafischen Rundschreibens vom 10. Dezember 1943 Nr. 442/57460, gez. Tamburini, auszunehmen sein würde, nach dem die Gemischten und die gemischten Familien von der Internierung zur Zeit vorbehaltlich von Überwachungsmaßnahmen ausgenommen wurden."

Daß diese italienischen Bestimmungen dem Angeklagten genau bekannt waren, wird auch durch eine ganze Reihe neuer Dokumente bewiesen.

Vor allem ergibt sich das aus den Akten der Quästur Verona betreffend u.a. die über 70-Jahre alten jüdischen Eheleute Calimano und Enrichetta Tedeschi und ihre Tochter, die Ehefrau des "arischen" Schwiegersohnes von Tedeschi, Roberto Strinasacchi.

Eine Anzeige der Schwarzen Brigade vom 5. September 1944 an den Provinzchef Verona, daß die fraglichen Personen in einem Kloster lebten, wurde von jenem am 13. September 1944 an den Quästor von Verona weitergeleitet. Auf dem Schreiben vom 13. September 1944 befindet sich oben rechts ein handschriftlicher, undatierter Vermerk - offenbar von einem Bediensteten der Quästur Verona - der übersetzt wie folgt lautet:

"SS-Major BoShammer
wegen event. Transportes nach
Deutschland"

Angeheftet an das Schreiben vom 13. September 1944 ist ein Zettel, der zwei weitere handschriftliche Vermerke, offenbar zweier Quästur-Angehöriger, trägt.

Einer - datiert vom 16. September - hat folgenden Wortlaut:

LO 70 b - BO (h'blau) Italien

Halbh. b - ital. Quästur- und
Präfektur-Akten/Verona,
Ordner 1
Bl. 68-78, Dok.Nr.19
bis 22

LO 70 b - BO(h'blau) Italien

Halbh. b - Bl. 68-69/Dok.Nr.19
5. 9. 44
Bl. 70-76/Dok.Nr.20 u.21
13. 9. 44

LO 70 b - BO(h'blau) Italien

Halbh. b - Bl. 74-76/Dok.Nr.21
16. u. 17.9.44

LO 52 - SO (orange) Dr. Ravenna

6. 4. 1971
(Dok.-Aufstellung)

"Zum SS-Kommando des Majors Boschamer gehen und sehen, ob es zutrifft, daß alle vier nach Deutschland zu schicken sind.

Auf das Alter der beiden Alten hinweisen."

Der andere Vermerk, datiert vom 17. September 1944 lautet übersetzt:

"Brigadier Palmitessa zum deutschen Kommando begeben und von Major Boschamer verlangen was der Herr Polizeipräsident dazu sagt."

LO 70 b - BO (h'blau) Italien
Halbhefter b - Bl. 77-78/Dok.Nr. 22
19. 9. 44

Bereits mit Schreiben vom 19. September 1944 reichte der Quästor von Verona dem Provinzchef von Verona die Anzeige der Schwarzen Brigade zurück und teilte u. a. mit,

"...daß keine der darin aufgeführten Personen aufgrund endgültiger Ministerialentscheidung nach Deutschland überstellt werden kann. Abschrift der Entscheidung füge ich bei.

Die jüdischen Eheleute Tedeschi sind älter als 70 Jahre, der Carlo Strinasacchi und Sohn Roberto sind arischer Rasse und die Ehefrau des Letzteren wird als Jüdin in Mischehe angesehen."

LO 52 - SO (orange) Dr. Ravenna
12. 9. 71 (S. 7/8 der
Übersetzung)

Die als Anlage beigelegt gewesene Ministerialentscheidung ist der oben zitierte Erlass vom 8. März 1944

Die angeführten Dokumente beweisen nicht nur, daß der Angeklagte auch noch zu dieser Zeit der für die Entscheidung derartiger Angelegenheiten zuständige und der Präfektur sowie Quästur in Verona als solcher

bekannte Bedienstete des BdS Italien in Verona war, sondern auch und vor allem, daß er in dieser Sache tatsächlich entschieden hat. Denn die Quästur Verona antwortete erst, nachdem der Angeklagte entschieden hatte. Andernfalls hätte es nicht der handschriftlichen Vermerke in den italienischen Polizeiakten bedurft, zumal der Erlaß des italienischen Innenministeriums der Quästur offensichtlich seit langem bekannt war. Der Zeuge Palmitessa, der bereits benannt ist, wird im übrigen zumindest bestätigen, daß die Entscheidung des BdS Italien (die nur eine des Angeklagten gewesen sein kann) tatsächlich eingeholt worden ist.

Daß der Angeklagte im Falle der Eheleute T e d e s c h i und ihrer Tochter die italienischen Schutzbestimmungen offenbar respektieren mußte, dürfte auf den Einsatz der Quästur von Verona für die angezeigten Personen zurückgehen, die - offensichtlich auch gegenüber dem Angeklagten - ausdrücklich insbesondere das hohe Alter der jüdischen Eheleute hervorhob (vgl. den handschriftlichen Vermerk vom 16. 9. 1944).

Weiterhin beweisen die Dokumente, daß der Angeklagte die italienischen Bestimmungen, nach denen jüdische Mischehenpartner, Mischlinge, Alte und Schwerkranke geschützt waren, genau kannte.

Dies ergibt sich auch aus weiteren, neu erfaßten Unterlagen:

LO 70 a - B0 (h'blau) Italien
Halbhefter d (2) - 11. 2. 44
(Liste Mailand)

LO 48 a - Z0 (gelb) Croveti
24. 5. 67/26. 6. 67(S.1)

LO 48 - Z0 (gelb) Belfiore Vitta
28. 4. 71 (S.1/2 d.Über-
setzung)

LO 48 - Z0 (gelb) Bergmann
27. 4. 71 (S.2 d.Über-
setzung)

LO 28 a - Z0 (h'blau)Haage
30. 4. 65 (S. 3)

Am 11. Februar 1944 wurden 56 Juden aus Mailand in Fossoli di Carpi eingeliefert, darunter die verstorbene Zeugin Nina C r o v e t t i sowie die Zeuginnen Olga B e r g m a n n und Trieste B e l f i o r e V i t t a .

Am 23. Februar 1944, einen Tag nach Abgang des ersten Transportes aus Fossoli di Carpi (22.2.1944), wurde eine Liste von 74 Juden aufgestellt, die im Lager zurückbleiben durften, weil sie Mischlinge oder jüdische Mischehenpartner waren. Die Liste enthält u. a. die Namen der zu dieser Gruppe gehörenden Zeuginnen Nina Croveti (Nr. 57), Olga Bergmann (Nr. 68) und Trieste Belfiore Vitta (Nr. 73).

Mindestens der größte Teil dieser privilegierten Gruppe in Fossoli di Carpi - zu der im Laufe der Zeit weitere Privilegierte stießen - wurde von dem Angeklagten zunächst unter teilweiser Respektierung der italienischen Schutzbestimmungen nicht deportiert (die Angehörigen dieser Gruppe durften nach den italienischen Vorschriften nicht einmal festgesetzt werden). Dokumentarisch läßt sich die Fortdauer der italienischen Schutzbestimmungen beispielhaft im Falle der Zeugin Trieste Belfiore Vitta nachweisen.

9

In einem sie betreffenden Schreiben der Quästur Modena vom 14. Juni 1944 - Az.: 08891 - an die Leitung des Lagers Fossoli di Carpi heißt es (übersetzt) wie folgt:

LO 70 a - BO (h'blau) Italien
Halbhefter d (3) - 14. 6. 44

"Gemäß Bescheinigung der Quästur Milano kann die Obengenannte (Internierte Vitta Zelman Trieste, geb. in Milano am 3. 9. 1902), jüdischer Rasse, aber Angehörige einer Mischlingsfamilie, in Freiheit gesetzt und nach Ausstellung einer Bescheinigung seitens der deutschen Behörde des Lagers nach Mailand geliefert werden."

Die "deutsche Behörde des Lagers" (also der Angeklagte mit seinen Untergebenen) entließ die Zeugin jedoch keineswegs. Vielmehr blieb ^{ebenso} sie, wie zahlreiche andere Angehörige ihrer aufgrund der italienischen Bestimmungen privilegierten Gruppe weiter in Fossoli inhaftiert.

LO 70 a - BO (h'blau) Italien
Halbh. d (3) - 29. 7. 1944

Dies beweist in aller Deutlichkeit eine Liste von 108 jüdischen Häftlingen des Lagers Fossoli di Carpi, die am 29. Juli 1944 in den Genuß einer Spende des Schweizer Konsulates in Como von insgesamt 50000 Lire kamen. In dieser Liste taucht eine Reihe von Namen aus der Liste der privilegierten Mischlinge und Mischenpartner in Fossoli di Carpi vom 23. Februar 1944 (etwa Nr. 1 = 64, 3 = 28, 9 = 53, 12 = 57, 13 = 13, 25 = 72, 26 = 3, 28 = 49, 30 = 5, 47 = 15, 80 = 56, 89 = 71, 102 = 17 und 108 = 68 - die erste Zahl ist jeweils aus der Liste vom 29.7.1944

LO 70 a - BO (h'blau) Italien
Halbh. d (2/3) - 23. 2. 1944

10

Lo 48 a - ZO (gelb) Cardoso
o.D.

LO 49 - ZO (gelb) Pavia
5. 5. 1971 (S. 3 d. Über-
setzung)

LO 48 - ZO (gelb) Belfiore Vitta
28. 4. 1971 (S. 3 d. Über-
setzung)

und die zweite Zahl jeweils aus der Liste vom 23. 2. 1944 -), darunter die Zeugin B e r g m a n n (Nr. 108 = 68) auf. Daß die Aufstellung vom 29. Juli 1944 keineswegs alle Mischlinge und Mischehenpartner in Fossoli di Carpi umfaßte, erhält bereits daraus, daß in ihr beispielsweise die Namen der Zeuginnen C a p o z z i und Trieste B e l f i o r e V i t t a , der Name der Frau P i s a n i , der Mutter der Zeugin Cardoso/De Crescenzo, sowie der Name S a l m o n i (nach Angabe des Zeugen Pavia Mischehepartner) nicht enthalten sind. Daß der Angeklagte entgegen den italienischen Bestimmungen auch zahlreiche jüdische Mischehenpartner und Mischlinge in Fossoli di Carpi konzentrierte und dort, wie der Fall der Zeugin Trieste Belfiore Vitta beispielhaft belegt, festhielt, zeigt, daß er allenfalls gewillt war, die italienischen Schutzbestimmungen zeitweilig zu respektieren und von vornherein beabsichtigte, auch diese privilegierte Gruppe bei geeigneter Gelegenheit nach Auschwitz/Birkenau (oder allenfalls in andere Konzentrationslager in Deutschland) zu deportieren. Diese Absicht setzte er Anfang August 1944 anläßlich der Auflösung des Lagers Fossoli di Carpi in die Tat um. Er benutzte diese Gelegenheit, um die Masse der jüdischen Mischehenpartner - etwa 100 Personen - nach Auschwitz/Birkenau zu schaffen. Die Liste des Trans-

M

LO 48 a - ZO (gelb) Capozzi
7.5.71 (S.3 d.Über-
setzung)

LO 48 - ZO (gelb) Bergmann
27.4.71 (S.7 d.Über-
setzung)

LO 49a - ZO (gelb) Pavia
5.5.71 (S.3 d.Über-
setzung)

portes vom 2. bis 6. August 1944 ist zwar nicht erhalten geblieben. Die genannte Zahl (etwa 100 jüdische Mischehenpartner) ergibt sich jedoch aus den Angaben der Zeugen Belfiore Vitta, Capozzi, Bergmann und Pavia.

Das Verhalten des Angeklagten bei der Auflösung des Lagers Fossoli di Carpi und zusätzlich einige in italienischen Quästur- und Prä-fektur-Akten aufgefundene neue Dokumente lassen erkennen, daß er auch durch die italienischen Bestimmungen geschützte Juden verhaften, in Fossoli konzentrieren und - zumeist nach Auschwitz/Birkenau - deportieren ließ, soweit ihm das nach den Umständen möglich war.

LO 70 b - BO (h'blau) Italien
Halbh. b - Bl. 69-78

Der oben dargelegte Fall der Eheleute Tedeschi und ihrer Tochter muß demgegenüber eher als Ausnahme-fall angesehen werden, in dem der Angeklagte ungewohnte Großmut übte. Über den Grund seines Verhaltens in diesem Falle lassen sich nur Vermutungen anstellen (vielleicht Rücksichtnahme auf die Person des Interventen oder die katholische Kirche, die die Betroffenen aufgenommen hatte, oder auch Nachlassen des Interesse wegen des unmittelbar bevorstehenden Wegganges nach Padua, vielleicht auch Rücksichtnahme auf den zunehmend ungünstigen Kriegsverlauf - oder weitere Denkmöglichkeiten).

LO 70 b - BO(h'blau) Italien
Halbh. b - ital.Quästur- und
Präfektur-Akten/Verona,
Ordner 1
Bl.106-125/Dok.Nr.33-38c

Die wahre Haltung des Angeklagten kommt in dem Fall des in Mischehe mit einer Arierin verheirateten Juden **Ezio V o l t e r r a** zum Ausdruck.

LO 70 b - BO (h'blau) Italien
Halbh. b - Bl. 106-108
7.4.44
Bl. 109-111
8.4.44
Bl. 119-122
10.4.44

Volterra wurde Anfang April 1944 von der "SS-Polizei des Corso Vittorio Emanuele Nr. 11" (also der Dienststelle des Angeklagten) in Negrar nahe Verona, verhaftet. Die Quästur von Verona, offensichtlich empört darüber, Volterra trotz seiner Privilegierung als Mischehepartner und trotz seiner einwandfreien Führung nur verhaftet wurde, weil er Jude war, schaltete den Polizeipräsidenten von Verona, **T o g n o n**, persönlich ein. Dieser wandte sich offenbar an den Provinzchef von Verona, der ein Schreiben, datiert vom 10. April 1944, an den BdS Italien in Verona unterschrieb, in dem er ausdrücklich darauf hinwies, daß Volterra als Mischehepartner nicht in einem Konzentrationslager interniert werden dürfe. Daß dieses Schreiben dem dafür allein zuständigen Angeklagten vorgelegt wurde, steht außer Zweifel, zumal der Zeuge **E i s e n k o l b** berichtet, daß der Angeklagte jede Kleinigkeit selbst erledigte. Dieser hielt es nicht einmal für nötig, dem Präfekten von Verona auch nur zu antworten. So blieb der Quästur von Verona nichts anderes übrig, als auf der bei ihren Akten verbliebenen Durchschrift des Schreibens vom 10. April 1944

LO 28 - ZO (h'blau) Eisenkolb
29.9.70 (S.4/5)

LO 70 b - BO(h'blau) Italien
Halbh. b - Bl.123-125
10.4.44

13

zu vermerken (übersetzt):

"Da das deutsche Kommando nicht zu antworten beabsichtigt, lediglich zu den Akten nehmen".

LO 52 - SO (orange) Dr. Ravenna
6. 4. 71 (S. 2 d. Übersetzten Dokumentenaufstellung)
12. 9. 71 (S. 8 d. Übersetzung)

Ezio Volterra wurde nach Auschwitz/Birkenau deportiert und dort umgebracht. Feststellungen über das Datum der Deportation und seinen Tod sollen, soweit möglich, noch getroffen werden.

LO 70 b- BO (h'blau) Italien
Halbh. c - Italienische Quästur- und Präfektur-Akten/Verona, Ordner 2, Bl. 61-73/Dok. Nr. 29-33

Ein ähnlicher Fall ist der bereits weiter oben erwähnte des jüdischen Rechtsanwaltes Ruggero J e n n a , der am 24. Oktober 1944 über Verona nach Auschwitz/Birkenau deportiert und dort umgebracht worden ist.

LO 50 - ZO (gelb) Saralvo
6.5.71 (S. 3 d. Übersetzung)
vgl. auch S. 10 d. Übersetzung aus dem Buch des Zeugen, ebenfalls im Zeugenordner

Belegt wird das auch durch die Aussage des Zeugen S a r a l v o . Von besonderem Interesse ist, daß der Zeuge Saralvo in Bozen von Rechtsanwalt Jenna den Namen des Angeklagten erfuhr. Angesichts des weiteren Umstandes, daß die Papiere Jennas, wie sich aus dem Schreiben seiner Ehefrau an P r e z i o s i vom 14. 7. 1944 ergibt, im Besitze der Dienststelle des Angeklagten waren, kann kein Zweifel daran bestehen, daß dieser den Fall J e n n a s - einer stadtbekannten Persönlichkeit in Verona - bearbeitete und - entgegen selbst der Auffassung Preziosis - entschied, daß Jenna - offensichtlich zwecks späterer Deportation - in Haft blieb.

LO 70 b - BO (h'blau) Italien
Halbh. c - Bl. 68-72
(S. 1/2 d. Übersetzung)

14

Vermutlich infolge der italienischen Intervention verzögerte sich diese Entscheidung des Angeklagten so sehr, daß Jenna nicht mehr dem Transport vom 2. August 1944 aus Verona, sondern erst dem letzten Transport aus Italien im Oktober 1944 angeschlossen werden konnte.

Die neu erfaßten Dokumente enthalten weiterhin zahlreiche Fälle, in denen Juden, die von den italienischen Behörden als schwerkrank nicht interniert oder aus der Internierung entlassen wurden, von dem Angeklagten und seinen Untergebenen entgegen den italienischen Schutzbestimmungen verhaftet und deportiert wurden. Dazu gehören u. a. die Fälle Lina Jenna (Schwester des oben erwähnten Rechtsanwaltes Ruggero Jenna) und Dr. Cesare Verlengo.

LO 70 b - BO (h'blau) Italien
Halbh. c - ital. Quästur- und
Präfektur-Akten /Verona
Ordner 2,
Bl. 50-60/Dok.Nr.23-28,
insbes. Bl. 59/60,Dok.28,
5. 6. 44

LO 70 a - BO (h'blau) Italien
Halbh. h - Transportliste v.
26.6. 44

Jenna Lina wurde von den italienischen Behörden nach ärztlicher Untersuchung für schwerkrank befunden und Anfang Mai 1944 aus dem Lager entlassen. Von der Dienststelle des Angeklagten wurde sie jedoch kurz darauf erneut verhaftet, nach Fossoli di Carpi eingeliefert und mit dem Transport vom 26. Juni 1944 (Nr. 225 der Transportliste) nach Auschwitz/Birkenau deportiert, wo sie ums Leben gekommen ist.

15

LO 70 b - BO (h'blau) Italien
Halbh. b - ital. Quästur- und
Präfektur-Akten/Verona
Ordner 1,
Bl. 79-105/Dok.Nr.23-32

LO 70 b - BO (h'blau) Italien
Halbh. b - Bl. 103-105
4. 4. 45

LO 52 - SO (orange) Dr. Ravenna
6. 4. 71 (Dok. Beschreibung S. 2)
12. 9. 71 (S. 8
d. Übersetzung)

LO 70 a - BO (h'blau) Italien
Halbh. f - 5. 4. 44
Halbh. g - 16. 5. 44
Halbh. h - 26. 6. 44

Dr. V e r l e n g o , damals
62 Jahre alt und in Verona wohn-
haft, war taubstumm und litt über-
dies an zahlreichen anderen schwe-
ren Krankheiten. Obwohl sich zahl-
reiche italienische Stellen, u. a.
die faschistische Partei, deren
langjähriges verdientes Mitglied
Verlengo bis zu seinem wegen seiner
jüdischen Herkunft erzwungenen
Ausscheiden gewesen war, für ihn
eingesetzt hatten, und obwohl er
nach eingehender ärztlicher Unter-
suchung für haftunfähig erklärt
wurde, verhaftete ihn am 14. Juli
1944 die "deutsche SS", lieferte
ihn nach Fossoli di Carpi ein und
deportierte ihn von dort aus nach
Auschwitz/Birkenau, wo er ums
Leben kam.

Schon im Hinblick auf die Bedeu-
tung der Persönlichkeit Dr. V e r -
l e n g o s steht außer Zweifel,
daß auch diese - unter Verletzung
der italienischen Bestimmungen
zustande gekommene - Entscheidung
von dem Angeklagten getroffen wor-
den ist.

Schließlich zeigt bereits ein kur-
zer Blick in die erhalten gebliebe-
nen Listen der Transporte aus
Italien nach Auschwitz/Birkenau
vom April, Mai und Juni 1944 bei
den angegebenen Geburtsdaten der
Deportierten, daß der Angeklagte
laufend auch über 70 Jahre alte
Juden, die nach den italienischen

Bestimmungen nicht einmal interniert werden durften, unter bewußtem Verstoß gegen diese Bestimmungen nach Auschwitz/Birkenau deportierte. Daß er die einschlägigen italienischen Schutzbestimmungen kannte, ist bereits anhand des Falles der Eheleute T e d e s c h i weiter oben dargelegt worden.

Besonders bemerkenswert erscheint in diesem Zusammenhang die Feststellung der Anklageschrift, daß der Angeklagte dem Transport vom 5. April 1944 in Mantua mindestens 40, überwiegend zwischen 60 und 85 Jahre alten Juden, die in der Transportliste nicht aufgeführt sind, anschließen ließ (S.349 d. Anklageschrift).

Darüber hinaus können auch Einzelfälle nachgewiesen werden, wie der der über 70-jährigen und zudem kranken Adalgisa G r a z i a n i aus Verona (sowie ihre Schwester Elvira Graziani), die von den italienischen Behörden im Mai 1944 entlassen, von dem Angeklagten jedoch am 3. Juni 1944 verhaftet, nach Fossoli di Carpi überstellt und am 26. Juni 1944 (Nr.212 und 214 der Transportliste) nach Auschwitz/Birkenau deportiert wurde, wo sie ums Leben kam.

Weiterhin ist der Fall des 86-jährigen Giacomo G u z z e r i erwähnenswert, der von den italieni-

LO 70 b - BO (h'blau) Italien
Halbh. c - ital. Quästur- und
Präfektur-Akten/Verona
Ordner 2
Bl. 3-22/Dok.Nr. 1-22

LO 52 - SO (orange) Dr. Ravenna
18. 6. 71 (Dokumenten-
aufstellung S. 1,)
vgl. LO 70 b, Halbh. c
Bl. 1)

LO 70 a - BO (h'blau) Italien
Halbh. h - Transportliste v.
26. 6. 44

LO 70 b - BO (h'blau) Italien
Halbh. b - ital. Quästur- und
Präfektur-Akten/Verona
Ordner 1
Bl. 15-17/Dok.Nr. 4
2. 3. 44

17

schen Behörden verschont, von dem Angeklagten jedoch am 14. Februar 1944 festgenommen wurde. Feststellungen über sein Schicksal konnten bisher nicht getroffen werden.

In ihrer Gesamtheit bestätigen und untermauern die im Leitzordner 70 b, Halbhefter a-c abgehefteten Dokumente aus italienischen Quästur- und Präfektur-Akten der Behörden in Verona und Padua das bereits durch die früheren Ermittlungen erarbeitete Ergebnis, daß die italienischen Behörden in Judenangelegenheiten eine großzügige, nach Möglichkeit judenfreundliche Haltung einnahmen, während der Angeklagte in aller Regel eine überaus harte Linie verfolgte. Als Beispiel für die italienische Haltung soll hier nur auf die bezeichnende Aktennotiz eines italienischen Polizeibeamten hingewiesen werden. Dieser schrieb in die Akten eines -offenbar durch Dienststellen des Angeklagten - verhafteten jüdischen Kindes:

"E'ragazzo!"

(Übersetzt: "Ist ein Kind!")

Die Gesamtheit der Dokumente aus italienischen Akten beweist weiter, daß die Entscheidungsbefugnis in Judenangelegenheiten in Italien eindeutig bei dem Angeklagten lag. Seinen Anordnungen

LO 70 b - BO (h'blau) Italien
Halbh. c - Bl. 86/Dok.Nr.39
in Verbindung mit
Bl. 1

18

hatten selbst hohe italienische Dienststellen wie die Präfekturen in jedem Falle Folge zu leisten.

Die bewußten häufigen, teilweise krassen Verletzungen der italienischen Schutzbestimmungen zugunsten einzelner jüdischer Gruppen, die der Angeklagte durch zahlreiche Entscheidungen im gesamten Verlaufe seiner Dienstzeit in Verona bewirkte, müssen als Exzesse gewertet werden. Denn der Angeklagte hatte in allen diesen Fällen die Möglichkeit, die italienischen Bestimmungen bzw. die ärztlichen Gutachten zu respektieren und unter Berufung auf diese Vorschriften (bzw. Diagnosen) die Betroffenen vor der Deportation zu bewahren. Niemand hätte gegen ein derartiges Verhalten des Angeklagten auch nur Einwände erhoben. Im Gegenteil: Bei seinen Vorgesetzten und Kollegen beim BdS Italien hätte er größtes Verständnis und sichere "Rückendeckung" gefunden, wenn er die italienischen Schutzbestimmungen ständig beachtet hätte. Auch vom Eichmann-Referat in Berlin, dem ja die in Italien auf dem Juden-sektor bestehenden Schwierigkeiten seit langem hinreichend bekannt waren, waren Vorwürfe bei einer solchen Haltung nicht zu erwarten. Daß der Angeklagte aber weitaus mehr tat, als nach den bestehenden Bestimmungen notwendig war, um seinen

Auftrag zu erfüllen, und sein Ziel, Italien möglichst schnell "judenfrei" melden zu können, zwingt dazu, ihn für den "Italien-Komplex" als Mittäter einzustufen. Die neuen Beweismittel untermauern, ergänzen und festigen diese bereits in der Anklage vorgenommene Würdigung.

II.

Direkte Hinweise auf den Angeklagten in italienischen Quästur- und Präfektur-Akten

LO 70 b - BO (h'blau) Italien
Halbh. b - Bl. 68-78

Der Fall der Eheleute Tedeschi und ihrer Tochter ist bereits oben unter I) eingehend dargelegt worden.

LO 70 b - BO (h'blau) Italien
Halbh. b - ital. Quästur- und
Präfektur-Akten/Verona
Ordner 1
Bl. 24-64/Dok.Nr.7-17

Einen weiteren direkten Hinweis auf den Angeklagten enthalten die Akten der Quästur in Verona betreffend die weit über 70 Jahre alten und kranken jüdischen Eheleute Alessandro und Marianna P l a t s c h i k aus Brixen. Die Eheleute waren in Caprino/Veronese, offenbar von der auch für Caprino zuständigen Dienststelle des Angeklagten, etwa im März 1944 verhaftet worden, mußten jedoch ihrer Leiden wegen alsbald in ein Krankenhaus in Verona eingeliefert werden, wo sie weiterhin zur Verfügung der Dienststelle des Angeklagten standen.

LO 70 b - BO (h'blau) Italien
Halbh. b - Bl. 41-48

Anfang April 1944 wandte sich Frau Platschik mit einem Schreiben an die Quästur in Verona und bat darum, sich beim deutschen Kommando in Verona dafür zu verwenden, daß die Erlaubnis erteilt werde, das - offenbar bei der Verhaftung versiegelte - Zimmer in Caprino, das die Eheleute Platschik bis zu ihrer Verhaftung bewohnt hatten, öffnen und daraus einige persönliche Dinge herausholen zu dürfen. Dieses der Präfektur Verona zugeleitete Schreiben sandte die - offenbar für den Verkehr mit dem Angeklagten^{im} allgemeinen zuständige - Präfektur mit Schreiben vom 10. April 1944 unter Beifügung einer Übersetzung an den "Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Italien", Corso Ettore Muti Nr. 11 (es handelt sich dabei um den umbenannten Corso Vittorio Emanuele). Dort erhielt das Schreiben am 15. April 1944 einen nur teilweise lesbaren Eingangsstempel, dem zu entnehmen ist, daß beim BdS zunächst festgestellt wurde, daß ein Vorgang in dieser Sache noch nicht bestand. Durch weiteren Stempel vom 20. April 1944 wurde das Schreiben dann mit 3 Anlagen auf das Referat IV B 4 mit der Tagebuch-Nummer 932/44 ausgezeichnet.

Dort wurde es dem Angeklagten vorgelegt, der am 24. April 1944 wie folgt verfügte:

LO 70 b - BO (h'blau) Italien
Halbh. b - Bl. 56-57
Dok.Nr. 15a u. 15b
24.4.44

21

"Verona, den 24.4.44

IV B 4 (handschriftlich
hinzugefügt)

Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei u. des SD in
Italien.

Urschriftl. m. Anl.

an die Präfektur in Verona
zurückgereicht. Gegen die
Herausgabe der den Juden ge-
hörenden Gebrauchsgegenstände
an diese bestehen von hier aus
keine Bedenken.

I.A."

Diese Verfügung unterzeichnete
der Angeklagte eigenhändig. Mit
einer Übersetzung versehen ging
der Vorgang danach ^{an} den Präfekten
von Verona zurück.

LO 28 - ZO (h'blau) Eisenkolb
29.9.70(S. 4/5)

Der Fall Platschik untermauert
die Angaben des Zeugen Eisenkolb,
daß sich der Angeklagte nichts aus
der Hand nehmen ließ, auch Klei-
nigkeiten selbst entschied und
darauf achtete, daß alles über ihn
lief. Außerdem belegt er die
außerordentliche Machtfülle des
Angeklagten in Judenangelegenhei-
ten gegenüber den italienischen
Behörden, die selbst in einem
derartigen Bagatellfall nicht
selbst entscheiden konnten. Schließ-
lich beweisen die Dokumente zum
Fall Platschik auch, daß der Ange-
klagte in allen Judenangelegenhei-
ten zuständig war, die an den BdS
Italien in Verona herangetragen
wurden.

III.

Judenfestnahmen
in Padua

LO 70 b - BO (h'blau) Italien
Halbh. a - ital. Quästur- und
Präfektur-Akten/Padua
Bl. 35-40
Dok. 17-21
8. 10. 44

Einige im Staatsarchiv in Padua aufgefundene Dokumente aus Akten der Präfektur ergeben, daß dort nach dem Dienstantritt des Angeklagten als Außenkommandoleiter noch Juden festgenommen und "zwecks Abschiebung nach Deutschland" nach Verona überführt wurden. Dies folgt aus zwei Schreiben des Außenkommandos Padua (unterschrieben vermutlich von dem Zeugen Mott) vom 8. Oktober 1944 an den Präfekten von Padua. Die Dokumente belegen, daß die am 21. und 23. September 1944 - etwa um die Zeit des Dienstantrittes des Angeklagten als Außenkommandoleiter - in Padua festgenommenen Juden Götz und Goldbacher allein wegen ihrer jüdischen Herkunft festgenommen und am 8. Oktober 1944 zwecks Deportation nach Verona überstellt wurden. Mindestens diese Überstellung der beiden Juden nach Verona fällt eindeutig in die Dienstzeit des Angeklagten in Padua. Damit wird seine Einlassung in der Voruntersuchung widerlegt, in Padua sei es zu seiner Zeit zu Judenfestnahmen nicht mehr gekommen.

LO 1 a - AO (orange) Boßhammer
Halbh. f - 5. 3. 70 (S. 6)

IV.

Die Einlieferung von
Juden durch den BdS Italien
und seine Außenkommandos
nach Fossoli di Carpi
(Seite 312 - 315, 380 der
Anklageschrift)

Unter den neuen Dokumenten befinden sich zahlreiche Unterlagen (insbes. Listen) über Einlieferungen von Juden nach Fossoli di Carpi durch das Referat des Angeklagten in Verona sowie durch mehrere Außenkommandos. Dadurch werden die Feststellungen der Anklageschrift über die von dem Angeklagten entwickelte und maßgeblich betriebene systematische Erfassung und Konzentrierung der Juden im Sammellager Fossoli di Carpi (S. 312-315, 380 der Anklageschrift) bestätigt und erheblich ergänzt. Aufgrund der neuen Dokumente ergibt sich das folgende, immer noch sehr lückenhafte Bild von Judeneinlieferungen nach Fossoli di Carpi durch den BdS Italien:

1. Einlieferungen durch das Referat
des Angeklagten in Verona

- a) am 11. 3. 1944 19 Juden;
- b) am 21. 4. 1944 111 "
 - in drei Gruppen von 33 staatenlosen, 34 italienischen und englisch-maltesischen sowie 44 englischen Personen;
- c) am 12. 5. 1944 57 Juden
(eingeliefert vom BdS Verona-IV 4 b)

LO 70 a - BO (h'blau) Italien
Halbh. d (2/3) - 11. 3. 44

LO 70 a - BO (h'blau) Italien
Halbh. d (3) - 21. 4. 44
12. 5. 44
25. 6. 44

d) am 25. 6. 1944 5 Juden
(eingeliefert vom BdS Verona)

LO 70 a - BO (h'blau) Italien
Halbh. d - (2) - 11. 2. 44

LO 70 a - BO (h'blau) Italien
Halbh. d (5) - komplett

LO 52 - SO (orange) Dr. Ravenna
10. 12. 64 (S. 1/2)
(Übersetzung S. 1-3 nebst
Anlagen)

LO 70 a - BO (h'blau) Italien
Halbh. d - (3) - 22. 5. 44
25. 6. 44

LO 70 a - BO (h'blau) Italien
Halbh. d - (2) - 17. 2. 44
d (2/3) 27. 3. 44
LO 50 a - ZO (gelb) Tedeschi
20. 11. 70 (S. 1)

LO 70 a - BO (h'blau) Italien
Halbh. d - (3) - 25. 5. 44

LO 70 a - BO (h'blau) Italien
Halbh. d - (2/3) - 26. 2. 44
" d - (4) - 26. 11. 43
8. 12. 43
6. 1. 44

2. Einlieferung durch das Außen-
kommando Mailand

a) am 11. 2. 1944 63 Juden
b) am 30. 3. 1944 59 "
c) am 27. 4. 1944 50 "
d) am 14. 5. 1944 80 "
e) am 19. 5. 1944 35 "
f) am 9. 6. 1944 35 "

3. Einlieferungen durch das Außen-
kommando Genua

a) am 22. 5. 1944 36 Juden
b) am 25. 6. 1944 11 Juden

4. Einlieferungen durch das Außen-
kommando Turin

a) am 17. 2. 44 mindestens 15 Juden
b) am 27. 3. 44 46 "
c) am 25. 5. 44 58 "

5. Einlieferungen durch das Außen-
kommando Rom

a) am 26. 2. 44 (Abgang in Rom
am 22. 2. 44) 114 Juden

LO 70 a - BO (h'blau) Italien

Halbh. d - (3) - 9. 4. 44

12. 4. 44

Halbh. d - (4) - 8. 4. 44

LO 70 a - BO (h'blau) Italien

Halbh. d - (3) - 21. 5. 44

" d - (4) - 13. 4. 44

17. 4. 44

9. 5. 44

10. 5. 44

LO 70 a - BO (h'blau) Italien

Halbh. d - (3) - 22. 5. 44

b) am 12. 4. 44 (Abgang in Rom
am 9./10. 4. 44) 159 Juden

c) am 21. 5. 44 (Abgang in Rom
am 20. 5. 44)
insgesamt 232 Juden

d) am 22. 5. 44 25 Juden

6. Einlieferungen durch das Außen-
kommando Florenz

am 7. oder 8. Februar 1944

96 Juden

LO 70 a - BO (h'blau) Italien

Halbh. e (2) - 7./8. 2. 44

Anhand dieser verhältnismäßig wenigen erhalten gebliebenen Einlieferungslisten kann bereits die Einlieferung von mindestens 1306 Juden durch das Referat des Angeklagten und die ihm unterstellten Außenkommandos nach Fossoli ci Carpi nachgewiesen werden. Das untermauert die Feststellung der Anklageschrift, das Schwergewicht bei der Juden-erfassung habe nicht etwa bei den italienischen Dienststellen, sondern bei den von dem Angeklagten geleiteten Dienststellen des BdS Italien gelegen (S. 380). Von allen zu-

sammengetragenen Einlieferungs-
listen sind hier nur die be-
rücksichtigt worden, die ein-
deutig Einlieferungen des BdS
Italien und seiner Außenkommandos
betreffen. Außer diesen dürften
zahlreiche weitere der gesammel-
ten Listen Einlieferungen der
Dienststelle des Angeklagten
betreffen.

V.

Transport vom 2. bis 6. August 1944
von Verona nach Auschwitz/Birkenau
(S. 370 - 379 d. Anklage)

LO 70 a - BO (h'blau) Italien
Halbh. d (5) - 1. 8. 44
2. 8. 44

LO 52 - SO (orange) Dr. Ravenna
10.12.64 (S. 1/2)
nebst Übersetzung
(S. 2/3) und Anlagen

Durch die von der Sachverständigen Dr. R a v e n n a überreichten Auszüge aus den Registern des Gefängnisses San Vittore in Mailand kann das Datum des in Verona Anfang August 1944 zusammengestellten Transportes nunmehr exakt festgelegt werden.

Als Zugänge wurden in San Vittore am 1. 8. 1944 50 Juden aus Turin eingetragen. Am nächsten Tag, dem 2. 8. 1944, wurden als Abgänge 87 Juden (einschließlich der am Vortage eingelieferten 50 Juden aus Turin) registriert, und zwar mit der Bestimmung, "Germania". Damit steht fest, daß 50 Juden aus dem Gefängnis Turin am 1. August 1944 nach Mailand/San Vittore und von dort am 2. August 1944 zusammen mit 37 weiteren jüdischen Häftlingen aus dem Gefängnis San Vittore nach Verona zum Transport nach Auschwitz/Birkenau (oder - in wenigen Fällen, in andere Lager in Deutschland) überstellt wurden.

LO 49a- ZO (gelb) Pavia
5. 5. 71 (S. 2/3 d.
Übersetzung)

Der Transport nach Auschwitz/Birkenau (sowie Buchenwald, Ravensbrück und Bergen-Belsen) ist daher mit Sicherheit am 2. August 1944 aus Verona abgegangen (vgl. bereits S. 377 der Anklageschrift).

Der Zeuge P a v i a erinnert sich denn auch zutreffend daran, daß die Häftlinge aus Turin und Mailand in Verona nicht mehr übernachtet haben.

Die in der Anklageschrift genannte Mindestzahl von 300 nach Auschwitz/Birkenau gekommenen Juden wird durch die jetzt feststehende Zahl der aus Turin und Mailand nach Verona hinzugekommenen 87 Häftlinge weiter abgesichert (für die Aufrechnung im einzelnen vgl. S. 377 der Anklage).

Auch die in Italien inzwischen richterlich vernommenen Zeugen B e l f i o r e V i t t a und vor allem P a v i a bestätigen die in der Anklageschrift angenommene Mindestzahl von 300 Personen in dem Transport nach Auschwitz/Birkenau.

LO 49a - ZO (gelb) Pavia
5. 5. 71 (S. 2/3 der Übersetzung)

LO 48 - ZO (gelb) Belfiore Vitta
28. 4. 71 (S. 3 der Übersetzung)

LO 73 - BO (gelb) Auschwitz
Halbh. g - komplett
(Häftlingspersonalbogen)

LO 50 - ZO (gelb) Saralvo
6. 5. 71 (S. 3 d. Übersetzung)

VI.

Transport vom 24. bis
28. Oktober 1944 von Bozen-Gries
nach Auschwitz/Birkenau
(S. 383 - 385 der Anklage)

Aus Polen (Auschwitz-Museum) sind nunmehr u.a. 19 bereits im November 1969 bestellte Häftlingspersonalbogen des KL Auschwitz, betreffend jüdische Häftlinge mit Nummern von 199858 - 199882, sämtlich aus dem Transport vom 24. bis 28. Oktober 1944, übersandt worden. Außerdem

ist in Italien die richterliche Vernehmung eines überlebenden Transportteilnehmers, des Zeugen S a r a l v o , durchgeführt worden. Aufgrund der glaubhaften Angaben dieses Zeugen steht fest, daß dem Transport bei der Abfahrt aus Bozen-Gries einige hundert, sicherlich mehr als einhundertfünfzig, jüdische Häftlinge angehörten. Die in der Anklageschrift zugunsten des Angeklagten angenommene Mindestzahl von 150 jüdischen Transportteilnehmern dürfte daher eher unterschätzt sein.

Die 19 neuen Häftlingspersonalbogen von Teilnehmern des Transportes vom 24. bis 28. Oktober 1944 mit Nummern zwischen 199858 - 199882 sind durchweg die jüdischer Häftlinge. Die auf der Angabe des Auschwitz-Kalendariums, 26 Männer aus dem Transport seien als politische Häftlinge anerkannt worden und hätten die Nummern 199858 - 199883 erhalten, basierende Vermutung der Anklageschrift (S. 384 unten), daß dem Transport auch nichtjüdische Häftlinge angehört haben, ist damit widerlegt. Von den 19 Häftlingen wurden 10 -darunter der nach dem Kriege verstorbene Zeuge M a u r i z i o L u z z a t t o und der Zeuge Aldo S o n n i n o - im Befehlsbereich des BdS Italien und die restlichen neun im Bereich des BdS in Triest festgenommen. Daraus

LO 73 - BO (gelb) Auschwitz
Halbh. g - Häftlingspersonal-
bogen

LO 73 - BO (gelb) Auschwitz
Halbh. f - Kalendarium (S.8/82)

LO 49 - ZO (gelb) Luzzatto

LO 50 - ZO (gelb) Sonnino, Aldo

ist zu schließen, daß dem Transport vom 24. bis 28. Oktober 1944 bei der Ankunft in Auschwitz/Birkenau eine größere Gruppe von Juden aus dem Raume Triest angehörte. Ob diese Gruppe nach Bozen-Gries gebracht und schon dort dem Transport angeschlossen worden war oder ob sie erst unterwegs, nach der Abfahrt aus Bozen auf dem Wege nach Auschwitz/Birkenau, hinzukam, bleibt offen. Anhaltspunkte dafür, daß die 19 jüdischen Häftlinge mit ^{zwischen} Nummern 199858 bis 199882 als politische Häftlinge anerkannt wurden und gegenüber den übrigen ins Lager übernommenen Transportteilnehmern (mit den Nummern aus der "B" und "A" - Serie wie die Zeugen Saralvo, Mortara Recanati und Piera Sonnino) privilegiert waren, sind nicht ersichtlich. Die Zeugenaussagen sprechen vielmehr ebenso wie die Häftlingspersonalbogen dafür, daß die Häftlinge mit den fraglichen Nummern ebenso zur Gruppe der rechtlosen, dem Tode geweihten jüdischen Häftlinge gehörten wie die anderen Transportteilnehmer. Welche Gründe die unterschiedliche Nummernegebung hatte, ist nicht ersichtlich.

LO 49 - ZO (gelb) Mortara
2. 10. 70

LO 50 - ZO (gelb) Recanati
30. 11. 70

LO 50 - TO (gelb) Sonnino, Piera
6. 10. 70

Berlin 21, den 15. Oktober 1971


(Hölzner)

Erster Staatsanwalt

Ad.

**Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht**

Gesch.-Nr.: 1 Ks 1/71 (RSHA)

Bitte bei allen Schreiben angeben!

21. Oktober 1971
War in dieser Sache 1 Berlin 21. des. 1309
(betr. RSHA) Anschrift: Turmstr. 91,
1 Berlin 19 (Charlottenburg), den
Amtsgerichtsplatz 1
Fernruf: 306 0011 (App.:)
(Im Innenbetrieb: 968)
Telex 1-82 749
Sprechstunden: Montags bis freitags von 8.30 - 13.00

31

Mit

Bd. CXXXIV d. A.,

3 Leitzordnern (70 a 1. Ordner, 70 a 2. Ordner, und 70 b)
sowie

10 Überstücken des Vermerkes vom 15. Oktober 1971

dem

Vorsitzenden des Schwurgerichts
bei dem Landgericht Berlin

- 12. Tagung -

Herrn Landgerichtsdirektor Dr. Fitzner

im Hause

unter Bezugnahme auf meinen Vermerk vom 15. Oktober 1971
(Bd. CXXXIV, Bl. 1 ff) vorgelegt.

Der Vermerk vom 15. Oktober 1971 enthält die Auswertung des Beweismaterials, das nach Anklageerhebung angefallen ist. Ein wesentlicher Teil der neuen Dokumente ist in den beigegeführten Leitzordnern 70 a und 70 b abgeheftet. Der Inhalt des bisherigen Leitzordners 70 a mußte wegen des Umfanges der neu hinzugekommenen Unterlagen auf nunmehr zwei Ordner (70 a 1. und 2. Ordner) verteilt werden. Der Leitzordner 70 b enthält die durch die Sachverständige Dr. R a v e n n a inzwischen aufgefundenen Dokumente aus italienischen Quästur- und Präfektur-Akten aus den Staatsarchiven in Padua und Verona.

32

Die übrigen in meinem Vermerk zitierten Dokumente von Zeugen-
aussagen sind inzwischen zu der dem Gericht vorliegenden Be-
weismittelsammlung nachsortiert worden.

Die beigelegten 10 Überstücke des Vermerkes sind für die
Berufsrichter und Ergänzungsrichter des Schwurgerichts sowie
für den Angeklagten und seine Verteidiger bestimmt (außerdem
2 Reservestücke). Die Übersendung der für den Angeklagten und
seine Verteidiger bestimmten Überstücke des Vermerks bitte ich
von dort aus zu veranlassen. Den Sachverständigen Dr. Scheffler
und Dr. Ravenna habe ich von hier aus den Vermerk vom 15. Okto-
ber 1971 zur Kenntnis gebracht.

Hölzner

(Hölzner)

Erster Staatsanwalt

V 22. OKT. 1971

1) Abschrift des Vermerks vom 15. 10. 71 an

✓ a) Angeklagten

UHA Meabit, Gef. B.Nr. 103/68

✓ b) RA von Heynits
RA Wein

3 km 30, Tautenstr. 13a
mit Beschriftung: "Zu dem Angeklagten in eine Einzelzelle mit Ver-
bleib 19, Olympische Str. 4 legen, um ihnen jegliche Art mit Wasser-
kühlung zu geben, das der Angeklagte erklärt, daß es
in den Gemeinschaftsraum zu bleiben
möchte."

✓ c) LGrot Hoyer

✓ d) LGrot Zecher

✓ e) die beiden Ergänzungspunkte.

2) mit WV

22. 10. 71

Gef + ab
bei 1 a + b
21. 10. 71

zuc-e) ab
22. OKT. 1971

Ad.

1.a) Dopo una annosa campagna antiebraica sulla stampa fascista, che subì alterne vicende e che dovette più volte ripiegare sul tema dell'antisionismo (l'antisemitismo vero e proprio, anzichè far presa sugli italiani, li trovava, più che refrattari, ostili nella loro quasi totalità), anche il governo fascista promulgò le sue "leggi razziali". Molti sono tuttavia gli elementi da cui emerge che Mussolini - forse non immune da un larvato antisemitismo fin dall'inizio - non solo non condivise il razzismo nazista al suo nascere, ma anche in seguito non lo accettò mai nelle sue forme estreme e nelle sue ultime conseguenze.

Il razzismo mussoliniano, inizialmente basato su criteri "eugenetici" - legati alle preoccupazioni del regime per il rapido fondersi dell'elemento italiano con quello indigeno in Africa - cambiò volto quando fu da Mussolini usato come mezzo per una più stretta alleanza con la Germania nazista. Il tradimento degli ebrei fu il prezzo di quell'alleanza. Gli attacchi di una parte della stampa fascista - da quelli della "Vita Italiana" diretta da Giovanni Preziosi, l'acca-nito sostenitore dell'antisemitismo di tipo nazista, a quel-

../...

"L'antisemitismo non esiste in Italia... Gli ebrei italiani si sono sempre comportati bene come cittadini, e come soldati si sono battuti coraggiosamente" aveva detto Mussolini a Emil Ludwig nel 1932. E molto nette erano state le sue prese di posizione nei confronti della campagna antiebraica e del razzismo tedesco: a proposito di quest'ultimo, il 6 settembre 1934, a Bari, aveva detto: "30 secoli di storia ci permettono di guardare con sovrana pietà a talune dottrine di oltr'Alpe".

Sul terreno pratico, quelle dichiarazioni potrebbero trovare riscontro nello stesso atteggiamento del governo fascista nei confronti degli ebrei tedeschi ed austriaci che fuggivano dal loro paese, ai quali fu facilitato il transito in Italia, concesso asilo, mentre agli studenti venivano aperte le porte dell'Università.

Difficile, partendo da tali elementi, accertare il movente ultimo che indusse Mussolini a capovolgere le precedenti prese di posizione. L'astensione della Germania dalle sanzioni all'Italia, decise dalla Società delle Nazioni nel 1935, i protocolli Ciano-Ribbentrop, la formazione dell'Asse Roma-Berlino nel '36, il patto Anti-Komintern del '37, e infine il "patto d'acciaio" del maggio 1939, furono le tappe attraverso le quali l'Italia si legò definitivamente alla Germania nazista. Una cosa appare certa: caratteristica della politica del "duce" era sempre stato lo strumentalismo, strumentalismo che anche in questo caso gli consentì di fare un totale voltafaccia nei confronti della comunità ebraica italiana.

La prima manifestazione ufficiale del nuovo orientamento fu, il 14 luglio 1938, il "Manifesto della razza" firmato da dieci "scienziati", in cui si tentava di porre le basi per un razzismo italiano: dei 10 paragrafi del documento, soltanto il nono parlava degli ebrei.

Se il "Manifesto" non era che una generica anticipazione, il testo dell'"Informazione diplomatica" n.18 del 5 agosto era inequivocabile.

Affermando che "discriminazione non significa perseguitare", annunciava i prossimi provvedimenti limitativi sulla base della "proporzione"; gli ebrei in Italia erano 44.000 (tale era il risultato del censimento effettuato nel corso dello stesso anno 1938, sempre nel quadro preparatorio dei provvedimenti ebraici): "è chiaro che d'ora innanzi la partecipazione degli ebrei alla vita globale dello Stato dovrà essere, e sarà, adeguata a tale rapporto".

Ma ^{la} vera e propria piattaforma programmatica di quanto ormai era stato enunciato, fu posta nella seduta del Gran Consiglio del 6/7 ottobre 1938, al termine della quale veniva approvata la "Dichiarazione della Razza". In essa compare, a grandi linee, il contenuto di tutte le leggi persecutorie contro gli ebrei, emanate nel biennio 1938-1939, in materia scolastica, matrimoniale, patrimoniale, dell'esercizio delle professioni, eccetera; si fissano inoltre, in quattro punti, i criteri atti a stabilire l'appartenenza alla "razza ebraica" e i criteri che regoleranno la cosiddetta "discriminazione", la quale sarà la prima porta aperta a tutta una serie di eccezioni. ("Discriminate" - e cioè escluse dai futuri provvedimenti - sarebbero state le famiglie dei caduti in guerra, dei volontari, dei combattenti, degli iscritti al P.N.F. negli anni 1919-1922; infine le famiglie aventi "eccezionali benemerienze").

Dal punto di vista ideologico, così il Gran Consiglio giustificava la decisione presa: "Il Gran Consiglio del Fascismo ricorda che l'ebraismo mondiale - specie dopo l'abolizione della massone

ria - è stato l'animatore dell'antifascismo in tutti i campi e che l'ebraismo estero o italiano fuoruscito è stato - in ta luni periodi culminanti come nel 1924/25 e durante la guerra etiopica - unanimamente ostile al Fascismo.

L'immigrazione di elementi stranieri - accentuatasi fortemente dal 1933 in poi - ha peggiorato lo stato d'animo degli ebrei italiani nei confronti del Regime, non accettato sinceramente, poichè antitetico a quella che è la psicologia, la politica, l'internazionalismo d'Israele.

Tutte le forze antifasciste fanno capo ad elementi ebrei: l'ebraismo mondiale è, in Spagna, dalla parte dei Bolscevichi di Barcellona".

Ben presto si vide quanto, alla prova dei fatti, potesse reggere il principio "discriminare e non perseguitare": ancora pri ma della Dichiarazione del Gran Consiglio vennero le leggi.

Il Regio Decreto Legge 7 settembre 1938 N. 1381, convertito in legge il 12 settembre, stabiliva che gli ebrei stranieri lasciassero il territorio del Regno, della Libia e dei possedimenti dell'Egeo entro 6 mesi dalla sua pubblicazione, pena l'epulsione.

Il R. Decreto Legge 5 settembre 1938 N. 1390, stabilendo per il 16 ottobre la sospensione di tutti gli ebrei, docenti ed alunni, dalle scuole del Regno, introduceva la persecuzione nell'ambito della scuola. Il Decreto era convertito in legge il 15 novembre (N. 1779): gli ebrei venivano esclusi dalle Accademie, dagli Istituti e dalle associazioni scientifiche e culturali, veniva vietata l'adozione dei testi scolastici di autori ebrei, e il divieto si estendeva ai testi di vari autori, uno dei quali ebreo. Veniva tuttavia concesso agli studenti universitari ebrei già iscritti all'Università di proseguire gli studi fino al loro compimento; e, nelle scuole elementari dello Stato, là dove gli alunni ebrei fossero dieci o più di dieci, veniva stabilita l'istituzione di speciali sezioni a spese dello Stato. D'altra parte, le Comunità Israelitiche avrebbero potuto, con l'autorizza

zione del Ministro per l'educazione nazionale, aprire proprie scuole elementari e medie, con insegnanti ebrei. Venivano inoltre regolate le questioni relative alla liquidazione degli insegnanti.

Il R. Decreto Legge 17 novembre 1938 N. 1728, convertito in legge il 5 gennaio, sanciva le principali deliberazioni prese dal Gran Consiglio: divieto di matrimoni tra cittadini "ariani" e cittadini di altre "razze", e annullamento dei matrimoni già celebrati in contrasto a tali divieti; la pena comminata ai trasgressori era l'arresto per un periodo massimo di tre mesi e l'ammenda per una somma massima di L.10.000= (Art.1); seguivano, al Capo II della legge, i vari punti atti a stabilire chi fosse da considerare di "razza ebraica": i nati da genitori entrambi di razza ebraica; i nati da un genitore di "razza ebraica" e da uno di nazionalità straniera; i nati da madre di "razza ebraica" e padre ignoto (anche se di religione non ebraica); i nati da genitori italiani di cui uno solo di razza ebraica, ma professanti la religione ebraica o iscritti a una Comunità israelitica, o che comunque avessero fatto "manifestazione di ebraismo". Erano esclusi coloro che, trovandosi in quest'ultima categoria al 1° ottobre 1938, appartenessero a religione non ebraica (Art.2). Seguono nello stesso D.L. altri divieti e imposizioni: l'obbligo di denuncia di appartenenza alla razza ebraica nei registri dello stato civile (Art.9); l'esclusione dal servizio militare, dall'esercizio dell'autorità tutoria, dalla proprietà di aziende interessanti la difesa nazionale, dalla proprietà di terreni di valore superiore a 5.000 lire, dalla proprietà di fabbricati dall'imponibile superiore a 20.000 lire (Art.10); ecc. Era fatto divieto agli ebrei di avere domestici "ariani" (Art.12); le amministrazioni civili e pubbliche in genere nonchè il Partito Nazionale Fascista

non potevano più avere alle loro dipendenze persone di "razza ebraica" (Art.13).

L'Art.14 dello stesso Decreto Legge indicava le categorie per le quali, su istanza degli interessati, il Ministero dell'Interno avrebbe potuto sospendere le disposizioni contenute negli articoli 10,11 e parte del 13, categorie che all'incirca corrispondono a quelle degli aventi diritto alla discriminazione. Veniva stabilito inoltre (Art.17) il divieto agli ebrei stranieri di fissare nel Regno stabile dimora, mentre con gli Art.23 e 24 (Capo III) si imponeva agli ebrei stranieri giunti in Italia dopo il 1° gennaio 1919 di lasciare il territorio italiano, e si revocava loro la cittadinanza.

Il R.Decreto Legge 9 febbraio 1939 N. 126, ampliando e integrando le disposizioni dell'Art.10 del R.D.L. precedente, ne fissava le norme di attuazione: venivano così minutamente regolati i limiti di proprietà degli ebrei, e si stabiliva che la parte del loro patrimonio eccedente i limiti consentiti fosse trasferita all'Ente appositamente creato (Ente di Gestione e Liquidazione Immobiliare, E.G.E.L.I.), il quale avrebbe provveduto a indennizzare gli ex-proprietari con speciali certificati trentennali all'interesse del 4%; entro 90 giorni dall'entrata in vigore del decreto, il patrimonio immobiliare ebraico doveva essere denunciato, e entro 6 mesi tutte le aziende interessanti la difesa nazionale e quelle aventi 100 o più dipendenti dovevano essere alienate.

Il R.D.L. 28 giugno 1939 N. 1054 fissava la disciplina dell'esercizio delle professioni: divieto agli ebrei di esercitare le professioni di giornalista, medico-chirurgo, farmacista, veterinario, ostetrica, avvocato, ecc.: in altre parole, tutte le pro-

./...

fessioni. In pratica era vietata a tutti indistintamente la professione di notaio, mentre ai discriminati era concesso l'esercizio di quella di giornalista; quanto alle altre professioni, per gli insegnanti l'esercizio era già stato limitato ed ammesso solo nei confronti degli alunni di "razza ebraica", per tutti gli altri esso riceveva un "regolamento": cancellazione dagli albi professionali, istituzione di elenchi "aggiunti" per i discriminati, e di elenchi "speciali" per i non discriminati; esclusione dei non discriminati dalle associazioni sindacali, e dall'esercizio della professione a favore dei non ebrei; divieto di qualsiasi forma di associazione e collaborazione tra professionisti ebrei e non ebrei.

Con la legge del 13 luglio 1939 N. 1055, si dettavano le nuove norme testamentarie e per i cambiamenti dei cognomi tipicamente ebraici; seguiva la norma integrativa della stessa, N. 1024, con la quale fu data possibilità al Capo del Governo di dichiarare, sentito il parere di una apposita commissione ("Tribunale della razza"), la non appartenenza di un individuo alla razza ebraica, anche in palese difformità dalle risultanze degli atti dello stato civile.

Questa fu la porta d'uscita, per coloro che - disposti all'abiura - avevano la possibilità di comprare la propria "arianizzazione" a una tariffa "ufficiosa". Intorno al Tribunale della razza fiorì infatti un losco traffico per la compravendita delle "disebraiz^{cy}zazioni", in mediatori e piccoli funzionari poterono approfitta^{re} in ogni maniera della situazione.

Alle leggi si aggiunse via via nel corso dell'applicazione pratica di esse, un crescendo di altre disposizioni vessatorie, conte

nenti limitazioni non previste dalle leggi: divieto di frequentare luoghi di villeggiatura considerati di "lusso", di fare inserzioni sui giornali (pubblicità e necrologi), di possedere la radio, di pubblicare libri, di firmare articoli con pseudonimi, di tenere conferenze, di essere compresi nell'elenco del telefono, eccetera.

Ultima disposizione relativa agli "appartenenti alla razza ebraica" fu, prima del 25 ^{civile}luglio 1943, quella del 6 maggio 1942, riguardante la precettazione/per il lavoro obbligatorio, cui furono soggetti tutti gli ebrei, discriminati compresi, dai 18 ai 55 anni.

Le leggi non ebbero applicazione uniforme: in molti casi le autorità locali dimostravano la tendenza a non ottemperare alla lettera alle disposizioni, e nei limiti del possibile si servirono in minore e maggior misura delle vie d'uscita che le stesse leggi consentivano.

Ciò non toglie che la legge doveva prima o poi essere applicata, e che abbia portato con sé per tutti gli ebrei italiani, oltre al grande danno materiale, un profondo dramma morale.

La legge fascista per la "difesa della razza italiana" esige una condanna senza attenuanti, come sempre quando viene discriminata, isolata, perseguitata una minoranza, etnica o religiosa che sia, e come tale innocente per definizione. La persecuzione rimane una mostruosità che nessun "senso di umanità", nessun discorso sul diverso grado delle attuazioni (in questo caso, sul diverso grado delle attuazioni fasciste e naziste) può cancellare. Il giudizio va dato, e con assoluto rigore; ma non sarebbe giusto assimilare i metodi fascisti a quelli nazisti, ciò che pure alcuni "storici" tentano di fare.

E' segno di ottusità di coscienza (o di tragica deformazione dello spirito) la necessità di ricorrere al peggio per esprimere la propria condanna. Basta il provvedimento che esclude i bambini ebrei dalla scuola: ancora oggi non possiamo valutare l'effetto che il provvedimento può aver provocato nell'animo di quei bambini, oggi uomini.

E tuttavia, per dare un giudizio definitivo equilibrato, non si potranno non tenere sempre presenti le differenze fondamentali tra i due sistemi di legge persecutoria: quello fascista di cui si è detto e quello nazista di Norimberga. E soprattutto non si potrà non tenere conto dei diversi modi dell'applicazione.

Un fatto è certo: per quanto avvilente e dolorosa sia stata per chi l'ha subita e sofferta, la legge persecutoria fascista non è mai andata oltre le limitazioni di diritto; per l'ebreo era stata decretata la morte civile, ma non quella fisica.

Al contrario, vedremo come proprio l'Italia in quel periodo si battè per salvare la vita di migliaia di ebrei che nei paesi occupati dai nazisti dovevano essere deportati nei campi di sterminio.

b) E' da premettere che, in pratica, il Ministero degli Affari Esteri italiano si oppose sempre a che i cittadini italiani ebrei residenti in tutti i paesi in cui vigevano legislazioni antisemite - Germania compresa - non fossero considerati connazionali con piena parità di diritti("nè possiamo...consentire che agli ebrei residenti in altri paesi esteri, e particolarmente nel territorio metropolitano francese siano applicate misure discriminatorie in confronto dei cittadini italiani ariani", scriveva il M.A.E. all'Ambasciata a Parigi nel Maggio del '42 (telespr. N.34-6327/37)).

D'altra parte, le Rappresentanze italiane si richiamavano alla legislazione razziale vigente in Italia, ogniqualvolta ciò potesse servire a sottrarre gli ebrei italiani ai provvedimenti tedeschi.

E va detto come i provvedimenti eccezionali di internamento o di invio in residenza coatta presi dalle autorità italiane, venivano generalmente accolti dagli ebrei, italiani e non, con sollievo, perchè, sottratti in tal modo alla potestà tedesca, vedevano in essi la loro salvezza.

Dalle testimonianze degli ebrei che durante la seconda guerra mondiale furono nelle zone di occupazione italiana, emerge sempre un senso di gratitudine e di profondo riconoscimento.

Nel settembre del 1942, quando il governo del Reich informò Roma che non avrebbe più tollerato che i cittadini italiani di razza ebraica godessero di una situazione di privilegio e che dal gennaio successivo essi sarebbero dovuti essere o rimpatriati o deportati, il M.A.E. ne decise il rimpatrio.

Il 3 febbraio 1943 tutte le rappresentanze diplomatiche e consolari furono incaricate di informare i connazionali ebrei del pericolo incombente e di chiedere loro se fossero disposti al rimpatrio; e il 21 marzo, d'accordo con il Ministero dell'Interno, il M.A.E. stabilì che potevano entrare in Italia anche i parenti stretti non italiani degli ebrei italiani.

La documentazione sull'azione svolta dal M.A.E. e dall'Esercito Italiano viene tratta dalla "Relazione sull'opera svolta dal Ministero degli Affari Esteri per la tutela delle comunità ebraiche (1938-1943)" (M.A.E., Riservato, Roma, s.d.), dai documenti degli Archivi del M.A.E. che si conservano in copia nell'archivio del Centro di documentazione ebraica contemporanea di Milano (Archivio C.D.E.C., Busta "Ministero Affari Esteri", fascicoli intitolati ai vari Paesi), dal libro di Léon Poliakov e Jacques Sabille, "Gli ebrei sotto l'occupazione italiana" (Milano 1956). // A proposito degli incartamenti del M.A.E. relativi agli ebrei nelle zone occupate dagli italiani durante la seconda guerra mondiale, devo dire che nel corso di una ricerca che feci negli Archivi del Ministero diversi anni orsono, mi avvenne di prendere in mano pacchi di copie di telegrammi che, ridotti in blocchi dall'umidità, tendevano a spaccarsi longitudinalmente: questo perché dopo l'8 settembre erano stati murati, ad evitare che finissero nelle mani dei nazisti. Nessuno potrà mai più leggere quei documenti.

In Grecia, le autorità militari italiane, lungi dal prendere provvedimenti contro gli ebrei, giunsero a mettere di guardia alla sinagoga e alla sede della ^{di Atene} Comunità del-
le sentinelle armate, ad evitare violenze da parte degli studenti greci filo-nazisti (ESPA). E quando nel settembre del 1942 i tedeschi addossarono agli ebrei la responsabilità di un attacco dinamitardo alla sede dell'ESPA, il Comando italiano volle far luce sui fatti e, avute le prove dell'estraneità degli ebrei, vietò qualsiasi azione a loro danno.

Ma a meglio chiarire l'atteggiamento delle autorità italiane in Grecia, è opportuno citare rapidamente la documentazione relativa all'azione condotta dalla Regia Rappresentanza italiana ad Atene e dal Ministero degli Esteri italiano, intesa al salvataggio del maggior numero possibile di ebrei dalla zona di occupazione tedesca.

Il M.A.E., facendo leva sulla considerazione che l'incolumità del nucleo ebraico di origine italiana (nonchè di altri ebrei) s'impondeva soprattutto dal punto di vista della salvaguardia degli interessi politici italiani nel Mediterraneo, cercò di strappare ai nazisti, singolarmente e a gruppi, il maggior numero possibile di ebrei.

Nel 1941 il Ministero degli Esteri aveva dato disposizioni al Consolato italiano a Salonico perchè facesse presente che, nell'applicazione dei provvedimenti razziali, l'Italia avrebbe gradito che si tenesse conto della difesa dei suoi interessi, anche se rappresentati da cittadini di razza ebraica, e il 1° ottobre 1941 si era rivolto anche all'Amba-

sciata di Berlino facendo presente che, essendo la legislazione razziale questione di carattere interno, non si poteva ammettere che i provvedimenti tedeschi interferissero con gli interessi di civili italiani all'estero. Tali interessi dovevano essere rispettati anche nelle zone di occupazione tedesca. Di fronte alle insistenze e alle minacce di rappresaglia da parte tedesca, in un primo tempo, al Ministero dell'Interno parve opportuna l'applicazione di un provvedimento minore, e cioè l'imposizione della stella gialla a tutti gli ebrei, esclusi gli italiani e gli spagnoli, per evitare i più gravi. Ma, sentito anche il parere del Console a Salonico e dell'autorità militare, considerando che la stella gialla avrebbe reso difficile l'ulteriore svolgimento di un'azione di salvataggio, neanche quella misura fu adottata. Da questo momento, vista la resistenza da parte italiana, cominciò la politica intimidatoria tedesca. Quando le autorità tedesche dichiararono che avrebbero dato inizio alla deportazione di tutti gli ebrei residenti nei territori di loro occupazione, ai solleciti di attuare misure analoghe nella zona di occupazione italiana, il Comandante Supremo della II Armata rispose al Generale Loehr di non poter intraprendere nessuna azione senza gli ordini diretti del suo Governo; e che non avendo ricevuto alcun ordine in merito, non poteva impegnarsi secondo le direttive del Comando tedesco, tanto più che tutto era stato deciso senza che fosse stato concluso alcun accordo con i tedeschi e senza che lui ne fosse stato informato.

L'autorità tedesca fece allora presente che sarebbero sta-

ti deportati tutti gli ebrei, compresi gli italiani di incerta nazionalità, con la sola eccezione di quelli di provata nazionalità italiana. Con un telegramma del Ministero alla Regia Ambasciata di Berlino in data 22 aprile 1943 N. 13378/500 (".....Fate presente nella forma più persuasiva ed efficace vivo desiderio che provvedimento venga sospeso in attesa della soluzione che sarà concordata. Abbiamo anche interessato nello stesso senso questa Ambasciata di Germania"), e con l'azione condotta dalla Rappresentanza in Atene si ottenne la sospensione del provvedimento per tutti i casi di dubbia nazionalità e per quelli per i quali le autorità diplomatiche italiane avevano dichiarato in corso le pratiche relative alla conferma, al riacquisto e perfino alla concessione della cittadinanza italiana.

Certificati di nazionalità italiana furono dati al maggior numero di persone possibile: erano sufficienti il riconoscimento dell'origine italiana, lontani legami di parentela con un italiano, un nome che suonasse italiano; in molti casi i certificati furono concessi agli ebrei per il solo fatto che erano ricercati dalla Gestapo. All'azione svolta dalle autorità corrispondevano l'atteggiamento e la iniziativa degli ufficiali dell'Esercito di occupazione, molti dei quali - come è testimoniato - si recavano al campo di concentramento per dichiarare che delle donne ebree erano loro mogli.

Quanto alla sospensione del provvedimento di deportazione, il comandante delle SS faceva presente al Console di Salonicco che essa equivaleva a un ritardo di pochi giorni; al che il Console obiettava che il Governo del Reich aveva

accettato di non attuare le deportazioni dei casi contestati fino al 15 maggio (tel. da Atene del 20 aprile 1943 N. 12329, e telegramma ministeriale del 21 aprile 1942, N. 13389/50).

Parallelamente furono fatti passi per la protezione degli interessi patrimoniali degli ebrei italiani ed è interessante notare come la Rappresentanza italiana ad Atene, con foglio 7294 del 9 dicembre 1941 al R.Consolato Generale a Salonicco, ricordasse di aver fatto presente alle rappresentanze del Reich che i cittadini ebrei italiani all'estero godevano, per quanto riguardava la protezione dei loro interessi da parte delle R.Autorità Consolari, degli stessi diritti degli altri cittadini.

La protezione italiana si estendeva in molti casi anche a cittadini non italiani che avevano particolari legami con l'Italia, e la cittadinanza veniva concessa per esempio a cittadini greci perchè nati o vissuti a lungo in Italia, o a cittadini italiani che avevano acquistato la cittadinanza greca senza rinunciare a quella italiana.

In tutti questi casi, il Console Generale a Salonicco chiedeva alla R. Rappresentanza in Atene se poteva adottare criteri di larghezza e quest'ultima, dava subito la sua autorizzazione, e soltanto dopo chiedeva al Ministero la ratifica a queste direttive (tel. al M.A.E. N. 2132 del 4 aprile 1943). Il Ministero approvava d'urgenza (tel. per corriere N. 11698 del 7 aprile 1943).

Con tel. N. 13612 del 23 aprile 1943 il Ministero indicava le soluzioni da dare ai vari casi, autorizzando per tutti

quelli dubbi la concessione di uno speciale lasciapassare che facilitasse il passaggio alle zone occupate dalle truppe italiane, con l'indicazione che era in corso la pratica per il riconoscimento della cittadinanza italiana.

All'azione ostruzionistica condotta con ritmo incalzante dalle autorità tedesche, il Ministero degli Esteri reagiva con il lunghissimo telegramma N. 13649 del 19 giugno 1943, con il quale si invitava la R.Ambasciata a Berlino a mettere il Governo del Reich al corrente della situazione e a far presente, in risposta alla pretesa tedesca di adottare provvedimenti contro i casi di dubbia cittadinanza senza sottoporli all'esame dell'autorità italiana, che il diritto di giudicare dell'accertamento della qualità di cittadini italiani spettava esclusivamente alle autorità italiane. Con una Nota verbale, il 4 maggio l'Ambasciata di Germania a Roma chiedeva all'autorità italiana di invitare tutti gli ebrei italiani a partire per l'Italia, non ritenendo opportuno che essi si trasferissero nel territorio occupato dagli italiani; chiedeva inoltre che dal Consolato Generale d'Italia fosse trasmessa senza indugio la lista definitiva dei casi in cui la cittadinanza era incerta, facendo presente che per il momento si desisteva dall'attuare le misure contro detti ebrei. Il M.A.E., con il tel. N. 7342/652 del 26 maggio, replicava chiedendo a Berlino che si soprassedesse all'allontanamento degli ebrei italiani; che, in caso di impossibilità, fosse ammesso il loro trasferimento dalla zona tedesca a quella italiana; che infine, la trattazione dei casi incerti venisse lasciata in modo totale all'auto-

rità italiana, e che comunque nessun provvedimento fosse adottato nei loro confronti.

Intanto si facevano avvertire gli ebrei residenti nelle zone di occupazione tedesca che si tenessero pronti per il trasferimento nelle zone italiane.

D'altra parte, avendo nel frattempo l'autorità tedesca locale - nonostante le garanzie date dall'Ambasciata di Germania - disposto l'arresto di 75 ebrei (tra cui una donna di 73 anni), facendo ancora leva sull'argomento che l'annientamento della comunità ebraica in Grecia sarebbe stato profondamente lesivo degli interessi italiani e che in ogni caso potevano essere sufficienti alcune misure cautelari senza ricorrere alla deportazione, il M.A.E. con tel. N. 15608/590 in data 18 maggio, faceva chiedere all'Auswaertiges Amt di impartire istruzioni che annullassero i provvedimenti erroneamente adottati: il ritorno dei 34 già deportati, il rintraccio dei 18 per i quali era stato asserito che non si conosceva più la residenza, la liberazione dei 23 che erano in campo di concentramento.

E proseguiva: "Rimane da ultimo la delicatissima questione relativa al divieto da parte delle autorità locali del resto confermato da analogo punto di vista dell'Auswaertiges Amt, comunicato da questa Ambasciata di Germania, per cui non dovrebbe essere autorizzato il trasferimento dei cittadini italiani ebrei dalla zona tedesca a quella italiana.

Siamo spiacenti al riguardo di dover far presente che non possiamo condividere tale punto di vista. Negare il trasferimento di detti ebrei dalla zona tedesca a quella italiana equivale ad aumentare il danno che i nostri interessi economici e politici già subiscono con la liquidazione degli elementi ebraici in Salonico. Essi rappresentano elementi che ragioni storiche e locali hanno orientato in

modo non dubbio a nostro favore. Allo stato dei fatti non possiamo condividere i timori circa la particolare pericolosità di questi ebrei una volta trasferiti nella zona italiana. Questo non significa che nei loro confronti non sarebbero adottate tutte le misure necessarie. In tal senso sono state già confermate istruzioni alle autorità italiane locali. Del resto dette autorità sono in grado di offrire ogni garanzia perchè le misure adottate siano da ritenersi sufficienti ad eliminare i pericoli di cui si preoccupano le autorità tedesche. Vi preghiamo di esporre chiaramente e decisamente questi nostri punti di vista all'Auswaertiges Amt facendo ad esso presente che non dubitiamo della loro piena valutazione in un momento in cui i nostri interessi in Mediterraneo hanno più che mai il bisogno di essere con intransigenza tutelati".

Analoga richiesta veniva fatta alla stessa data all'Ambasciata di Germania a Roma, con una nota della quale pure riportiamo alcuni passi: "...sarebbe particolarmente gradito che l'Auswaertiges Amt considerasse come definitivamente infondate le reiterate accuse rivolte alle autorità italiane in Grecia secondo le quali esse si presterebbero a far figurare di nazionalità italiana persone che ad essa non avrebbero alcun diritto. Le assicurazioni fornite dalle nostre autorità sono categoriche. Supposte irregolarità da parte della nostra Legazione e dei nostri Consoli non hanno fondamento. Esse rispondono invece ad indicazioni inesatte da attribuire a preconcetti di alcune delle autorità tedesche locali alle quali in realtà sono imputati i gravi fatti sopra contestati. Vi potranno essere effettivamente dei casi nei quali non la questione della nazionalità viene in giuoco, ma piuttosto particolari titoli di italianità e reali benemerienze di carattere politico nei nostri riguardi. Gradiremo che tali casi, i quali potranno essere oggetto di franca e libera discussione senza ricorrere ad argomenti fittizi per giustificare una nazionalità inesistente, fossero presi in benevola considerazione dalle autorità tedesche dato che ci sembra doveroso dover distinguere nelle misure da adottare nei confronti di detti ebrei coloro che un passato di proficua attività a nostro vantaggio mette in una posizione di particolare rilievo".

Evidente a questo punto la possibilità di ampliare al massimo questa casistica. E continuava: "Rimane da ultimo la

delicatissima questione relativa al divieto da parte delle autorità locali (confermato del resto da analogo punto di vista dell'Auswaertiges Amt), del trasferimento di cittadini italiani ebrei dalla zona tedesca a quella italiana. Si è spiacenti al riguardo di dover far presente che non si è in grado di condividere tale punto di vista. Negare il trasferimento di detti ebrei dalla zona tedesca a quella italiana costituisce un maggior danno ai nostri interessi economici e politici che la liquidazione degli elementi ebraici a Salonico ha seriamente colpito.

Le circostanze che ci hanno convinto a definire la qualità degli orientamenti politici di detti elementi non ci inducono a serie preoccupazioni circa la particolare pericolosità di questi ebrei una volta trasferiti nella zona italiana.

Tuttavia sono state confermate istruzioni alle autorità italiane locali perchè siano adottate tutte le misure cautelari necessarie ed atte ad evitare quegli eventuali pericoli di cui le autorità italiane locali non avrebbero minor ragione di preoccuparsi delle autorità germaniche", concludendo col ribadire la necessità che il problema venisse esaminato alla luce degli interessi politici italiani nel Mediterraneo.

Alcuni giorni dopo venivano rilasciati dal campo di concentramento 60 ebrei di origine italiana. E il 9 giugno il Console di Salonico informava che erano stati liberati tutti gli ebrei di cui il Ministero si era interessato. Un caso particolarmente eloquente fu quello dei mariti di 15 donne cittadine italiane, già liberate in seguito allo intervento del Ministero. Il Console di Salonico, chiedendo istruzioni, comunicava al Ministero che il comandante delle SS aveva fatto sapere di essere disposto a rimetterli in libertà se anche a loro fosse stato rilasciato un certificato di cittadinanza italiana. Intuendo il trabocchetto cui mirava la proposta nel caso che i certifi-

un certificato di cittadinanza italiana. Intorno al 1935
metterli in libertà se anche a loro, come stato riferito
te delle SS aveva fatto sapere di essere disposto a ri-
dando istruzioni, comunicava al Ministero. Il 1935, dopo
15 donne cittadine italiane, che lavoravano nelle SS.
Un caso particolarmente importante fu quello di un
ti tutti gli ebrei di 1935, che erano stati internati.
il Consolato di Saloni. Intorno al 1935, dopo
Armento 60 ebrei di 1935, che erano stati internati.

cati fossero stati rilasciati, il Ministero rispondeva:

"Vostro 37. P.R. 18186/689 (62 per Salonicco - 689 per Atene)."

Codesto Comandante delle S.S. ben sa che noi non possiamo rilasciare un certificato di cittadinanza a persone che tale cittadinanza non possiedono tanto più che alle accuse rivolte ai Regi Uffici costà di rilasciare abusivamente tali documenti abbiamo sempre luminosamente provato il contrario. Non possiamo quindi intestare tali documenti ai mariti di dette donne di origine italiana. Riteniamo però che vi sia fondato motivo per insistere presso codeste autorità affinché venga permesso a detti quindici israeliti di trasferirsi nella zona di nostra occupazione insieme con le mogli. Quel concetto di unità famiglia re che risponde ad una esigenza morale, sociale ed economica, giustificherebbe un provvedimento di favore nei riguardi delle quindici donne israelite di origine italiana che sono state liberate dal campo di concentramento. Tale liberazione con la conseguente sospensiva della deportazione in Polonia risponderebbe troppo modestamente al suo scopo se ora i mariti di queste donne venissero deportati. Non il certificato di nazionalità, ma un lasciapassare od un passaporto provvisorio che non importa dichiarazione di nazionalità, potrebbe essere rilasciato ai 15 israeliti uomini per poter abbandonare il territorio occupato dalle truppe tedesche e trasferirsi nel nostro.

Del resto un provvedimento a favore di dette persone non sarebbe che una modesta riparazione dei noti settantacinque casi abusivi a favore dei quali stiamo tuttora insistendo anche presso l'Auswaertiges Amt".

L'incalzante azione italiana ottenne un notevole successo, e il 9 giugno 1943 si comunicava da Berlino che erano state impartite istruzioni per la revoca del divieto per gli ebrei di cittadinanza italiana di trasferirsi nei territori occupati dagli italiani. // Alla comunicazione della Rappresentanza italiana in Atene che le autorità germaniche si preparavano a inviare nella zona italiana il capo della polizia ebraica di Salonicco per il rintraccio degli ebrei fuggiti clandestinamente, il M.A.E. telegrafava all'Amba-

sciata a Berlino (N. 17999 del 1° giugno 1943) come segue: "Vostro 588/1/2".

Non riteniamo opportuno che la polizia tedesca sia autorizzata a svolgere un'azione nella zona occupata dalle nostre truppe per effettuare accertamenti circa la situazione degli ebrei, siano essi non italiani da tempo residenti in tale zona, siano essi ebrei trasferitisi di recente nella zona nostra. Tanto meno riteniamo conveniente di poter permettere degli arresti.

Da molto tempo le nostre direttive e la nostra linea politica si svolgono sul concetto che tutto quanto concerne il problema degli ebrei nelle zone di nostra occupazione deve essere considerato materia di ordine pubblico connessa con le esigenze del nostro prestigio e quindi legato a nostri criteri di applicazione ed alla esclusiva responsabilità delle autorità italiane.

Tale linea politica è ormai da noi con intransigenza applicata in ogni località dove trovansi truppe di occupazione italiane. Così nella nostra zona di occupazione in Francia le richieste di diretti interventi da parte delle autorità tedesche non sono state accolte.

In relazione a quanto precede è necessario quindi che con il dovuto tatto ma con fermezza venga fatto intendere che l'intervento della polizia tedesca non ci è gradito. Essa pertanto dovrà sospendere ogni attività rientrando nella sua zona. Gli arresti eventualmente effettuati non possono essere mantenuti.

Per quanto concerne le richieste di estradizione da parte delle autorità tedesche di ebrei stranieri, o di coloro egualmente ebrei la cui nazionalità è contestata, non per altra ragione che per questioni razziali, non è il caso per il momento di darvi corso.

Ci riserviamo altresì di fissare la data alla quale si dovrebbe considerare illegale l'entrata di detti israeliti nel territorio italiano. Evidentemente non è affatto nostra intenzione di facilitare tale trasferimento. Ma per coloro il cui trasferimento è già stato compiuto facciamo riserva di ogni decisione.

Sarà opportuno che sulle linee di questa risposta Voi facciate presente all'Auswaertigs Amt che urge che Polizia tedesca sospenda qualsiasi azione nei confronti degli

ebrei nella zona occupata dalle nostre truppe, e che quindi gradiremo che nessuna decisione in tale materia possa essere presa se non concordemente con questo Ministero".

Numerosi furono gli interventi a favore dei singoli e di gruppi sia italiani che stranieri, non sempre purtroppo coronati da successo. Si cita ad esempio il caso dell'avv. Saul Moisis che per oltre 12 anni era stato consulente legale del R. Consolato generale a Salonico, per il quale si svolse una nutrita corrispondenza. Tentata la fuga, sarebbe stato immediatamente fucilato senza l'intervento del R. Consolato a Salonico, il quale, pur avendo ottenuto l'autorizzazione - richiesta dall'autorità tedesca in cambio della scarcerazione - a far rientrare il Moisis e famiglia in Italia, non riuscì a salvarlo dalla deportazione in Polonia. Dal telegramma N. 17998 del 1° giugno 1943: "Con tel. del 21 corrente il R. Console a Salonico informa che il Capo di quella Amministrazione militare tedesca gli ha comunicato, esprimendo il suo rincrescimento, che malgrado le formali assicurazioni da lui dategli, l'Avv. Moisis e i familiari sono stati, ad insaputa dello stesso Capo dell'Amministrazione militare tedesca e per iniziativa del Stabsturmführer Wisliceny, Comandante delle S.S., deportati con l'ultimo convoglio in Polonia". La nota precisione dell'organizzazione germanica lascia supporre che la frequenza dei supposti errori (basti ricordare i 75 casi segnalati in precedente corrispondenza e particolarmente quello del Moisis) risponda se non ad un criterio, perlomeno ad un proposito da parte di alcune autorità tedesche in Salonico".

L'azione del Ministero degli Esteri italiano fu volta anche a proteggere la vita di tutti gli ebrei stranieri -svizzeri, turchi, portoghesi, argentini, spagnoli - purchè sussistesse una ragione qualsiasi a giustificare l'intervento italiano. Il caso degli ebrei spagnoli, conclusosi tragica-

mente, è paradigmatico del comportamento italiano e di quello tedesco.

All'inizio delle deportazioni i tedeschi fissarono agli ebrei spagnoli il termine ultimo del 15 giugno per lasciare Salonico. A seguito delle richieste del Console di Spagna alla Rappresentanza italiana, il Ministero degli Esteri ottenne dal Comando Supremo dell'Esercito, dal Ministero dell'Interno e dalla Direzione Generale delle Ferrovie, che fosse concesso loro un passaporto collettivo, e il transito attraverso il territorio italiano; tutto ciò, ovviamente, subordinato alle ~~responsabilità~~ responsabilità d'ingresso in Spagna, che il Consolato spagnolo a Salonico aveva assicurato. Con tel. N. 21168 del 4 luglio 1943, il M.A.E. comunicava al R.Rappresentante a Ginevra che tutto era pronto per il transito in Italia dei 500 ebrei spagnoli: si attendeva soltanto che fosse comunicata la data del transito.

Ma l'autorizzazione all'ingresso in Spagna non era ancora giunta e, mentre quei poveretti sollecitavano al Consolato la protezione del Governo italiano, il Console generale a Salonico in data 20 luglio comunicava che dovendo la colonia spagnola essere sgombrata da Salonico entro il 31, il capo della Polizia tedesca aveva notificato che da parte germanica si concedeva il loro trasferimento nella zona italiana, nel caso che il Governo spagnolo non avesse dato il benestare al rimpatrio. Senza indugio il M.A.E. autorizzava il trasferimento con unico viaggio in treno speciale, come richiesto dal capo della Polizia tedesca.

Il 22 luglio il M.A.E. comunicava che il Governo spagnolo aveva negato loro l'ingresso: e tuttavia il 26 luglio il M.A.E. confermava ugualmente l'autorizzazione all'ingresso nella zona italiana. A questo punto si verificò il voltafaccia dell'autorità tedesca che impedì il trasferimento. Il 29 luglio gli ebrei spagnoli venivano raccolti nella sinagoga Stoa Saul, arrestati dalla polizia tedesca, portati nel campo di concentramento "Barone Hirsch", in attesa della deportazione.

Nel tel. N.806 del 4 agosto all'Ambasciata d'Italia a Madrid il M.A.E. diceva tra l'altro: "E' da supporre legittimamente che questa grave decisione delle autorità sia conseguenza del negato rimpatrio da parte del Governo di Madrid. In tali condizioni questo Ministero ritiene di far noto quanto precede a V.E. pur riconoscendo che a stretto rigore non vi sarebbe da parte nostra alcun titolo per un diretto intervento in una questione di carattere politico tra il Governo spagnolo ed alcuni suoi connazionali. Si potrebbe, tuttavia, segnalare il caso a codesto Ministero degli Esteri, facendo rilevare, in via amichevole, le ripercussioni che potrebbero avere presso gli ebrei spagnoli in Grecia, il diverso atteggiamento dei Governi di Roma e di Madrid. Le stesse autorità tedesche dinanzi ad un diverso atteggiamento spagnolo potrebbero essere indotte a riesaminare i provvedimenti che hanno preso. Se ragioni e precedenti storici possono rappresentare un ostacolo ad un rimpatrio di ebrei in Spagna, non parrebbe forse difficile poter trovare a tali ebrei ospitalità in un territorio fuori della metropoli sottoposto alla sovranità del Governo di Madrid. Si rimane in attesa di conoscere il risultato dei passi che V.E. ritenesse eventualmente di svolgere al riguardo".

Finalmente il 14 agosto la Legazione di Spagna in Atene comunicava l'autorizzazione all'ingresso nel paese: ma i 500 ebrei spagnoli erano stati deportati.

La documentazione su quanto fatto dagli italiani in Croazia, è tale da impressionare e commuovere chi ne prenda visione: le richieste insistenti del Comando dell'Armata al Ministero, le tempestive risposte, gli appunti del Ministero con le correzioni indicanti la ricerca ansiosa delle espressioni più opportune, il prevenire i pericoli e le richieste dei perseguitati, il continuo rinvio e rifiuto di ogni consegna all'autorità tedesca, che dal canto suo esige, comanda, incalza.

La zona di occupazione italiana in Jugoslavia comprendeva metà della Croazia, la Dalmazia e il Montenegro.

In principio, e cioè tra l'estate del '41 e i primi mesi del '42, l'azione di soccorso da parte dell'Esercito agli ebrei in balia del terrore ustascia ebbe carattere spontaneo e individuale, con il tacito consenso delle più alte autorità militari. Nell'estate del '41, ad esempio, un reparto italiano in Croazia simulò un rastrellamento di partigiani per raggiungere e portare in salvo con i carri armati un gruppo di ebrei dell'interno.

Alle violente reazioni degli ustascia, il Comando italiano fu costretto a deferire gli ufficiali implicati alla Corte marziale, che li condannò a un paio di giorni di arresto!

A richiesta del M.A.E., verso la fine del '42 le truppe italiane assumevano l'amministrazione dell'intera fascia costiera per una profondità di 50 Km.; con un messaggio al "Comando Superiore FF.A.A. Slovenia Dalmazia", riportato dal-

lo stesso Comando in un telespr. del 10 ottobre '42 al Ministero, il Generale Roatta comunicava: "Gli ebrei rifugiati nei territori occupati dalle nostre truppe ammontano a circa 3000 e sono dislocati, nella loro grande maggioranza, nella zona costiera.

La cifra suindicata comprende tutti gli ebrei, senza distinzione di nazionalità o pertinenza.

E' da presumere che parte notevole di essi sia costituita da ebrei pertinenti ai territori annessi, perchè di quelli pertinenti allo Stato Indipendente di Croazia non molti possono essere sfuggiti alle note persecuzioni.

Per avere al riguardo gli opportuni elementi, ho disposto perchè sia accertata la pertinenza italiana o croata dei singoli rifugiati.

Fiduciosi di non essere molestati nè allontanati dalla 2° zona purchè non diano luogo a rilievi di carattere morale e politico, essi tengono una condotta corretta, in attesa di conoscere la sorte che sarà loro riservata a fine guerra.

Il mio punto di vista è che la consegna degli ebrei ai tedeschi o croati, finirebbe praticamente col nuocere al nostro prestigio, perchè, sia pure tacitamente, li avevamo presi sotto la nostra protezione e perchè rischierebbe di determinare gravi ripercussioni tra la M.V.A.C. "cettica", la quale potrebbe essere indotta a pensare di essere un giorno anche essa data in potere degli ustascia."(telespr.

N. 3301/A.G.)

E mentre gli ebrei rimasti nella zona tedesca erano già stati ristretti in campi di concentramento, nella zona italiana 3000 ebrei, indisturbati, godevano piena libertà.

Quando l'autorità croata emanò l'ordine per tutti gli ebrei di presentarsi alle autorità di polizia, la Legazione italiana a Zagabria si era affrettata a comunicare che gli ebrei italiani non avrebbero ottemperato a tali disposizioni, e il M.A.E., il 28 giugno '42 dava la sua approvazione:

"Questo Ministero concorda con l'avviso del Comando Supremo che accordo intervenuto tra i Governi tedesco e croato non

debba avere esecuzione nella zona da noi occupata". (tel. N. 226/91)

Indicativa, a proposito dell'ostruzionismo dell'Italia all'applicazione delle misure contro gli ebrei in Croazia, è la "Nota a un rapporto" dell'Assistente alla Segreteria del Reich Luther, Berlino 24 luglio 1942, riportato dal Sabille, in cui è scritto tra l'altro: "Abbiamo le prove dell'attività di resistenza delle autorità italiane contro le misure anti-ebraiche del Governo croato". E ancora: "L'Ispektore Generale tedesco del Wegebauamt (la Organizzazione Todt) riferisce che il Capo di Stato Maggiore Generale italiano gli ha detto che "non è compatibile con l'onore dell'esercito italiano prendere simili eccezionali misure contro gli Ebrei come quelle adottate dall'Organizzazione Todt che mirano a requisire le abitazioni di cui gli Ebrei hanno urgente bisogno" (G 562 D III, BdS, Confidenziale).

Nell'agosto del '42 l'autorità tedesca decise la deportazione in Polonia degli ebrei croati già internati: per ogni ebreo il governo croato doveva versare 30 marchi al governo tedesco, a pagamento delle spese del trasporto.

Il 22 agosto la R. Legazione a Zagabria faceva presente al M.A.E. che presto il governo del Reich avrebbe svolto un passo ufficiale per chiedere che anche gli ebrei rifugiati nei territori occupati dalle truppe italiane venissero avviati in Polonia. (tel. N. 5406 R.)

E infatti, il 17 agosto 1942 il Consigliere dell'Ambasciata di Germania a Roma, von Bismarck, consegnava al M.A.E. un telegramma di von Ribbentrop dove si chiedeva al governo italiano di far sì che i comandi militari in Croazia consegnassero alle autorità tedesche e croate gli ebrei rifugiati nella zona italiana. Bismarck fece anche capire quale fosse la sorte che attendeva gli ebrei.

Il 21 agosto la questione veniva sottoposta al Ministro degli Esteri Ciano, che si sapeva contrario alla consegna,

e contemporaneamente a Mussolini, con un "Appunto" dove si accennava chiaramente che la consegna degli ebrei croati equivaleva alla loro eliminazione. Mussolini dava il "nulla osta". La notizia di tale decisione urtò subito nel la ferma resistenza dei Comandi dell'Esercito e del M.A.E., il quale diede subito il via a un'azione intesa a guadagnare tempo. Mentre il 29 agosto rendeva noto al Comando Supremo in Croazia il "nulla osta" del Governo (tel.N.14739) - interessante a questo proposito il successivo insistente negare da parte del Comando Slovenia-Dalmazia di averne ricevuto notifica: "Questo Comando non ha mai sentito parlare ~~da~~ nessuno, e pertanto neppure da autorità germaniche, di consegna degli ebrei...." ~ (tel. N.32839 P.R. del 15 ottobre 1942); il M.A.E. disponeva che si procedesse al censimento per accertare quali ebrei dovessero essere esclusi, come pertinenti alla zona italiana. Al tempo stesso invitava il suo Ufficio di Collegamento presso il Comando della II Armata ad adottare i criteri meno rigorosi nel riconoscimento di tale pertinenza, (ciò che avvenne in larga misura: basti ricordare che il 16 ottobre successivo il Ministero comunicava che tra gli altri potevano avere titolo alla cittadinanza italiana anche coloro che, pur non essendo nati nè residenti in un Comune della zona, vi avessero parenti fino al 3° grado!). Della necessità del censimento fu messa al corrente anche l'Ambasciata del Reich. Dopo un mese, il Comando della II Armata rendeva noto che il censimento era stato cominciato. Il 3 ottobre, mentre il M.A.E. stava ancora studiando i criteri secondo i quali poteva essere determinata la pertinenza dei profughi alla zona italiana, l'Ambasciata di Germania sollecitava una risposta, affermando che evidentemen-

te non erano state date le dovute istruzioni alle autorità militari; parallelamente, il governo croato chiedeva che 1626 profughi che dalla Croazia erano giunti in Dalmazia, fossero trasferiti nella IIa zona, e questo perchè fino a che gli ebrei si trovavano nella Dalmazia italiana non potevano essere toccati, ma appena fossero passati nella IIa zona sarebbero rientrati tra quelli da consegnare ai croati. Intanto, con l'appoggio del delegato apostolico a Zagabria e del Ministro croato a Roma (Peric) si tentava di far recedere dalla richiesta il Governo croato.

In un "Appunto" del M.A.E. del 20 ottobre, al punto 3., si legge: "In via di conversazione questo Ministro di Croazia ha oggi preannunciato la prossima presentazione al Ministero di una proposta del Governo croato circa tale questione. Tale proposta sarebbe la seguente:

Il Governo croato non insisterà perchè gli ebrei gli vengano consegnati per il trasferimento ai territori orientali occupati dal Reich, ma assentirà ad un eventuale internamento di detti elementi in Italia, con la sola condizione che il Governo italiano assicuri di rinunciare ad ogni pretesa sui beni ad essi sequestrati.

Assicurazione analoga è stata data già dal Governo tedesco. Peric ha aggiunto che, come uomo, si augurava che fossimo in grado di accettare tale proposta. Peric conosceva infatti la sorte che attendeva gli ebrei trasportati dai tedeschi nei territori orientali.

E' peraltro da notare che le istruzioni impartite il 17 corrente da Zagabria al Ministro Peric risultano in modo sicuro essere state invece le seguenti: "Insistere affinché siano consegnati a noi gli ebrei della zona litoranea, la qualcosa è stata già promessa a Von Mackensen".

Tali istruzioni appaiono tanto più sintomatiche in quanto vengono dopo l'incontro del Führer e di Ribbentrop con Pavelic nel quale, giusta il verbale tedesco del colloquio

./...

il Führer "definì gli ebrei come i cavi telefonici sotterranei e le teste di riferimento di tutti i movimenti di sommosa e la cui attività deve essere perciò recisa" e Ribbentrop "additò l'ordine del Duce nella questione ebraica del quale l'Ambasciata a Roma è stata informata" aggiungendo "evidentemente però quest'ordine finora non è stato trasmesso all'Armata sul luogo".

Il 21 ottobre, come risulta da un appunto del Ministero, il Bismarck insisteva ancora per la consegna, "non alle Autorità Militari Germaniche, ma alle Autorità Croate le quali lavorano in stretta collaborazione con speciali organi della polizia germanica". Ad evitare tale consegna il M.A.E. proponeva allora che gli ebrei della zona italiana fossero internati, adducendo a pretesto l'argomento usato dai nazisti: "per evitare che nel frattempo chiunque di costoro possa svolgere attività comunque nocive".

L'8 novembre, il Comando dei Carabinieri del 5° Corpo d'Armata dava relazione al proprio Comando dell'avvenuto internamento di circa 1.200 ebrei nel Campo di Porto Re (altri erano già stati internati in altre località): scriveva tra l'altro che l'improvviso provvedimento, applicato nei confronti di tutti gli ebrei della zona italiana, indistintamente, aveva prodotto grande impressione sia sugli ebrei che sulla popolazione croata. Del rapporto si riportano alcuni passi: "Tuttavia, l'internamento è stato ancora accolto dagli interessati con una certa tal quale rassegnazione perchè è stato fatto loro comprendere che, almeno per il momento, essi non correano alcun pericolo, in quanto restavano nelle mani dell'Esercito italiano. Qualora, peraltro, come essi temono, dovessero essere consegnati alla Germania o alla Croazia, si verificherebbero indubbiamente fatti gravi (tentativi di fuga, di suicidio, scene di disperazione ecc.), perchè gli ebrei sono fermamente convinti che una loro consegna alle autorità germaniche o croate equivarrebbe ad una nuova serie di persecuzioni e torture (molti le hanno già subite e sono riusciti a sfuggirvi) ed alla morte certa, a scadenza più o meno breve.

A parte queste ripercussioni del provvedimento sui profughi ebraici (ripercussioni, del resto, logiche e che si potevano attendere) è necessario rilevare che esso ha prodotto anche una grande sorpresa nella popolazione locale ed ha provocato una serie svariata di commenti e giudizi.

Molti hanno detto che la natura stessa del provvedimento e la rapidità improvvisa con cui è stato attuato, fanno trasparire evidentemente la sua origine: "sono sistemi tedeschi", non italiani e quindi è chiaro che ciò è stato imposto dai tedeschi".

Il 12 novembre il M.A.E. metteva Bismarck al corrente delle difficoltà di accertare la pertinenza degli ebrei così internati (M.A.E., progetto di comunicazione orale, Roma 6 Nov.1942), e il 17 scriveva al Comando Supremo: "Questo Ministero si rende conto che le pratiche per l'accertamento di cui sopra, per la loro stessa natura e per le conseguenze che comportano sono, complesse e laboriose. Esso gradirà conoscerne, a suo tempo, i dettagliati risultati prima che si proceda a concordare con le Autorità croate le modalità per la consegna. (telespr. N. 8/16662)

L'internamento degli ebrei nella zona italiana fu ultimato in dicembre. Così si poté dimostrare al governo del Reich che si era fatto qualcosa. Circa le condizioni di internamento, è opportuno riportare le norme che il Comando Superiore della IIa Armata, in data 1° dicembre 1942 dava ai

Comandi del V°, VI°, XVIII Corpo d'Armata: "In considerazione del numero delle persone internate, della loro promiscuità, dei nuclei famigliari, delle diverse condizioni sociali, sia fatta osservare la massima pulizia ed igiene alle persone ed ai luoghi, ai locali di uso comune in particolare, sia attrezzata una infermeria da riservare solo alle forme lievi di cura e degenza di pochi giorni, inviando, per contro, all'ospedale gli aventi inderogabile bisogno di cura.

Possibilmente sia attrezzato un locale di riunione, con modesta ed accorta sistemazione, ove possono accedere promiscuamente gli internati di ambo i sessi.

Le cucine per uso dei singoli o di gruppi siano sistemate

ed attrezzate nel modo che, a secondo delle rispettive località, rispondano nel miglior modo all'uso, all'economia del combustibile, al servizio di pulizia, ai mezzi di lavare, ect., nonchè all'attrezzatura di qualche fornello, anche in apposito locale, ove che ne ha la possibilità o desiderio possa prepararsi cibi o bevande calde per proprio conto.

Poichè da qualche internato è stato manifestato il desiderio di ritirare dalle sedi in cui abitava prima dell'internamento, oggetti personali, valori, viveri ect., i Comandi di Corpo d'Armata possono, in casi di una certa importanza, considerare e facilitare l'attuazione." (N. 13297/A.C.)

In data 3 dicembre, in un "Appunto" riservato dell'Ufficio di Collegamento del M.A.E. nel quale si riferisce di una udienza avuta a Roma dal Generale Roatta, che aveva "esposto le ripercussioni di carattere militare e politico che sarebbero potute derivare dalla loro degli ebrei consegna alle Autorità croate", riemerge la proposta croata di rinunciare alla consegna degli ebrei "a condizione che costoro venissero internati in Italia e riconoscessero il decadimento di ogni loro diritto su tutti i beni immobili che avessero posseduto in Croazia, rinunciando in pari tempo alla cittadinanza croata."

L'"Appunto" prosegue: "In seguito a ciò il Duce ha disposto:
1°) - che detti ebrei vengano mantenuti tutti in campi di concentramento;

2°) - che si proceda intanto, oltre che a determinare la pertinenza dei singoli internati, a raccogliere - in analogia alle richieste contenute nella soprariferita proposta del Governo Croato - le istanze che gli interessati stessi volessero liberamente presentare per rinunciare alla cittadinanza croata ed alla proprietà di ogni bene immobile posseduto in Croazia.

In relazione a quanto precede, Supersloda ha impartito istruzioni ai Comandi dipendenti interessati di organizzare i campi di concentramento per un soggiorno prolungato".

L'internamento nella zona del litorale non era piaciuto ai tedeschi. Il 9 dicembre von Bismarck chiedeva che gli ebrei ve-

nissero trasferiti a Trieste, via mare, in vista della deportazione. Il 15 dicembre, nel darne notizia al 3° Reparto del Comando Supremo, Ciano comunicava di aver risposto che "date le difficili comunicazioni marittime in conseguenza della scarsità del naviglio disponibile, non sarebbe agevole effettuare nel momento attuale il trasporto degli ebrei a Trieste. E' stata comunque data nuova assicurazione all'Ambasciata di Germania che le autorità militari della Seconda Armata hanno ricevuto istruzioni di internare tutti gli ebrei della seconda zona in pochi campi di concentramento dove saranno strettamente sorvegliati." (telespr. N.8/17210)

Nel febbraio 1943 von Ribbentrop decise di fare un ulteriore passo presso Mussolini, recandosi a Roma. Nel rapporto in data 6 marzo 1945 ^{del} Colonnello Vincenzo Carla, ~~e~~ Capo ^{del} Primo Ufficio della 2a Armata (citato in Poliakov-Sabille, pag.152) si legge che durante un colloquio con il generale Robotti, Comandante della 2a Armata, Mussolini ebbe a dire: "Il ministro Ribbentrop, che è stato a Roma tre giorni, mi ha fatto pressioni in ogni senso per assicurarsi con ogni mezzo dell'espulsione degli ebrei jugoslavi. Ho cercato di tergiversare ma egli insisteva. Per liberarmi di lui ho dovuto dare il mio consenso. Gli ebrei devono essere condotti a Trieste per essere consegnati ai Tedeschi" e all'obiezione di Robotti che questo consenso avrebbe causato dolorose ripercussioni rispondeva:

"E' vero, sono stato costretto a dare il mio consenso alla espulsione, ma voi escogitate le scuse che volete, in modo da non consegnare neppure un ebreo. Dite che non avete i mezzi per trasportarli a Trieste e che il trasporto via terra è impossibile."

Il col.Carla aggiunge: "Sua Eccellenza Robotti era raggiante di questa decisione. Infatti nessun ebreo internato nei nostri campi venne mai consegnato ai Tedeschi o ai Croati."

Venne quindi deciso il trasferimento degli ebrei nell'isola italiana di Arbe, trasferimento che dopo successivi rinvii fu iniziato soltanto nel mese di Luglio.

./...

Dopo il crollo del fascismo, il nuovo governo dovette affrontare il grave problema della sorte degli ebrei croati in caso di ritiro delle truppe italiane dai territori occupati. Il 3 agosto la Legazione di S.M. il Re d'Italia a Stoccolma riferiva al M.A.E. che la stampa svedese aveva osservato in proposito che "qualora le truppe italiane dovessero essere ritirate, tutto il settore compreso tra Mostar e la costa adriatica verrebbe a passare automaticamente sotto il controllo dei reparti tedeschi di SS e di polizia; il che significherebbe che gli unici ebrei sopravvissuti nel territorio jugoslavo sarebbero abbandonati al loro destino." (telespr. N.1657/543)

D'altra parte il 19 agosto 1943, il M.A.E. aveva comunicato al Ministero dell'Interno di aver impartito al proprio Ufficio di Collegamento con il Comando della 2a Armata le seguenti direttive: "...è da evitare in linea di massima che gli ebrei croati vengano rilasciati od abbandonati privi di qualsiasi protezione in mani straniere, esposti ad eventuali rappresaglie salvo il caso che essi stessi non preferiscano essere posti in libertà, fuori della nostra zona di occupazione.

La politica razziale seguita dall'Italia non ci ha mai impedito l'osservanza di quei principi di umanità che sono nostro insopprimibile patrimonio spirituale.

Poichè è tuttavia altresì da evitare che gli ebrei si rifuggino in massa in Italia al seguito delle nostre truppe qualora queste dovessero ritirarsi da codeste regioni, si prospetta la possibilità che essi possano restare anche in questo ultimo caso nell'isola di Arbe ove sono attualmente concentrati sotto adeguata scorta. Le nostre competenti Autorità potrebbero comunque prendere in benevolo esame ogni singolo caso, in modo da permettere sin d'ora ad ognuno degli ebrei attualmente sotto il nostro controllo di ottenere quella sistemazione personale che meglio corrisponda ai nostri desideri ed alla propria situazione, compatibilmente con le circostanze attuali."

E in data 30 agosto il M.A.E. rispondeva tra l'altro: "Non si prevedono, almeno per il momento, arretramenti delle nostre

truppe dai territori nei quali sono concentrati i nuclei ebrei in parola. Comunque ove ciò dovesse avvenire sarebbero prese le opportune misure per evitare che venisse frustrata l'azione protettiva svolta finora. Tanto si segnala per opportuna notizia di codesta R. Legazione la quale comunque dovrà astenersi per ora dal dare rilievo a tale nostro atteggiamento anche per evitare polemiche che non potrebbero nuocere alla sicurezza dei gruppi ebraici della Croazia." (h m)

A completare il quadro va detto che, dall'Italia, fu possibile all'ente ebraico di assistenza ai profughi (D.E.L.A.S.E.M.) esercitare una notevole azione per il salvataggio degli ebrei, in pieno accordo con il Capo della polizia Senise: l'avv. Lelio Vittorio Valobra di Genova, presidente di quell'ente, poté infatti recarsi tre volte - con idrovolanti messi a sua disposizione dall'esercito - in Slovenia e Dalmazia; e là, attraverso contatti con l'Alto Commissario per la provincia di Lubiana, Gen. Grazioli, nel 1941, e con il capo di Stato Maggiore del Generale Roatta nel 1942, poté chiedere che i profughi ebrei non fossero respinti in Croazia, nonchè organizzare, nell'estate del '42, con l'appoggio della Croce Rossa Slovena, il trasferimento da Lesno Brdo alla zona italiana, di un gruppo di 50 ebrei, in gran parte ragazzi di varie nazionalità, i cui genitori erano stati deportati.

Dapprima ospiti in una villa di Nonantola (Modena), sotto la protezione della DELASEM, dopo l'8 settembre 1943 questi ragazzi, soprattutto grazie all'appoggio della popolazione locale, e di due sacerdoti (Don Beccari e Don Tardini) e di Monsignor Pelati, furono prima nascosti, e poi portati a piccoli gruppi in Svizzera.

In Francia, dato l'atteggiamento del Governo di Vichy, i contrasti divennero drammatici quando le autorità militari italiane e il M.A.E. dovettero condurre la battaglia per salvare le decine di migliaia di ebrei stranieri che si erano rifugiati nella zona di occupazione italiana (Alpi Marittime, Var, Alte e Basse Alpi, Isère, Drôme, Savoia e Alta Savoia). Nel dicembre del 1942, per ordine del Prefetto di Nizza, gli ebrei residenti nel Dipartimento delle Alpi Marittime furono assegnati a domicilio coatto in zona di occupazione tedesca, mentre un certo numero di ebrei italiani vennero invitati a sgomberare il Dipartimento della Drôme.

Il M.A.E. notificava allora all'Ufficio di Collegamento presso la IV Armata, al Comando Supremo, al Ministero dell'Interno e a tutte le Rappresentanze italiane in Francia, che non ammetteva che fossero adottate da organi non italiani misure cautelari nei confronti degli ebrei, sia stranieri che italiani (29 dicembre 1942).

Poco dopo si veniva a sapere che, su istruzioni di Vichy, il Prefetto delle Alpi Marittime aveva dato ordine che tutti gli ebrei residenti nel suo Dipartimento si tenessero pronti per l'avvio nei campi di concentramento della Drôme e delle Ardenne. Evidentemente l'ordine era sollecitato dalle autorità tedesche. Con ripetuti interventi il M.A.E. riusciva a fermare l'azione di trasferimento degli ebrei dalla zona italiana a quella tedesca, donde sarebbero stati deportati.

In seguito a una richiesta di spiegazioni da parte del governo di Vichy, la R.Ambasciata a Parigi, dando istruzioni

./...

al suo rappresentante a Vichy per la risposta da dare al Ministero degli Esteri francese, ripeteva ancora: " Vi prego di voler precisare a codesto Ministero degli Affari Esteri che la comunicazione fatta al Prefetto delle Alpi Ma-rittime è da intendersi nel senso che, nei territori presi-diati dalle truppe italiane, per ragioni di sicurezza milita-re le Autorità militari italiane avocano alla propria com-petenza le misure cautelari da adottarsi nei confronti de-gli israeliti secondo i criteri che riterranno più opportu-ni". Così ci si valeva del caso particolare per dare una di-sposizione generale.

Il 3 febbraio, a von Bismarck, che gli faceva presente il de-siderio del suo governo che quella nota di protesta al go-verno di Vichy fosse ritirata, il Ministro Vidau rispondeva che, se non altro per motivi di prestigio, la richiesta non poteva essere presa in considerazione; nella stessa occasio-ne von Bismarck consegnava al Ministero Vidau una nota in cui, riferendosi alla protesta italiana presso il governo di

Vichy, si diceva tra l'altro: "Poichè è necessaria la più ampia collaborazione italo-germanica nell'allontanamento, per ragioni di sicurezza assolutamente necessarie, di tutti gli ebrei dai dipartimenti rivieraschi francesi, da parte germanica si ha l'insistente desiderio che gli organi milita-ri italiani si associno alle misure anzidette e che, in par-ticolare...vengano, da parte delle autorità italiane, inter-nati tutti gli ebrei e le loro famiglie trovantisi nelle zo-ne di nuova occupazione italiana".//Si pregava inoltre che le autorità italiane collaborassero con gli organi militari e della polizia di sicurezza tedesca nel mettere in atto le mi-sure antiebraiche, per impedire agli ebrei l'esodo nella zo-na occupata dagli italiani; infine si chiedeva il ritiro da quella zona anche degli ebrei di cittadinanza italiana.

La risposta di Roma fu ancora negativa.

La fine di febbraio, in seguito all'arresto di 25 ebrei ad Annecy e al loro invio nei Pirenei per ordine di Vichy, il

rappresentante del Comando Supremo Italiano presso il governo di Vichy, Generale Avarna, fu incaricato di chiedere a quel governo la revoca di tali provvedimenti; e il 18 marzo il M.A.E. invitava le Ambasciate a Parigi e a Vichy a chiarire al governo francese che di sua competenza potevano essere considerati soltanto gli arresti degli ebrei colpevoli di reati comuni, per i quali la giustizia poteva seguire il suo corso normale, e la pena essere scontata senza la deportazione. Ribadiva inoltre la competenza italiana nei provvedimenti relativi agli ebrei nella zona italiana. La risposta del governo francese fu negativa (rifiuto del principio della competenza italiana, rifiuto di fornire prove, rifiuto di revocare arresti e internamenti già avvenuti). All'ulteriore richiesta, di istruzioni da parte del Comando Supremo, il 7 aprile il M.A.E. - ribadendo ancora il principio della propria esclusiva competenza nelle misure relative agli ebrei della zona, senza distinzione di nazionalità - rispondeva di far presente a Vichy che, in caso di arresti di ebrei operati dai francesi, le autorità italiane dovevano poter giudicare se il reato fosse previsto dalle leggi del diritto comune; qualora secondo tale diritto l'imputato avesse dovuto essere giudicato fuori zona, la sua traduzione poteva avvenire soltanto con l'autorizzazione dell'Autorità militare italiana, comunque non fuori dalla Francia; inoltre, disponeva di insistere per la revoca degli arresti e degli internamenti già attuati, facendo presente che in caso contrario si sarebbe dovuto intervenire direttamente.

./...

Vista l'inutilità della copertura francese, il governo tedesco tentò altre vie: poichè dal dicembre del '42 l'applicazione dei provvedimenti nei riguardi degli ebrei era stata affidata alla polizia, la polizia tedesca propose alla polizia italiana la propria collaborazione nella zona di occupazione italiana. Il M.A.E. declinò l'offerta; fu chiesto allora, ma invano, che un rappresentante della polizia italiana si mettesse in contatto con il capo della polizia tedesca; fu chiesto infine che un rappresentante delle SS potesse trasferirsi a Nizza presso la polizia italiana: anche questa proposta fu respinta. Contemporaneamente il M.A.E. esponeva a Mussolini tutte le ragioni che imponevano di insistere in quella linea.

La questione degli ebrei nella zona occupata dagli italiani infastidiva sempre di più le autorità tedesche: il governo del Reich - con la visita del febbraio '43 di von Ribbentrop a Roma - tentò pressioni di ogni genere, cui il M.A.E. resistè tenacemente. L'unico "risultato" ottenuto da von Ribbentrop fu l'invio sulla Costa Azzurra dell'Ispettore Generale di P.S. Guido Lo Spinoso, con l'incarico di occuparsi della questione ebraica. Lo Spinoso si limitò a trasferire dalla costa all'Alta Savoia parte degli ebrei della zona italiana e, invece di consegnarli ai tedeschi, li fece alloggiare in alcuni alberghi requisiti a Megève, Chambéry e dintorni, avvalendosi della collaborazione delle organizzazioni ebraiche di assistenza!

Nell'agosto del '43, quando ormai il Comando Supremo predisponava il rientro delle truppe in Italia, la situazione per le decine di migliaia di ebrei residenti nella zona si de-

lineava in tutta la sua gravità. Mentre gli ebrei, presi dal terrore, invocavano l'aiuto delle Rappresentanze italiane, l'11 agosto veniva prospettato al Ministro degli Esteri Guariglia il pericolo in cui sarebbero incorsi gli ebrei se abbandonati in mano tedesca. Vennero prese in considerazione alcune soluzioni alternative: il trasferimento degli ebrei in Corsica - (trasferimento a cui era d'ostacolo oltre al problema alimentare, la difficoltà di ottenere il consenso francese); oppure in Italia, ciò che però avrebbe inasprito ulteriormente i rapporti con l'alleanza; infine - e questa sembrò la via da seguire -, lasciare che gli ebrei entrassero in Italia alla spicciolata, senza accordi ufficiali. A seguito di un'ulteriore riunione al Ministero dell'Interno, fu stabilito di raccogliere gli ebrei ad oriente della linea Tinea-Var, dove in ogni modo sarebbero rimasti dei presidi militari italiani.

A questo punto si innestava l'azione di un ebreo di origine modenese, ma da molti anni residente in Francia, che fin dal 1933 si era dedicato con tutte le sue forze all'assistenza, prima dei profughi della Germania, e poi di tutti gli ebrei del paese: Angelo Donati. Il Donati, che già aveva collaborato con l'Ispettore Lo Spinoso nel trasferimento dei rifugiati dalla zona costiera a quella alpina, tentò di sollecitare un accordo tra Italia Vaticano ed Alleati per operare il salvataggio definitivo degli ebrei della zona italiana, e ottenne che questi fossero trasferiti nell'Africa settentrionale con quattro navi italiane. La mattina dell'8 settembre, perfezionati gli accordi, il Donati ripartì per Nizza. Come

è noto, in quello stesso giorno fu annunciato l'armistizio e la sorte di quegli ebrei era segnata; la quasi totalità cadeva in mano tedesca, tranne alcune centinaia che seguirono in Italia la IV Armata in ritirata: ma anche quelli dovevano presto essere catturati e deportati ad Auschwitz.

2. Prima ancora che la Repubblica di Salò potesse porre mente alla "questione ebraica" e pronunciarsi ufficialmente, si verificarono i primi eccidi e i primi rastrellamenti tedeschi.

Nel Nord, in provincia di Novara, SS di alcune campagne della Leibstandarte Adolf Hitler, compivano nella seconda metà di settembre barbari eccidi di ebrei sfollati in diverse località del lago Maggiore: in particolare, a Meina, fu massacrato un gruppo di ebrei - tra i quali vecchi e bambini -, da poco giunti dalla Grecia donde erano stati messi in salvo su tradotte militari dall'autorità italiana; i cadaveri, legati a pietre con fil di ferro, vennero gettati nel lago.

A Roma, la grande razzia del 16 ottobre fu un'azione veramente tipica dei metodi usati dai nazisti: prima l'imposizione di pesanti tributi in cambio della salvezza, quindi la deportazione.

Nonostante i tedeschi avessero di fatto accentrato nelle loro mani il potere, fino al 26 settembre gli ebrei di Roma non erano stati molestati. Il 26 Kappler impose alla Comunità Israelitica una taglia di 50 kg. d'oro, pena la deportazione di 200 ebrei, tirati a sorte. L'oro fu raccolto e consegnato. Il 29 settembre le SS asportarono dalla Comunità il materiale d'archivio, tutte le carte e i registri d'ufficio che ancora non erano stati portati fuori sede, nonché una somma di oltre 2.000.000 di lire, che era

stata raccolta insieme all'oro. Il 13 ottobre veniva saccheggiata la biblioteca della Comunità, una delle più ricche d'Europa. // Nonostante i tentativi di opposizione da parte dell'Ambasciatore Rahn e del Console Moellhausen, e nonostante le preoccupazioni che poteva destare la presenza del Vaticano (si vedano i noti documenti: Gumpert al Segretario di Stato, e Weizsäcker all'Ambasciata dei Reich presso il Vaticano), il 16 ottobre fu condotto il grande rastrellamento, che ebbe nel ghetto il suo epicentro. Kappler era stato incaricato di organizzarlo, Dannecker diresse le operazioni. Parteciparono al rastrellamento - come ebbe a comunicare lo stesso Kappler al termine dell'azione - 365 ~~uomini~~ uomini delle due polizie tedesche, che operarono gli arresti nei 26 distretti operativi, in cui Roma era stata divisa nel piano delle operazioni. Gli agenti della Questura - compresa la squadra del Commisario Cappa, che pure aveva collaborato con Kappler nella suddivisione delle zone operative - furono consegnati in caserma per tutto il tempo dell'azione. // Era sabato. Nel ghetto, verso le 5,30 del mattino, ogni accesso fu bloccato da autocarri e pattuglie, e gli uomini delle SS andarono di casa in casa, forzando le porte che non venivano aperte: la gente fu fatta uscire come si trovava, donne in camicia da notte, bambini mezzo nudi. Poichè si pensava che il rastrellamento mirasse alla cattura degli uomini validi al lavoro, parecchi riuscirono, fuggendo attraverso i tetti, a nascon

dersi nelle cantine o nelle case dei vicini. Fatalmente rimanevano le donne, i vecchi e i bambini. Facendo irruzione nelle case, le SS esibivano un foglio con il seguente ordine in tedesco e in italiano:

- 1) "Insieme con la vostra famiglia e con gli altri ebrei appartenenti alla vostra casa sarete trasferiti.
- 2) Bisogna portare con sè: viveri per almeno 8 giorni, tessere annonarie, carte d'identità e bicchieri.
- 3) Si può portare via una valigetta con effetti e biancheria personali, coperte ecc., danari e gioielli.
- 4) Chiudere a chiave l'appartamento e prendere la chiave con sè.
- 5) Ammalati, anche casi gravissimi, non possono per nessun motivo rimanere indietro. Infermeria si trova nel campo.
- 6) Venti minuti dopo la presentazione di questo biglietto, la famiglia deve essere pronta per la partenza".

Impossibile ricordare qui tutti gli episodi di brutalità e le scene di terrore: madre e figlia Sermone^{ta}, al sopraggiungere delle SS, si gettarono dalla finestra; vecchi, malati e moribondi vengono strappati dal loro letto; alla signora Sofia Soria di 92 anni, giacente nel suo letto, le SS puntano la rivoltella alla tempia, facendola morire di spavento.

"Appena entrate in casa, le SS tagliarono i fili del telefono.... Oltre a mia figlia, c'era con me un bambino di 2 anni, figlio di mio cognato...., dissi alle SS: "Siete venuti a prendere me e la mia famiglia, questo bambino non è mio". "Alle müssen mitkommen" urlò la SS...." (testim. di Arminio Washsberger, 1970, Arch. C.D.E.C.)

Alla brutalità dei nazisti si contrapponeva l'atteggiamento di solidarietà per le vittime di tutta la popolazione

romana, motivo ricorrente in tutte le testimonianze, e rilevate dallo stesso Kappler nel suo rapporto a Wolff del 18 ottobre. Via ~~Via~~ che venivano cacciati dalle loro case, gli arrestati venivano portati a un centro di raccolta, nei pressi del Teatro Marcello. Di là, terminate le operazioni, furono portati al Colleggio Militare italiano in via della Lungara, e ammassati nelle aule, nei corridoi e nelle palestre.

Erano in tutto 1259 (363 uomini, 896 donne e bambini). Gli uomini furono separati dalle donne e dai bambini. Poca sabbia sui pavimenti, doveva servire da giaciglio. Tutte le imposte furono ermeticamente chiuse e inchiodate con assi; sentinelle armate urlavano ordini che nessuno capiva. Intanto, parenti e amici non ebrei giungevano al Colleggio Militare per avere notizie e tentare di portare aiuto. Quasi tutti venivano scacciati. // Dopo l'esame delle carte d'identità, all'alba del giorno successivo venivano liberati i coniugi, i figli di matrimonio misto e i non ebrei che erano stati presi con gli ebrei, 252 in tutto. Ne rimanevano 1.007 (e tra questi l'infermiera non ebrea di un giovane e pilettico, che non volle abbandonare il suo assistito).

Lo stesso giorno, gli ebrei rimasti dovettero consegnare oggetti di valore, denaro e gioielli. Dannecker aveva chiesto al Sig. Wachsberger di tradurre le sue parole: sarebbero partiti per un campo di lavoro in Germania; gli uomini avrebbero lavorato e le donne si sarebbero occupate dei

bambini e dei lavori di casa, ma ciò che avevano portato con sè sarebbe servito a migliorare la loro condizione. Dovevano pertanto consegnare tutto il denaro e i gioielli all'amministrazione. Chi avesse contravvenuto all'ordine sarebbe stato fucilato.

Il 18 ottobre i prigionieri furono trasportati su autofurgoni allo scalo ferroviario di Roma Tiburtina, e caricati su un convoglio di 18 carri bestiame: ~~50~~/¹⁶⁰ persone per vagone, tranne l'ultimo vagone con 30.//La prima sosta del convoglio fu a Padova. I deportati chiedevano acqua, e alle guardie fasciste disposte a portarla, le SS si opponevano: "Sono ebrei!" gridavano i tedeschi; "Si, ma sono uomini lo stesso" rispondevano le guardie italiane. (testim. Wachsberger, e altri; M. Tagliacozzo, "La Comunità di Roma sotto l'incubo della svastica. La grande razzia del 16 ottobre 1943" in "Gli ebrei in Italia durante il fascismo", n. 3, C.D.E.C., Milano 1963, pp. 8 - 37; "Ottobre 1943: Cronaca di un'infamia", Comunità Israelitica di Roma, 1961).

A proposito di questa sosta alla stazione di Padova, si conserva nell'archivio del C.D.E.C. la copia di una pagina dal resoconto giornaliero del 19 ottobre 1943, della Signora Lucia de Marchi, allora ispettrice della Croce Rossa Italiana in quella città (Cronaca 22 maggio 1940/15 settembre '44 Ispettorato Infermiere Vol.rie, C.R.I., Padova):

"Alle 12, non preannunciato, un treno di internati ebrei, provenienti da Roma, sosta alla nostra stazione centrale.

Dopo lunga discussione ci viene permesso il soccorso. Al le 13 si aprono i vagoni chiusi da 28 ore! In ogni vagone stanno ammassate una cin-quantina di persone: bambini, don ne, vecchi, uomini, giovani e maturi. Mai spettacolo più raccapricciante s'è offerto ai nostri occhi! E' la borghesia strappata alle case, senza bagaglio, senza assistenza, condannata alla promiscuità più offensiva, affamata e assetata. Ci sentiamo disarmate e insufficienti per tutti i loro bisogni: paralizzati da una pietà fremente di ribellione, da una specie di terrore che domina tutti, vittime, personale ferroviario, spettatori, popolo. Il treno sosta quattro ore e noi - in quattro - riusciamo a distribuire pane, frutta, marmellata, latte in polvere, medicine. La guerra è terribile: ma ancora più terribile della guerra è questa malvagità umana che insegue, afferra, condanna, sevizia persone inermi e indifese."

Non si può parl are di alt-re azioni analoghe, per dimensioni ed effetti, a quella di Roma. E tuttavia non mancarono, prima del 30 novembre '43, altre azioni di sorpresa, in altre città.

Lo stesso ottobre fu fatale per gli ebrei milanesi: le SS rastrellarono coloro che, rimasti in città, non si erano ancora nascosti. Le SS operarono con una certa sicurezza: armati di mitra entravano nelle portinerie, e, sulla base dei nomi registrati degli inquilini, si facevao accompagnare negli appartamenti degli ebrei. Alle portinaie toccava farsi aprire le porte, sotto la minaccia delle armi.

Ciò che era avvenuto a Roma e a Milano, si ripeté in quei giorni e in quelli successivi, a Torino, Pavia, Firenze, Genova.

A Genova, il 2 novembre, due membri delle SS (la relazione che si conserva nell'archivio del C.D.E.C. parla di due Oberscharführer delle SS), fecero irruzione nel Tempio I - sraelitico accompagnati da un interprete, costringendo il custode a convocare tutti gli ebrei che telefonavano. Gli arrestati - 10 nel Tempio, e complessivamente 28 entro la fine di novembre - furono portati in parte alla Casa dello Studente (luogo di torture), parte alla IV Sezione delle Carceri di Marassi. (Archivio C.D.E.C., "C", Vicissitudini delle singole Comunità).

A Firenze, la notte tra il 26 e il 27 novembre, l'irruzione delle SS nel Convento del Carmine: nell'Archivio del C. D.E.C. si raccolgono dolorosi messaggi di ebrei arrestate in quel Convento, e deportate.

Ancora prima, arresti erano stati operati in altre città d'Italia. A Merano, SD, SS e Gestapo, coadiuvate da elementi del servizio della polizia ^{tirolese} ~~tirolese~~ (S.O.D.), conducevano rastrellamenti ed arresti: i fatti si svolsero in maniera molto simile a quelli di Roma, e il 16 settembre del '43, un grosso furgone trasportava 25 ebrei meranesi, in prevalenza vecchi, ad Innsbruck, nel campo di concentramento di Reichenau.

Quasi dovunque, sul territorio della R.S.I., prima dell'or

dine di Polizie del 30 novembre, e cioè in condizioni di assoluta illegalità, avvennero arresti. Là dove non c'erano le liste, servivano le delazioni: e le spie, pagate ~~e non~~, non mancarono.

Il 15 novembre '44, il "Manifesto di Verona", primo atto ufficiale della R.S.I., al punto 7 stabiliva: "Gli appartenenti alla razza ebraica sono stranieri. Durante questa guerra appartengono a nazionalità nemica".

3. E' appunto in qualità di "nemici" che gli ebrei dovevano essere internati in campo di concentramento, e il successivo "Ordine di Polizia" del Ministro dell'Interno Buffarini Guidi, trasmesso "A tutti i Capi delle Province Libere" con il telegramma N. 5 del 1.12.1943 è la conseguenza pratica di quell'affermazione. L'ordine di Polizia stabiliva infatti: " 1) Tutti gli ebrei, anche se discriminati, a qualunque nazionalità appartengono, e comunque residenti nel territorio nazionale debbono essere inviati in appositi campi di concentramento. Tutti i loro beni mobili e immobili debbono essere sottoposti ad immediato sequestro, in attesa di essere confiscati nell'interesse della Repubblica Sociale Italiana, la quale li destinerà a beneficio degli indigenti sinistrati dalle incursioni aeree nemiche. 2) Tutti coloro che, nati da matrimonio misto, ebbero in applicazione delle leggi razziali italiane vigenti, il riconoscimento di appartenenza alla razza ariana, debbono essere sottoposti a speciale vigilanza degli organi di polizia. Siano pertanto concentrati gli ebrei in campi di concentramento provinciali in attesa di essere riuniti in campi di concentramento speciali appositamente attrezzati. " F.to Ministro Interno Buffarini.
- Non c'è dubbio che nella mente di chi diede le disposizioni non ci fosse idea di sterminio.
- A dimostrazione di ciò, si deve richiamare il tel. N.2797 del 19.5.1944, con il quale il Ministro dell'Interno Buf-

farini Guidi comunicava ai Capi delle Provincie, - con riferimento alla legge emanata dalla R.S.I. per la confisca dei beni (4 gennaio 1944, n. 2). - "Questo Ispettorato Generale Razza fa presente opportunità che nell'applicazione suddette norme vengano escluse da confisca somme valori et in genere cose mobili indispensabili per la vita anzidette persone et dei viventi at carico delle medesime punto Così ad esempio è opportuno che non siano sottoposte confisca pensioni dovute at persone razza ebraica dalla Stato da Provincie, da Comuni aut altri Enti atteso loro carattere essenzialmente alimentare punto Altrettanto di casi in ordine indennità per infortunio sul lavoro per in validità e vecchiaia e in genere per tutti gli assegni periodici che a causa loro modifica devono sopperire a elementari esigenze di vita punto Stessi criteri serviranno di norma per stabilire caso per caso e con prudente apprezzamento quale parte dei beni mobili appartenenti a persone di razza ebraica possa rimanere a disposizione delle stesse".

Ciò vale a dire che anche gli esclusi dal provvedimento di internamento, dovevano poter vivere. Per gli altri, doveva essere una soluzione temporanea, fino alla fine della guerra, e questo anche se si sarebbe dovuto chiaramente prevedere che il raccogliere gli ebrei voleva dire facilitare l'opera dei nazisti. // Che questo pericolo fosse ben presente al Ministero dell'Interno è dimostrato dal fatto che

l'ordine di concentramento fu trasmesso anche per radio: era un modo per mettere sull'avviso gli interessati.

Purtroppo gli ebrei italiani erano totalmente impreparati al peggio. Era convinzione diffusa che gli eccessi perpetrati in altri paesi non sarebbero potuti avvenire in I talia. La forma dei nuovi decreti emanati alla Repubblica di Salò, dove ancora era possibile intravedere un barlume di umanità, la stessa presenza del Vaticano, contribuivano ad alimentare le illusioni: si sa da alcune testimonianze che tra gli ebrei romani già scesi sulla banchina di Auschwitz, qualcuno aspettava ancora con fiducia il definitivo intervento del Papa.

Non solo, ma in molti casi l'internamento nei campi di concentramento italiani, fu visto come una soluzione per interrompere l'affannosa ricerca di un nascondiglio, o addirittura per risolvere il problema vitale del sostentamento. Valga ad esempio la vicenda di una donna, Adelaide Di Segni, che in epoca ormai avanzata, il 13 maggio del '44, si presentò spontaneamente con i suoi 5 figli alla Caserma dei Carabinieri di Savigno (Bologna) "dichiarando che desideravano regolare la loro posizione razziale perchè vivevano in uno stato miserando ed impossibile per la loro e- "sistenza" (Archivio di Stato di Bologna, Fondo Questura, Busta 2, Mazzo 3, Fasc. 155).

Durava inoltre, in molti, l'intima persuasione che la propria innocenza escludesse ogni pericolo: la mentalità non

si adeguava all'orrore dei tempi, anzi lo rifiutava. Al Podestà di Baveno, che telefonicamente gli offriva la sua barca per scappare, sapendo che i tedeschi stavano per venire a prenderlo (Lago Maggiore, 15 settembre 1943), il Signor Serman rispondeva: "Non vedo perchè dovrei scappare, non avendo fatto proprio niente di male"; e allo stesso modo rispondeva Ruggero Jenna a tutto coloro che gli suggerivano di fare una vita più ritirata. In molte famiglie si faceva fatica a persuadere i vecchi che, sì, c'era l'ordine di consegnarsi, ma che a quell'ordine non si doveva obbedire. Un atteggiamento, questo, che d'altra parte si riscontrava anche nel rifiuto di molti a servirsi di mezzi illegali come i documenti di identità falsi. Fu così che, nonostante i clamorosi fatti di Roma e del Lago Maggiore, e altri già citati, molti si lasciarono cogliere nelle loro case.

A ulteriore conferma di quanto si è detto sulle intenzioni di chi aveva ordinato l'internamento, viene il telegramma n. 57460.442 del 12 dicembre 1943 del Capo della Polizia Tamburini ai Questori:

"In applicazione recenti disposizioni, ebrei stranieri devono essere assegnati tutti ai campi concentramento. Uguale provvedimento deve essere adottato per gli ebrei italiani, esclusi malati gravi e vecchi età anni 70. Sono per ora esclusi i misti et le famiglie miste salvo adeguate misure vigilanta punto".

Dal concentramento dovevano essere esclusi, a parte i mi-

sti, coloro che non erano in grado di sopportarne il regime. Parlare di misti e di famiglie miste in Italia (dato il numero rilevante di matrimoni interconfessionali), significava riferirsi ad una parte abbastanza larga della popolazione ebraica. Quanto alla clausola relativa ai "malati gravi", essa diede la possibilità ai funzionari delle Questure incaricati degli arresti - a quelli almeno che lo vollero - di lasciare nelle proprie case molti ebrei.

Dalle successive disposizioni di Tamburini, e dai reperti delle nostre ricerche nei fondi archivistici della Questura, emerge chiaramente il contrasto che nacque subito con l'autorità tedesca, in merito all'applicazione dell'ordine di internamento.

Di "vigilare" che le operazioni di arresto venissero eseguite, si occupavano gli Aussenkommandos del Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des S.D. in Italien, dislocati nei più importanti capoluoghi di provincia delle singole regioni.

In una lettera al Questore di Modena del 20.12.1943 (Tgb. Nr: IV - 38/43 - A.d.S. Modena, Fondo Archivio di Gabinetto della Prefettura, Busta "MAS-Z-Ebrei-Norme"), dall'oggetto: "Trasferimento del decreto legge italiana del 30/11 1943. Gli ebrei arrestati devono essere trasferiti alla polizia di Sicurezza Comando di Bologna"(1), l'SS Hauptsturmführer Wilbertz, Leiter dell'Aussenkommando di Bologna, apporta nette modifiche all'ordine di polizia n. 5: "misti"

(1) I documenti tedeschi vengono riportati nella traduzione che ad essi si trova allegata nei fondi archivisti della Questura.

non devono essere considerati quelli riconosciuti tali dalle leggi italiane; i misti secondo le leggi italiane vigenti "nonostante di queste (sic!), devono essere arrestati se dalle leggi tedesche siano riconosciuti ebrei", e prosegue con disposizioni precise in merito alla consegna al suo Comando di tutti gli ebrei arrestati, politici compresi. (La interferenza in sede politica - si noti - è sommamente lesiva dell'autorità italiana).

E ~~in~~ una lettera di uguale data dell'AK-Bologna al Questore di Bologna (A.d.S. Bologna, 1, "Disposizioni di massima", Fasc. 2), l'Hauptsturmführer Wilbertz, ripetendo in forma diversa alcune delle disposizioni della precedente lettera, aggiunge che gli ebrei arrestati devono essergli segnalati il primo e il 15 di ogni mese, e che il trasporto degli arrestati verrà effettuato dal suo Comando in accordo con la Dienststelle del B.d.S. e delle SD in Italia con sede a Verona.

Il tono di queste lettere è perentorio, e non viene più lasciato il minimo spazio alla competenza dell' "alleato". Lo sconcerto provocato nei questori e nelle superiori istanze da questi sistemi e dai relativi ferrei dettami del B.d.S. risulta abbastanza evidente dalle successive precisazioni e disposizioni di Tamburini: il tel. N. 416 del 22.1.1944 invita i Capi delle Province a "prendere accor-"di con autorità locali Germaniche, alle quali vanno spie-"gate le disposizioni impartite per ordine del Duce"; e, do

po aver ribadita la disposizione del concentramento degli ebrei anche se discriminati, Tamburini prosegue: "Comunicate accordi raggiunti"; il Capo della Polizia Italiana non ha più voce in capitolo e non può e non sa fare altro che attendere i risultati che i suoi subalterni, nelle varie città, potranno ottenere attraverso contatti diretti con i rispettivi Comandi tedeschi.

Immediatamente dopo, il telegramma n. 412.442 del 23.1.44 rivela gli ultimi sforzi del Ministero dell'Interno della R.S.I. per mantenere nella questione la propria autonomia, evitando la deportazione:

"Richiamando precedenti disposizioni informasi che ebrei puri italiani et stranieri devono essere inviati campi concentramento. Verranno interessate autorità centrali Germaniche per direttive intese assicurare permanenza ebrei campi di concentramento italiani. Provvedimento è però per ora sospeso per famiglie miste. Circa sequestro beni mobili et immobili saranno emanate ad iniziativa Ministero Finanze opportune norme regolamentari".

Evidentemente non ci sono più dubbi circa il pericolo che incombe sugli ebrei internati: rispondendo ai solleciti che senza dubbio giungono dalla periferia, il governo della R.S.I. fa l'ultimo tentativo. Il resto sarà nelle mani dei singoli Questori, dei funzionari delle Questure, dai gradi più alti fino ai brigadieri, ai vice-brigadieri e alle guardie semplici di P.S., incaricati delle ricerche e degli arrestati.

Il giudizio sulla R.S.I. è già stato dato dalla storia:

non è fenomeno che si possa in alcun modo giustificare sul piano morale generale. Il fascismo è caduto il 25 luglio 1943: da quel momento la storia d'Italia è nettamente di sggiunta da quella degli epigoni del fascismo. Il 5/1/1944, lo stesso Questore di Bologna, scrivendo all'Istituto S. Giuseppe per affidargli alcuni ragazzi, figli degli ebrei in glesesi trasferiti dal campo di concentramento di Camagnano a quello di Fossoli, riferendosi alle autorità tedesche, le definiva "di occupazione".

L'Italia centro-settentrionale, caduta nelle mani dell'"al leato" che l'aveva occupata in armi, ebbe i suoi quisling. E però ben diverso e sfumato deve essere il giudizio sul comportamento dei funzionari, dei Questori alle guardie semplici, che dovettero occuparsi della "questione ebraica". Oggi, dopo aver preso visione di una larga documentazione, che ha degli aspetti tanto più commoventi quanto più, non potendo essere espliciti, richiedono di essere interpreta ti, ci rendiamo conto che - là dove si verificò - quell'o struzionismo dall'interno rappresentava il rifiuto di adeguarsi "in toto" al crimine che comportava quell'alleanza. Non sappiamo quale sarebbe il numero degli ebrei deportati da Verona se invece del vice-brigadiere Sena ci fosse sta to un altro: Felice Sena, incaricato dell'arresto, si reca nelle case e avverte le vittime del pericolo, e trova sempre un motivo per cui l'arresto non può essere effettuato, (A.d.S. di Verona, Fondo Questura). E ancora: il numero de

gli ebrei deportati da Verona potrebbe essere diverso se nella Questura non ci fosse stato il Dr. Luigi Fiorentini (a lui il Questore Fachini dovette dire un giorno: "Fiorentini, vuole andare anche lei in Germania"?, e avuta la risposta "Dopo tutto, il mio posto è già prenotato", la cosa finì nello scherzo); e ancora: probabilmente quel numero sarebbe diverso se al di sopra di Felice Sena e di Luigi Fiorentini ci fosse stato un altro Questore. // Certo, non sempre e non dovunque le cose andarono in questo modo: nella stessa Questura di Verona, c'erano funzionari "zelanti". Nè del resto si può dimenticare che anche per quella gente era in gioco la sicurezza personale. (Cfr. testimonianze rilasciate dal Sig. Felice Sena, 1° ottobre 1971, e dal Dr. Luigi Fiorentini, 30 settembre 1971). Del sottotenente di Polizia Eugenio Rami e del Maresciallo di P.S. Michele Canosa, in una lettera della Comunità Israelitica al Prefetto di Modena in data 25 aprile 1945 (A.d.S. Modena, Fondo Archivio di Gabinetto della Prefettura, Busta "1944-Serie 1-(at.2 - Fasc. 3, Fasc. "Ministero Interno - Funzionari di P.S.") si legge:

"Detti funzionari, con ammirevole senso umanitario e con grave rischio personale, seppero rendere meno dolorosa la odissea di tanti perseguitati, riuscendo:

- a conservare le loro cose opponendosi per quanto possibile alla consegna alle autorità tedesche:
- a conservare e disporre il collocamento degli arredi del culto:
- a concedere, nei casi più pietosi, aiuti con i fondi del

la Comunità:

- a esigere una oculata e saggia amministrazione dei beni sequestrati:
- a facilitare il collocamento degli infermi in Casa di Riposo:
- a rendere possibile il collocamento in casa di cura ed in secondo tempo ~~alla~~ fuga di un firmatario sottraendolo così al campo di concentramento e trasloco in Germania

e va notato che uno degli assistiti del dr. Rami era Autunno Ravà, un ebreo noto alle Questure per il suo antifascismo, cosicchè il rischio, per chi lo proteggeva, era maggiore. Autunno Ravà, il 25 aprile '45, scriveva tra l'altro al Prefetto:

"Per parecchi mesi sono rimasto occultato a Modena presso famiglie di conoscenti. Benchè il Dottor Rami, funzionario di codesta Prefettura per favorire il ricovero nella locale Casa di Riposo di una mia vecchia parente inferma che nessuno voleva assistere, fosse venuto a conoscenza e della mia precisa situazione e della mia dimora, non solo volle condurre a termine rapidamente la pratica riguardante la mia predetta parente ebrea, ma gentilmente acconsentì di ricevermi sempre in casa sua per risparmiarmi incontri che per me potevano essere pericolosi negli Uffici della Prefettura". (A.d.S. Modena, Collocazione c.s.)

Sempre a Modena, il dr. Tedesco, funzionario della Questura il cui nome compare spesso sui documenti che trattano degli arresti e dell'internamento a Fossoli, avvertiva telefonicamente gli interessati dell'imminente arresto: i deportati della città furono due⁽¹⁾ (il Comune era giunto persino a sconvolgere gli schedari dello Stato Civile - Archivio C.D.E.C., Busta "C", Vicissitudini delle singole Comu

(1) (ebrei modenesi deportati da Modena)

nità", fasc. Modena, lettera 11/2/1948 della Comunità al Col. Vitale, C.R.D.E). // E leggiamo parte della testimonianza rilasciata dall'Avv. Carlo Rossi alla Questura di Bologna (A.d.S. Bologna, 10, 12, 912, Fondo Questura - Ebrei)ⁱⁿ data 4 maggio 1945:

"Venni arrestato dalle SS germaniche di via S. Chiara e associato alle carceri di S. Giovanni in Monte ove, dopo tre settimane, fui trasferito al campo di concentramento di Carpi (Modena).

Fui tradotto al carcere di S. Giovanni in Monte dall'Agente di P.S., in divisa, Gervasi, il quale pur essendo un agente di P.S., in quella circostanza si è dimostrato molto comprensivo della mia situazione, tanto che si recò a casa mia varie volte per comunicare mie notizie. Anche nei diversi interrogatori delle S.S. lo Gervasi, nel tradurmi dall'Ufficio delle S.S. al carcere di S. Giovanni in Monte, mi consentì, in una chiesa, un colloquio con mia moglie, mettendo a repentaglio la sua esistenza, dato che le S.S. germaniche non transigevano in materia.

Lo Gervasi mi ha altresì offerto un aiuto finanziario, che io non accettai.

Lo stesso Gervasi, quando fui trasferito al campo di concentramenti di Carpi, pur non essendo di turno, si prestò volontariamente per accompagnarmi a Carpi ed al ritorno a Bologna recò a mia moglie notizie mie.

Nell'agosto detto anno sono riuscito ad evadere dal treno che mi conduceva in Germania. E dato che nell'ottobre le S.S. Di Bologna iniziarono delle indagini circa la mia evasione, il Gervasi - che continuava a prestare servizio presso le S.S., - ne informò la mia famiglia e curò che si mettesse in salvo per sottrarsi ad eventuali rappresaglie".

A Ferrara, dove ben altro zelo dimostrarono il Prefetto, il Questore, e alcuni dipendenti della Questura, dove gli ebrei venivano arrestati nel cuore della notte, qualcuno,

con rapide comunicazioni telefoniche che rimanevano anonime, suggeriva agli interessati di fuggire. Quelle telefonate non potevano provenire che da dipendenti della Questura ; a Genova, verso la fine del '43, la Questura convocava per "comunicazioni" due dirigenti della DELASEM e "per distrazione" dimenticava sul tavolo il telegramma con l'ordine di internamento; a Roma, il Commissario di P.S., dr. Angelo de Fiore, collaborava per tutta la durata della occupazione con le organizzazioni ebraiche; a Livorno i carabinieri Pilade Barsotti e Rolando Calamai, che per ordine di un comando tedesco dovevano portare a Fossoli 17 bambini ebrei, trovarono il modo di non portarli a destinazione.

Infiniti gli esempi che si potrebbero portare.

Il telegramma N. 123 del 29/12/1943 del "Ministro Interni Buffarini Guidi", ai Capi delle Province, ribadendo le disposizioni di internamento contenute nel N. 5 del 30.11.43, riflette la lentezza delle Questure nelle operazioni di arresto, e sembra la risposta ad altri interrogativi posti dai Questori sulle disposizioni del Capo della Polizia che si sono viste; ma è altrettanto evidente che risponde anche a precisi solleciti da parte tedesca.

Va aggiunto qui, sempre a proposito della confusione e delle perplessità degli organi italiani, un accenno alla documentazione reperta in alcuni Archivi, relativa all'ingresso di ebrei nelle carceri: in più di un caso la direzione

delle carceri chiede il motivo dell'arresto, mostrando di non capire come l'essere ebrei potesse costituire reato (Esempio: A.d.S. Bologna Questura, 10, 12, 912, "Rossi Carlo fu Teofilo").

Come si è visto, gli ordini di arresto e di internamento venivano trasmessi dal Ministero dell'Interno alle Prefetture (Capi delle Province); l'esecuzione materiale degli arresti era affidata alle Questure. Le Questure erano affiancate dalla Guardia Nazionale Repubblicana (nella G.N.R. erano confluiti la maggior parte dei giovani presentati ai distretti militari, e dei carabinieri che avevano aderito alla R.S.I. : come intitolazione, la G.N.R. aveva appunto sostituito l'Arma dei Carabinieri. ~~A~~ Verona, il 40° Battaglione Mobile G.N.R., era comandato da certo Ciro di Carlo: si sa che costui si occupò con accanimento anche degli ebrei).

A partire dalla fine del luglio del '44 si immettevano nel caotico quadro delle "forze dell'ordine" le cosiddette "Brigate Nere", costituite da iscritti al Partito Fascista Repubblicano.

Le "Brigate Nere" intervenivano spesso a segnalare gli ebrei a Questure e Prefetture; non mancavano di verificarsi, tuttavia, conflitti di competenza che emergono qua e là dall'osservazione dei documenti: si veda per es. la pratica "Tedeschi-Calimano" (A.d.S. di Verona), dove il Comandante la 21° Brigata Nera, Luigi Sioli, denunciando la famiglia

Tedeschi, scriveva: "E' probabile che dette persone siano rifugiate nel convento con il consenso della Prefettura.." e si veda la risposta data dalla Questura riguardo tale segnalazione. // In alcune città agivano inoltre, ~~autonomamente~~ e disordinatamente, delle "Bande", che si occupavano soprattutto della repressione politica. A Firenze la "Banda Carità", che prendeva il nome dal suo comandante, denunciava - come è testimoniato per alcuni arresti - anche gli ebrei. La "Banda Carità" si trasferì poi a Padova, nel settembre '44.

A Milano, membri della milizia politica "Ettore Muti", squadra d'azione nata nel settembre del '43, collaboravano con le SS anche nel reparto ebrei di S. Vittore.

Resta comunque di fatto che la triste incombenza spettava alle Questure; ma la "competenza" delle Questure fu tutt'altro che rispettata dai Comandi tedeschi: le interferenze furono continue ed assillanti, sia sul piano dell'organizzazione sia su quello pratico. Di questo fatto sono state trovate le prove più evidenti nei fondi delle Questure e Prefetture degli Archivi di Stato di Modena, Bologna, Milano.

Evidentemente, nonostante le pressioni al vertice e nelle rispettive sedi, le operazioni di arresto non procedevano con il ritmo voluto dal BdS: come si riscontra da due documenti reperiti nell'Archivio di Stato di Modena (lettera del 27.2.1944, del Questore al "Comando Germanico SD - Bo

logna" e lettera del 3.3.1944 firmata dall'SS-Obersturmführer Bieber, a tutti i Questori dell'Emilia (A.d.S. Modena - Fondo Archivio Gabinetto Prefettura, collocazione c.s.), risulta che il 25 febbraio l'AK convocava tali Questori, al fine di ribadire gli ordini relativi al trattamento da usare agli ebrei di nazionalità neutrale e paesi amici, che - eccezione fatta a partire da quel momento per gli ebrei argentini - non dovevano essere arrestati per il suo Comando (si noti il tono subdolo dell'aggiunta: " Se "il Ministero italiano competente ha dato disposizioni di "arrestare anche quelli, il parere mio allora è favorevole": come si vedrà, la questione avrà un seguito, e a ciò cui non provvede il Ministero provvede l'AK.

La riunione dei Questori nell'ufficio del Gestapo-Leiter Herbert Bieber (o più esattamente del Leiter dell'AK di Bologna, Julius Wilbertz, dato che la lettera di Bieber in data 3.3.44, si rifà a quella di Wilbertz del 20.12.'43, con le parole ".... mostro [così nella traduzione] un'altra volta alla mia lettera del 20.12.1943") è la prima prova che documenta in sede d'ufficio, al di là dell'evidenza dei fatti, e delle testimonianze degli arrestati e dei funzionari di P.S., l'assoluta dipendenza della Questura Italiana dal BdS.

Si noti per inciso che gli stessi appunti manoscritti in tedesco su alcune lettere indirizzate dall'AK al Questore di Bologna potrebbero far pensare alla presenza più o meno

costante di membri dell'AK nell'ufficio della Questura.

Prove chiare della stessa situazione, di contrasto con la Autorità tedesca, incertezza del Questore e ferree direttive dell'AK di Milano, sono venute alla luce dai fondi archivistici della Prefettura di Varese (A.d.S. di Milano). Si citano alcuni documenti. Con timbro di copiatura del 7 dicembre 1943, la copia di 2 telegrammi distinti, ma dallo stesso contenuto, al "Ministero Interno-Sicurezza - Roma" e al "Gabinetto-Maderno", n. 01307:

"Polizia Germanica Sicurezza Milano Via Marengo 5 ha richiesto verbalmente mezzo proprio ufficiale al questore traduzione carcere Milano disposizione predetta polizia ebrei arrestati alt Ha chiesto inoltre arresto et traduzione ebrei discriminati misti et tutti indistintamente di età superiore anni settanta aut ammalati alt. Poichè tali disposizioni contrastano con quelle impartite da codesto Ministero si chiedono istruzioni mezzo telegrafico alt".

Si riporta quindi la traduzione di una lettera del gruppo Oberitalien - West AussenKommando Mailand alla Questura di Varese, in data 27.1.1944:

"Prega di dare disposizioni che gli ebrei malati ed di oltre 70 anni appena siano in grado di venir trasportati siano trattieneuti e messi a mia disposizione sino a sabato 29.1. 1944, presso il reclusorio di S.Vittore a Milano. I detti ebrei possono prendere con se biancheria e indumenti per un peso massimo di venti Kg. Circa gli effetti di vestiario che ancora sono di pertinenza degli ebrei fermati prego prendere accordi con la Prefettura per disporne. Non sono da fermare gli ebrei di razza mista e degli (?) di matrimonio misto. Firma Illeggibile-Capo Brigata Polizia".

Evidentemente l'AK ribadiva ordini già dati.

La risposta di Tamburini n. 944/4421 in data 15 gennaio, suggeriva di prendere gli opportuni accordi con il competente Comando tedesco; e il 31 gennaio il Questore Duca si rivolgeva ancora al Ministero dell'Interno per comunicare che "nonostante siano state spiegate at autorità germaniche disposizioni impartite dal Duce circa ebrei, predette autorità hanno ripetutamente a voce e per iscritto richiesto consegna ebrei senza distinzione età e condizione salute alt. Est stato solo possibile ottenere eccezione per misti et famiglie miste alt. Non è stato perciò possibile inviare ebrei qui arrestati at campi concentramento et si è dovuto senz'altro effettuare consegna avvenuta 27 et 29 corrente mediante trasporto con automezzi a Milano come voluta da Autorità Germaniche".

In data 8 maggio 1944, Otto Koch rivolgerà, "Al Questore, Varese - PERSONALMENTE" il seguente ordine: "Arrestare tutti gli ebrei di qualsiasi Stato Svizzeri, Ungheresi, Turchi, anche se conviventi con ariani. Tutt'oggi e anche di notte. I Carceri S.Vittore Milano. - Denari, gioielli, vestiti e biancheria personale. Gli appartamenti vanno sigillati. La roba minuta in un locale".→

(A.d.S. Milano, Prefettura Varese, Busta 4, Fasc. "Ebrei disposizioni generali").

E non basta. In data 8.3.1944, il Ministero dell'Interno della R.S.I. diffondeva ai Capi delle Province il dispaccio

telegrafico n. 3968/442, nel quale, ripetendo le precedenti disposizioni per l'internamento, aggiungeva: "Non vanno inoltre soggetti al medesimo provvedimento coloro che ai sensi della Legge 13 luglio 1939 - XVII n. 1204, tuttora in vigore hanno ottenuto formale dichiarazione di non (ripetesi non) appartenenza alla razza ebraica": il dispaccio viene tradotto e inviato dal Questore, per conoscenza, all'AK di Bologna in data 10.3.1944/. Ma in data 4/4/1944, con lettera ancora indirizzata a tutti i Questori della regione (Nr. IV 38/34, GEHEM!), il Leiter dell'AK, di rincalzo, sovrappone alla nuova disposizione di Tamburini la propria, in senso contrario; al punto 3):

"La momentanea religione del giudeo in questione non è da considerare. E' sempre un giudeo anche se confessa dalla nascita la religione cattolica. Non è la religione che conta ma il sangue",

e al punto 4):

"Quelli i quali secondo la legge italiana sono stati discriminati sono ugualmente da arrestare come giudei e trattati secondo la legge di Razza Tedesca",

^{della quale} i termini che riportava nella prima parte della lettera.

L'esame del documento aggiunge altri elementi: con il punto 5) l'AK ritorna sulla "garbata" decisione di rimettersi alla competenza italiana per la sorte degli ebrei cittadini di stati neutrali (cfr. lettera del 3.3.1944), ordinandone l'arresto. Inoltre, ogni venerdì il numero dei "giudei" arrestati avrebbe dovuto essere comunicato telegraficamen-

te o telefonicamente all'AK, precisando quanti uomini, quante donne, quanti bambini, in modo che il Leiter Wilbertz potesse trasmetterlo al Comando Superiore di Verona. Dopo altre precisazioni sui misti e sul "patrimonio giudaico" di cittadini nemici (che "interessa il mio Comando"), il Leiter invita i Questori ad occuparsi "ampiamente e personalmente" della questione: ~~Altro~~ punto essenziale, che di mostra da un lato la tendenza delle Questure italiane a tener in minor conto la questione ebraica, e dall'altro - ancora una volta - l'assoluta dipendenza delle forze di polizia italiane da quelle tedesche. Questo scritto - conclude - deve "essere trattato come SEGRETO".

Si rileva che il 17 aprile il Questore, inviando copia di tale lettera a Tamburini, gli chiede di fargli sapere se deve ottemperare alle disposizioni in essa contenute (N. 088199 P.S., A.d.S. Modena, Collocazione c.s.).

Il controllo dell'AK si estende in ogni direzione: è del 17.3.1944 la lettera avente per oggetto il "Controllo degli ammalati nell'Ospedale S. Orsola di Bologna:

"Come risulta a questo Comando all'Ospedale S. Orsola di Bologna, giornalmente si presentano cittadini di razza ebraica i quali, accusando ipotetiche malattie vogliono consulti medici per sottrarsi ad eventuali arresti e traduzioni in campo di concentramento.

Siccome urge la risoluzione del problema ebraico in Italia, prego far controllare se, nel suddetto Ospedale vi siano ammalati di razza ebraica ed appurare se effettivamente abbian qualche malattia che li obblighi a restare ricoverati.

Dopo il controllo degli ammalati prego far sottoporre ebrei e misti ad accurata visita da parte dei sanitari di detto Istituto e se, eventualmente, vi fossero degenti in grado di essere rimossi, inviarli subito al campo di concentramento di Carpi.

Dopo questa constatazione prego agire con la massima severità a carico dei ricoverati ed operare su vasta scala. Sussistessero dubbi sulla razza dei ricoverati prego avvisare immediatamente questo Comando.

Per la constatazione della razza contenersi secondo le disposizioni emanate a Norimberga, a voi note." →

(A.d.S. Bologna, Questura 1, 1 "Ebrei - Affari Generali", 8). // In data 11.5.1944, l'AK sollecita una risposta (interessante la nota manoscritta del Questore Tebaldi, sulla traduzione del testo: "Rispondere una buona volta e non dare l'impressione che non si funziona - ci vuole tanto poco? - 15.5.XXII" (collocazione c.s.).

L'AK estendeva quindi le ricerche degli ebrei a tutti gli ospedali, con lettera ai Questori dell'Emilia in data 11.5.1944 (A.d.S. Modena, Fondo Prefettura, collocazione c.s.). La risposta di Bologna, negativa, veniva data il 1° settembre. E qui va citato il caso della quarantenne Vera Treves, che, degente in una Casa di Cura di Bologna dal dicembre del '43 per una appendicite, vi si trovava ancora il 7 settembre del '44! (A.d.S. Bologna, Fondo Ebrei Questura, 13, 15).

E ora qualche esempio di interventi nell'esecuzione pratica degli arresti, nei casi in cui secondo le disposizioni italiane gli ebrei non si sarebbero dovuti arrestare: la

documentazione è abbondantissima e sconvolgente.

A Padova, Gisella Sullam, 65enne, già rilasciata dal campo di concentramento di Vò Vecchio e degente in ospedale perchè affetta da un tumore addominale, viene prelevata dalla Polizia di Sicurezza Tedesca (e sarà deportata con il convoglio del 1° Agosto).

A Verona, Adalgisa Graziani, ultrasettantenne e ammalata, era stata rilasciata dall'Autorità italiana, e a seguito di numerose istanze, anche la sorella Elvira era stata rilasciata; non solo, ma - caso raro - aveva riottenuto il suo posto di lavoro. Le due sorelle Graziani furono arrestate dalle SS il 3 giugno 1944, e deportate.

Altri furono, a Verona, gli ebrei rilasciati dagli italiani che caddero nelle mani dei tedeschi (per es., Lina Jenna). Ezio Volterra - scrive il V. Brig. Felice Sena il 7.4.1944, comunicando al Questore l'avvenuto arresto da parte delle SS - "non si è reso responsabile di nessun reato sia ai nostri danni quanto in quello dei Tedeschi, solo perchè è ebreo". Il Volterra aveva fatto matrimonio misto, ma fu deportato.

Cesare Verlengo, sordomuto, ammalato, per il quale il Questore ordina "una visita medica per accertare se sia in condizioni di sopportare il regime del campo di concentramento", e per il quale interviene lo stesso Partito Fascista Repubblicano, verrà comunque deportato.

A Milano, il 1° febbraio 1944, il Questore di Varese comu

nica al "Comando della Polizia di Sicurezza e delle SD in Italia - Gruppo dell'Italia Est (così nella traduzione) - Albergo Regina" che Michele Vitale, nato il 16.8.1888, era stato compreso in un elenco di malati, e che a seguito di accertamenti eseguiti si è stabilito che il Vitale proviene anche da matrimonio misto (padre ebreo e madre ariana); cosicchè viene revocato l'arresto. Il Vitale è quasi cieco, primo di una gamba, epilettico; in calce a un documento una nota, a lapis rosso, dice: "intrasportabile". Con un ordine telefonico del Comando della Polizia Tedesca di Milano, cui si riferisce una lettera del Questore di Varese del 12.5.1944, Michele Vitale verrà arrestato: trasferito a Fossoli, sarà deportato. Il 9 marzo del 1945 il Questore di Varese scriverà ancora a Fossoli per averne notizia: ignora che il campo di Fossoli non funziona più. (A. d.S. Milano, Prefettura Varese, Busta 2, Fasc. 271).

Con lo stesso ordine telefonico il Comandante tedesco aveva richiesto l'arresto di due altri ebrei, tra cui Clara Pirani, moglie del Prof. Cardosi, battezzata e madre di tre bambine non ebreo, la più piccola di 3 anni. Il Prof. Cardosi si rivolse subito al Questore di Milano, Santamaria Niccolini. A sua volta questi si interessò presso il Comando della Polizia tedesca all'Albergo Regina, il quale rispose che "l'arresto non era stato provocato dal predetto Comando ma dalle Autorità di Varese". Il Questore Santamaria Niccolini, il 30 marzo 1944, si rivolgeva al collega

di Varese, Duca, raccomandandogli il caso dell'amico, e aggiungendo come la Signora Cardosi fosse "di cagionevole salute ed assolutamente inadatta al regime coattivo". Il 31 maggio, Duca rispondeva citando l'ordine di Koch riportato sopra, riferendo i ripetuti contatti avuti con l'Albergo Regina, e suggerendo di prendere contatto direttamente con Koch. Da una testimonianza della figlia, Signora Giuliana Cardosi in De Crescenzo, si apprende che il Questore di Milano ottenne un colloquio diretto con Koch al solo fine di chiedere la scarcerazione di Clara Pirani. Clara Pirani fu tradotta a Fossoli e di lì deportata ad Auschwitz con il convoglio del 2 agosto 1944. "Alcuni scampati - aggiunge la figlia - testimoniarono sulla sua fine avvenuta nelle camere a gas, presumibilmente nell'agosto 1944". // Il 22 maggio 1944, l'SS Hauptsturmführer Theo Saevecke, rivolgendosi al Prefetto per chiedergli di fermare i valori patrimoniali dell' "Ebreo Ernesto Reinach", di 88 anni, già proprietario della Società Oleoblitz, aggiunge: "Reinach venne da me evacuato il 6 dicembre 1943" (A. d. S. Milano, Prefettura Milano - Amministrativa, Fald n. 16 - Pratiche Confische Beni Ebrei, Fasc. n. 2).

A Bologna, numerosissimi sono gli esempi di vecchi, misti, malati, arrestati e deportati dall'AK: così le sorelle Ida, Augusta e Giuseppina Diena; Fanny Todesco (93 anni), Bondi Usiglio (81 anni).

Vorremmo ricordarli tutti così, almeno una volta, con il

loro nome. E invece dobbiamo limitarci ad accennare ad al
tri tragici episodi, di vecchi rimasti nelle loro case, ne
gli ospizi, negli ospedali, fidando nelle disposizioni che
dovevano consentire loro di finire i propri giorni in quel
la relativa pace: i vecchi dell'Ospizio di Casale (febbraio
1944), i vecchi di Alessandria (17.1.1944), quelli dell'O-
spizio di Mantova (4/5.4.1944), della Casa Gentilomo di Trie-
ste (20.1.1944), dell'Ospizio Israelitico di Firenze (6.6.44)
dell'Ospedale di Venezia (5/6.10.44).

Non mancano infine le uccisioni, rimaste per lo più ignote,
e che vengono via via alla luce attraverso i documenti: tra
lasciando il noto eccidio delle Fosse Ardeatine, ricordare
mo Moise Rossi, di 61 anni, arrestato dai tedeschi il 9 no
vembre 1943 a Bologna, e ucciso mentre tentava la fuga (A.
d.S. Bologna, Questura, 10,12, 926); Araw Lazar ucciso da
Otto Koch sulla porta del Tempio Israelitico di Milano (Ar-
chivio C.D.E.C., "C" Vicissitudini delle singole Comunità, ^{fasc.}
Milano). A Forlì, il 5 settembre 1944, alle ore 18,15, le
SS prelevarono dalle carceri 10 ebrei stranieri, e li tru
cidarono; la stessa sorte toccò, il 17 settembre, a 7 don
ne (Archivio C.D.E.C., Busta "F", "Eccidi nelle varie loca-
lità italiane"); sempre nel settembre del 1944, a Forlì,
furono impiccati Emilio e Massimo Zamorani (A.d.S. Bologna,
Questura); a Pisa, il 1° agosto 1944 l'eccidio nella casa
Pardo-Roquez (Archivio C.D.E.C. c.s.), dove furono trucida
ti, con 7 ebrei, 5 non ebrei.

Gli ebrei arrestati venivano generalmente convogliati dalle carceri locali a quelle di più importanti capoluoghi ("Nuove" a Torino, "S. Vittore" a Milano, "Marassi" a Genova, "Murate" a Firenze, "Regina Coeli" a Roma, "Coroneo" a Trieste, ecc.; e non mancarono trasferimenti da carcere a carcere per evidenti ragioni "organizzative"); oppure venivano internati in campi di concentramento appositamente allestiti, nei presi o all'interno delle rispettive città. Campi del genere furono improvvisati, per esempio, a Vercelli, Verona (Via Pallone), Padova (Vò Vecchio), Mantova, ■ Monticelli Terme (Parma), ■ Servigliano Marche (Ascoli Piceno), eccetera.

Un discorso a parte richiede il Campo di Borgo S. Dalmazzo (Cuneo).

Nella caserma degli alpini di Borgo S. Dalmazzo furono ristretti gli ebrei profughi dalla zona di occupazione italiana in Francia, che per un ordine del 18 settembre 1943 firmato "Hauptsturmführer Müller", erano stati rastrellati nel Cuneese. Nell'Archivio del Comune di Borgo S. Dalmazzo esiste ancora la minuta di quell'ordine, scritta da un impiegato del Comune sotto dettatura dello stesso Müller: "Comando Germanico di Borgo S. Dalmazzo.

«Entro le ore 18 di oggi tutti gli stranieri che si trovano nel territorio di Borgo S. Dalmazzo e dei Comuni vicini devono presentarsi al Comando Germanico in Borgo S.D., Caserma degli Alpini. Trascorso tale termine tutti gli stranieri che non si saranno presentati verranno immediatamente fucilati. La stessa pena toccherà a coloro nella cui abitazione detti stranieri verranno trovati. Borgo S. Dalmazzo, 18 settembre 1943. Il Comandante Germanico delle SS, Capitano Müller.»

E' evidente nel testo la sostituzione della parola "ebrei", cancellata, con "stranieri": questo, per facilitarne la cattura, dato che nella zona gli stranieri non potevano essere altro che profughi ebrei⁴, e mentre per la popolazione era impossibile riconoscere un ebreo, tutti avrebbero potuto individuare uno straniero dall'accento o dall'ignoranza della lingua italiana.

Il 28 settembre 1943 le SS al comando di Joachim Peiper arrestarono anche gli ebrei di Cuneo, concentrandoli nella caserma di Borgo S. Dalmazzo, assieme agli stranieri.

Verso la fine di ottobre gli ebrei di Cuneo vennero rilasciati, mentre nel campo gli ebrei internati, adibiti a lavori pesanti, venivano sottoposti a sevizie e maltrattamenti di ogni genere: severissime le consegne ai Carabinieri di guardia al Campo, di continuo controllati dai tedeschi.

Il 21 novembre 1943 partì un convoglio per Auschwitz, via Drancy: donne, vecchi e bambini, nonché i ricoverati all'Ospedale,

vennero incolonnati nel fango e nella neve, e avviati, sotto scorta armata, alla stazione ferroviaria dove furono stipati in carri bestiame: avevano dovuto sigillare i carri con piombi - sotto la minaccia delle SS armate ed inferocite - due funzionari delle Ferrovie italiane ("Relazione suppletiva sui Campi di Concentramento ebrei di Borgo S. Dalmazzo / Comune di Borgo S. Dalmazzo, 29.1.1966; e testimonianze sigg. Bruno e Pellegrino, 12.6.1945, Arch. C.D.E.C., "D", fasc. "Borgo S. Dalmazzo"). Su un elenco di internati senza titolo nè data, che si conserva nella Prefettura di Cuneo (e in copia nell'Archivio del C.D.E.C.), risultano 349 nominativi: secondo testimonianze, i deportati furono circa 400.

Il Sig. Giordano di Borgo S. Dalmazzo ricorda che, alla partenza del convoglio, chiese all'ufficiale SS Preust per quanti giorni avrebbe dovuto fornire le razioni di pane ai deportati. La risposta fu: "Due o tre, oppure anche uno solo poichè, anche se muoiono, non importa" (Arch. C.D.E.C., test. Giordano, 29.1.1966).

Dopo la partenza del convoglio, il campo fu disciolto. Successivamente, a seguito del noto ordine di polizia del 30.11.1943, fu costituito a Borgo S. Dalmazzo un secondo campo di concentramento per gli ebrei della provincia di Cuneo. Da Borgo S.D.,

il 16 febbraio 1944, 26 ebrei verranno inviati a Fossoli, e il Campo cesserà di funzionare (Comune di Borgo S.D., "Elenco nomi nativi ebrei inviati al Campo di Concentramento di Carpi", 16.2. 1944, Arch. C.D.E.C., Dossier "Concentramento Ebrei" del Comune di Borgo S.D., "D", c.s.).

Le condizioni di vita nei campi sotto amministrazione italiana furono umane. Valga ad esempio il quadro offerto dalla documentazione sul campo di Vò Vecchio.

Gli ebrei vennero internati nella villa di Vò ai primi di dicembre del 1943; e dopo alcuni giorni vennero rilasciati i coniugi di non ebrei.

La custodia del Campo era affidata ad un commissario di P.S., Salvatore Lepore, un maresciallo, ^e 6 carabinieri: i rimasti nel campo godettero di notevole libertà (si sa che ricevevano permessi di recarsi in città, per esempio dal dentista, e che potevano comunque uscire dal campo e perfino consumare dei pasti in trattoria). Quasi tutti, chi per un motivo chi per un altro, ottennero di essere sottoposti a speciali visite mediche; diversi furono i permessi di internamento in casa di cura (A.d.S. di Padova, Fondo Prefettura, Busta "Anni 1938-1945. Cat. XV/23. Provedimenti razziali. Corrispondenza varia", fasc. "Ebrei da sotto

porre a visita medica").

Rimasero relativamente tranquilli nell'antica villa fino al pomeriggio del 17 luglio 1944, in cui vennero prelevati dai tedeschi ("Capitano Lemke"), caricati su camion, portati alle Carceri di Padova e quindi alla "Risiera" di San Sabba, donde - secondo le testimonianze dei sopravvissuti - furono deportati ad Auschwitz (test. Sabbadini Hammer, Bruna Namias). Alla partenza da Vò, la signora ^{Gesess} Gesess era riuscita a calare la sua bambina dal camion già in corsa. Giunti a Padova, alle Carceri dei Paolotti, i tedeschi avevano fatto l'appello, e, non trovando la bambina, erano tornati al campo e messo il Commissario Lepore con le spalle al muro: o la bambina o la testa sua e di sua moglie. La bambina venne cercata e consegnata (test. Don Giuseppe Rasia, 8.7.1965, Arch. C.D.E.C., "D", Fasc. "Vò Vecchio", e Elisa Menighello ved. Landini, 10.6.1971; Registri matricola delle Carceri di Padova).

Anche nel campo di Servigliano Marche, in provincia di Ascoli Piceno, dove erano internati ebrei profughi di varie nazionalità, la custodia era affidata ad un Comando di carabinieri, e il trattamento non era cattivo.

La signora Ruth Breit - già internata a Servigliano - ricorda:

"..... venivano i tedeschi, i quali pretendevano di occupare il campo. Un bravissimo carabiniere - forse un maresciallo - esigeva i documenti che comprovassero l'autorizzazione. Poichè quelli non li potevano esibire, non concedeva loro di entrare nel campo." Aggiunge che il Questore di Ascoli Piceno aveva aiutato gli internati in tutti i modi (Test. dr. Ruth Breit, 23.9.1971).

Ai primi di maggio, i partigiani di Monte San Martino vennero a sapere che il Comando tedesco di Ascoli Piceno si preparava a deportare gli internati del campo. La notizia venne radio-trasmessa ai Comandi alleati in Italia meridionale:

"La sera precedente alla data fissata per la deportazione nei campi di sterminio, alcuni aeroplani alleati spezzonarono in picchiata il muro di cinta del campo di Servigliano, aprendovi una breccia. Una formazione di partigiani si recò immediatamente sul luogo dello spezzonamento, rimosse i rottami dei reticolati e delle murature, allargò la breccia e organizzò febbrilmente la liberazione degli Ebrei internati. Alcuni carabinieri collaborarono con i partigiani; uno di loro, di nome Gino, va menzionato con particolare elogio e riconoscenza. Ma si temeva che altri carabinieri del campo avrebbero tenuto un atteggiamento ostile ed avrebbero ostacolato l'operazione, intervenendo direttamente o chiamando rinforzi. Perciò un altro reparto di partigiani, dopo aver provveduto a tagliare i cavi telefonici e telegrafici, assaltò il corpo di guardia del campo. La liberazione degli internati fu condotta a termine rapidamente. Rimasero nel campo di Servigliano solo pochi, che non vollero credere alla deportazione nei campi di sterminio e temettero di non trovare di che vivere fuori delle mura del campo. Gli Ebrei liberati vennero presi in cura dai comitati provinciali di liberazione delle due province: Ascoli Piceno e Macerata. F.to Haim Vito Volterra". (Haim Vito Volterra, "La liberazione degli internati dal campo di concentramento di Servigliano nel maggio 1944", 3.5.1967, Arch. C.D.E.C., "H", "Contributo ebraico alla lotta antifascista e alla Resistenza", Fasc. "Volterra Vito (Haim)").

Degli internati, 27 "rimasero però a Servigliano ed il giorno seguente furono rastrellati di casa in casa, caricati come bestie su di un autocarro ed inviati al nord, al massacro" (Comunità Israelitica di Ancona, "Note sulle persecuzioni razziali avvenute nelle Marche dalla fine del 1938 alla liberazione (Luglio 1944)", Arch. C.D.E.C., "C", "Ancona").

Il risultato conseguito dall'azione congiunta dei partigiani e degli Alleati fa pensare che, se operazioni del genere si fossero ripetute in più paesi, il bilancio complessivo dei morti sarebbe stato ben diverso. Purtroppo, ciò che fu fatto a Servigliano non fu fatto ad Auschwitz nè in altri luoghi, per tante ragioni; ragioni valide e tuttavia difficili da accettare.

Per le carceri, ci soffermeremo su quelle di S. Vittore, dove la Direzione italiana non aveva più altra funzione che quella di trasmettere alle guardie carcerarie gli ordini del Comando tedesco, quando tali ordini non venivano dati direttamente.

Gli ebrei arrestati a Milano - nelle loro case o scovati dai nascondigli, fermati in ufficio o per strada, dalle SS tedesche (in alcuni casi, pare, dallo stesso Koch: test. Emilia Cohen, 23.5.1967⁽¹⁾, e altre), dai fascisti e da spie - venivano portati a S. Vittore, dove via via si aggiungevano ebrei provenienti dalle carceri di Varese e di Como (per lo più fermati mentre tentavano di riparare in Svizzera), e da altre località, dipendenti dalla giurisdizione dell'AK di Milano.

Nelle carceri di S. Vittore, imperversava, con i suoi "aiutanti", Otto Koch, il cui solo nome fa rabbrivire ancora oggi gli ebrei di Milano. Il Koch, parlando con la sig.ra Olga Bergmann (Arch. C.D.E.C., test. Bergmann 24 e 26.5.1971), durante un interrogatorio, si autodefinì "il miglior cacciatore di ebrei che il Terzo Reich abbia prodotto" e, indicandole una carta di Milano segnata con grandi cerchi: "A me non sfugge proprio nessuno: così io li accerchio".

In tutte le testimonianze dirette, e nell'ampia memorialistica disponibile - oltre al suo - suonano sinistri soprattutto i no

(1) Mons. Giovanni Biedini, 24.5.1967

mi di Klemm e Franz (con il suo cane); in grado minore quello di Klimsa.

Subito dopo l'arresto, gli ebrei venivano sottoposti a duri e ripetuti interrogatori, e sovente percossi, perchè rivelassero i nascondigli di altri ebrei, familiari o conoscenti, e per sapere dove avessero nascosto i loro beni (test. Enrico Zamatto, 22.5.1967, e Dr. Ennio Ticozzelli, 18.5.1971). Gli interrogatori avvenivano nel carcere stesso, all'Albergo Regina o in una villa al n. 5 di via Marengo, già proprietà di ebrei.

Umilianti erano, poi, ^{le}/perquisizioni personali per trovare gioielli e danaro nascosti (test. Don Franco Rimoldi 9.10.1964; E milia Cohen, 23.5.1967).

A differenza di altri detenuti - registrati con nome e professione e con regolare numero di matricola -, sui Registri-matricola del carcere gli ebrei venivano registrati, senza nome e senza numero di matricola, con un numero a parte, seguito da una E (= ebreo), e la numerazione progrediva con l'ingresso di nuovi ebrei, riprendendo da zero ogni volta che un gruppo veniva fatto partire. Già a S. Vittore, senza aspettare Auschwitz, l'ebreo era ridotto a un numero.

Nel carcere, gli ebrei erano per lo più ristretti in grandi stanzioni, in vari raggi a seconda dell'epoca.

Scarsissimo il cibo:

Don Franco Rimoldi ricordava che, per gli ebrei, i viveri erano ridotti al minimo: mentre per gli altri detenuti c'erano 3 distribuzioni di cibo, agli ebrei venivano dati soltanto il caffè e la minestra del mezzogiorno; • non venivano distribuiti viveri al momento delle partenze (test. Don Rimoldi); una damigiana di 30 litri d'acqua al giorno per 60 persone, per bere e lavarsi. Niente latte per i bambini, niente medicine nè cure mediche ai malati:

"Agli ebrei - diceva Klemm - i medicinali bisogna portarli un minuto dopo che sono morti" (test. dr. Ennio Ticozzelli, C.D.E.C., 18.5.1971, e altre).

Al dr. Vincenzo Stella, medico del Carcere, dalla fine del 1943 alla primavera del 1944, fu detto di non occuparsi degli ebrei, che andavano trattati come "pidocchi e scarafaggi".

Continue le violenze e le torture: gli ebrei venivano obbligati da Koch e da Klemm a picchiarsi l'un con l'altro: marito e moglie, fratello e sorella, padre e figlio, armati di bastone, sotto la minaccia degli spari; uomini, donne e bambini costretti a camminare con i gomiti e le ginocchia su terreno ricoperto di sabbia tagliente; costretti a salire su scalini di scale inesistenti, disegnate sulle pareti; donne violentate durante orge

(test. Ticozzelli; Bergmann, dr. Stella, Vitta Zelman, ecc., C.D.E.C., 1967). Gli ebrei venivano obbligati a pulire i gabinetti con la lingua (Gaetano De Martino, Dal carcere di S. Vittore ai "Lager" tedeschi, Milano, 1955, pag. 43).

Mille tormenti vennero escogitati, con inesauribile e incredibile fantasia, per umiliare e annullare i "giudei", pericolosi nemici del Terzo Reich.

Don Paolo Liggeri, arrestato nell'Opera Pia Cardini^{nel} Ferrari di Milano, nel marzo del 1944, con alcuni ebrei di cui stava organizzando la fuga, descrive un gruppo di questi pericolosi nemici:

"...due vecchi di settanta anni, uno dei quali con un piede in crena, e un uomo con il braccio sinistro anchilosato una vecchia mezzo cieca con la figlia affetta da vizio cardiaco e da un tumore allo stomaco..... Una banda veramente pericolosa - conclude Don Liggeri - motivo per cui hanno fatto bene a imprigionare il prete che aveva avuto compassione di gente di tal fatta. Il maresciallo Koch delle SS che operò il nostro arresto, quello sì che è una degna persona su cui l'umanità può ciecamente contare, perchè l'onestà e la giustizia siano gelosamente salvaguardate. Il mio avvocato l'ha visto estrarre dalla tasca dei pantaloni un mucchietto di anelli....estrarne le pietre preziose e conservarle nella sua piccola borsa di cuoio: sempre per quel famoso 'ordine nuovo' da stabilire nel mondo redento dalle purissime ideologie naziste" (Paolo Liggeri, Triangolo rosso, Milano 1953, pp. 53-54).

Il libro di Don Liggeri si presenta come un diario: queste note si riferiscono alla data "aprile 1944".

Da S. Vittore passarono molti bambini. ^{Giancarlo} ~~Giacomo~~ Ottani, ("Un popolo piange", Milano, giugno 1945), riporta la testimonianza di un detenuto nel carcere, ^{Bruno} ~~Bruno~~ Coën:

"...egli ci assicurò che bambini di un anno ed anche meno venivano colpiti con i pugni chiusi sul capo: molti di essi morivano, altri rimanevano intontiti".

A S. Vittore non mancarono i morti: la testimonianza di Don Rimoldi ricorda un ebreo ucciso a frustate da una SS per essere stato "sospettato" di voler tentare la fuga. Quell'ebreo, ricordato su una lapide commemorativa nel Cimitero della Comunità Israelitica di Milano, era Salomone Rath. Sulla pagina delle "uscite" del Registro-matricola di S. Vittore, alla data 1.8.1944, si legge "fucilato tentativo fuga". In data 8 agosto, il BdS und des SD in Italien, Gruppe Oberitalien-West, Aussenkommando-Mailand si rivolgeva al Prefetto di Milano chiedendo di requisire i beni di Salomone Rath - oggetti personali, biancheria e merci diverse, soprattutto pellicceria -, essendo questi stato "ucciso il 31.7.1944 mentre fuggiva". (A.d.S. Milano, Prefettura Milano, Cart. 16, Fasc. n. 1274).

Molti ricordano ancora le sue grida, sotto i colpi e i morsi del cane di Franz.

"...un altro ebreo si è sfracellato gettandosi dall'ultimo piano" - scrive Enea Fernani * (Un uomo e tre numeri, Milano-Roma, 1955, pag. 23) - "...Il Comando ha proibito ai medici e agli infermieri di prestargli un qualunque soccorso".

".... i decessi in seguito alle torture venivano occultati. I cadaveri dei torturati venivano trafugati" (test. Ennio Ticozzelli).

Mentre nel carcere davano man forte a questo inferno due sgherri della "Banda Muti"⁽¹⁾, tutto il personale italiano - medici, suore, religiosi, secondini - e gli altri detenuti cercavano di soccorrere i poveretti isolati negli stanzoni, portando latte per i bambini, qualche gamella di pastasciutta, delle medicine (test. dr. Ennio Ticozzelli e altre). Un secondino, certo Schivo, fu deportato per aver dato delle uova sode ad una donna con tre bambini (test. Giovanni Tursini, 28.5.1967), e la stessa sorte toccò alla guardia Pieri (Relazione Impresa Bianchi, giugno 1945, Arch. C.D.E.C., "D", S. Vittore).

E molti erano, tra i detenuti, gli arrestati per aver protetto e aiutato gli ebrei a nascondersi e a fuggire. Tra questi, oltre a Don Rimoldi e Don Liggeri già citati, il singor Antonio De Bortoli che aveva organizzato la fuga di ebrei in Svizzera: Antonio De Bortoli fu anche fatto seviziare da Saevecke (test. Antonio De Bortoli, 29.5.1967).

Nella Relazione dell'Impresa Bianchi, fornitrice del carcere, si legge:

"La visione del bestiale trattamento usato dal comando SS ed accoliti dell'albergo Regina, verso i bambini degli ebrei, straziava l'animo più indurito, ed il nostro rappresentante stesso

(1) Colombo e Melli.

ne discusse col Klimsa, ottenendosi la taccia di pietista. Al l'osservazione che anche i figli di assassini sono innocenti, la risposta unica e sola era 'Juden sind' (ebrei sono) che comunque avevano poco da vivere, perchè della spedizione, che avvenne in una sola volta di circa 700 esportati, nessno sarebbe ritornato: sapeva che questa previsione sarebbe mantenuta! Cinismo ributtante, contro il quale non trovammo di meglio che di offrire di nascosto qualche dolce, qualche cosa in più del solo vitto, ecc. a quei bambini innocenti, macilenti e prossimi al supremo sacrificio".

Direttamente da S. Vittore partirono due convogli per Auschwitz, uno il 6.12.1943 (la data si ricava dalla già citata lettera del BdS und des SD in Italien Grupper Oberitalien-West AK Mailand del 22 maggio 1944, f.ta Saevecke, A.d.S. di Milano, Prefettura, Busta 11, "Q-R-S", Fasc. 2), e uno il 30 gennaio 1944. Per quest'ultimo, la sig.ra Olga Bergmann ricorda di averne appresa la destinazione dallo stesso Koch, che rivolgendosi ad una famiglia di ebrei viennesi aveva detto: "Andando ad Auschwitz, passerete per la vostra Vienna" (test. Bergmann, 1971).

Ed ecco come avvenivano le partenze:

"Più volte, a partenti e nuovi giunti fuori orario di distribuzione dei viveri, il Comando SS non consentiva cibo alcuno, e la nostra impresa, superando la contrarietà palese dei tedeschi, ha somministrato pane.... Accenneremo al caso di 150 detenuti di passaggio da Torino, arrivati sfiniti: tra questi, molti in catenati a gruppi di 5-6. Il Comandante delle Guardie italiano chiese al comando tedesco SS di poter dare il vitto, perchè arrivati digiuni, ripartivano egualmente digiuni. Il comando tedesco, more solito, rifiutò di comprenderli nella quantità numerica dei detenuti, cui spettava il vitto; per la qual cosa dovemmo assumere noi stessò la responsabilità, di rifocillarli a nostre spese...." (Relazione Impresa Bianchi, c.s.).

Alla partenza, i malati venivano strappati dai loro giacigli; bambini piccoli, che non si riusciva a far entrare nei camion stipati, venivano buttati nel ~~cam~~ion sulla testa degli altri, una donna in stato interessante fu presa a calci nel ventre da un SS (test. Don Rimoldi, c.s., e altre).

Il "politico" Gaetano De Martino, a S. Vittore dal mese di novembre, accenna alla partenza di un convoglio diretto per Auschhwitz:

"vi erano fra essi.... donne incinte, una vecchia di ottant'anni e numerosi bambini.... Nel salire sul camion la vecchia cadde: stese la mano per essere aiutata da un milite delle SS, ma questi fece un gesto di disinteresse a Klemm le allungò una pedata.... un po' di cibo, assai scarso, doveva costituire la riserva per parecchi giorni di viaggio!" (Gaetano De Martino, op. cit., pp. 43-44).

(quella volta, i "politici", rinunciarono alla loro razione di carne domenicale per darla ai partenti).

L'avviso della partenza veniva dato ad uno ad uno, elenchi alla mano: con i 2 convogli da San Vittore non partirono i misti, che furono poi portati a Fossoli.

Con il primo trasporto da S. Vittore - secondo la sig.ra Olga Bergmann - partirono circa 350-400 persone, cui probabilmente si aggiunsero ebrei arrivati da Torino e da Genova. E' probabile che in tutto si trattasse di 500 persone. Dopo la partenza, e fino ai nuovi arrivi, il reparto rimase quasi vuoto.

Anche al secondo trasporto - ricorda sempre la sig.ra Bergmann-vennero aggregati, come al precedente, ebrei giunti da Torino e da Genova. La Bergmann ricorda i due convogli, perchè li collega a raccapriccianti episodi di crudeltà.

Il primo, in quanto gli ebrei che erano stati isolati perchè colpiti da erisipela a seguito delle percosse, erano stati riportati su barelle e fatti partire. Il secondo, perchè lo collega, oltre alla deportazione di un amico (Weizmann), a un altro episodio. Era stato introdotto nel reparto un giovane in condizioni pietose. Si chiamava Kalman: era stato picchiato a sangue, da capo a piedi, e le aveva detto: "Signora, mi stanno lentamente uccidendo". Per salvarsi, il Kalman aveva detto di conoscere un alto funzionario della Gestapo; ciò che aveva suscitato il furore della SS ("Come? Tu, porco di un ebreo!?"); e al momento della partenza avevano legato il Kalman in modo che non si potesse più muovere e si vedevano i segni rossi provocati dalla corda.

Ad ogni partenza, alle scene di sadismo delle SS si contrappone la pietà del personale carcerario italiano e degli altri detenuti. Campeggia su tutti la figura di Suor Enrichetta degli Alfieri, la superiora delle suore del carcere che venne, poi, arrestata per il soccorso dato ai detenuti.

Ai partenti, veniva distribuito di nascosto quanto era possibile,

Un giorno suor Enrichetta raccontò piangendo alla sig.ra Mariarosa Tresoldi un episodio atroce: una mamma ebrea con un bambino molto piccolo e mezzo nudo (la gente veniva portata via così com'era) si era rivolta a una suora chiedendole qualcosa per coprirlo. Desolata, la suora aveva risposto di aver dato tutto, di non aver proprio più niente. Era presente il "capo delle SS", il quale, dicendo: "Ah, non ha niente?!", prese il piccolo per i piedi e lo gettò contro il muro sfraccellandogli il cranio (test. Tresoldi 28.5.1967).

A parte gli episodi atroci, ricordati dai testimoni e che talvolta è difficile collegare a date precise, le partenze avvenivano generalmente sempre allo stesso modo: caricati su camion, con nessuna o scarsissima scorta di viveri, i prigionieri erano portati nei sotterranei della Stazione Centrale, e caricati su carri bestiame che venivano piombati. Dopo un'attesa che poteva durare uno o più giorni partivano per le diverse destinazioni: Auschwitz, Bergen Belsen (come fu il caso degli ebrei turchi partiti direttamente da Milano, test. Salomone e Mosè Dana, 22.5.1967), Carpi. Gli ultimi trasporti, per Bolzano, avvennero autobus della Azienda Tranviaria Municipale di Milano, dai quali venivano tolti i sedili per utilizzarne tutto lo spazio (test. Renzo Portaleone e Marco Fiorentino, 21.5.67).

Il trasporto del 30.1.1944 diretto ad Auschwitz, in condizioni igieniche disastrose, durò 8 giorni: una media di 50 persone per vagone, a ridotto l'una dell'altra; una sola distribuzione

di zuppa o bevanda calda (si ignora da parte di chi); poche volte (o una sola volta, a Villach) fu concesso di scendere all'aperto, durante una fermata (test. Liliana Belli, Lucia na Sacerdoti e Aldo Sorani).

Purtroppo non possediamo la lista dei nomi dei deportati, e per il loro numero, dobbiamo fermarci alle valutazioni dei so pravvissuti, che vanno da 7/800 a 1000.

Il campo di Fossoli, a 6 km. da Carpi (Modena), fu scelto come centro di raccolta sia per la preesistente attrezzatura ~~come~~ di campo per prigionieri di guerra, sia per la sua posizione geografica e i collegamenti ferroviari della città di Carpi, unita tra l'altro a Verona da una linea secondaria diretta. Ingrandito con la costruzione del "Campo Nuovo", il campo sarà appunto adibito a centro di raccolta e smistamento per migliaia di ebrei italiani e non italiani e per i prigionieri politici.

L'ordine di allestimento del campo per gli ebrei - all'indomani della disposizione di internamento - partì, secondo la prassi abituale, dalla Prefettura di Modena che, in data 2 dicembre

1943, scrisse al Podestà del Comune di Carpi invitandolo " a prendere accordi con la Questura perchè i lavori d'impianto siano subito eseguiti ed il funzionamento del campo non soffra alcuna remora" (Arch. Comune di Carpi, Fasc. 2, Comune di Carpi, Archivio Anno 1943-1949, "Campo Concentramento Ebrei").

Il campo di Fossoli era un vasto baraccamento su terreno molto umido, cintato da tre alti reticolati di filo spinato: tutt'intorno parecchie torri di guardia molto ravvicinate tra loro.

Di notte l'area del campo, rettangolare, era illuminata da potenti riflettori. Le baracche in mattoni erano situate, in duplice fila, su un lato del rettangolo (Arch. C.D.E.C., "D", Fasc. "Fossoli di Carpi").

Già il 29 dicembre erano internati a Fossoli 97 ebrei, mentre se ne attendevano più di 800 provenienti da altre province: in caricati della vigilanza erano 37 carabinieri, come si rileva da una lettera del 29.12.1943 del Capitano Giuseppe Laudani, che chiedeva legna per la cucina e il riscaldamento (Legione territoriale dei Carabinieri di Bologna, Tenenza di Carpi["], Arch. Comune di Carpi, "Concentramento Ebrei", Fasc. 2).

Il 29 dicembre 1943 il Questore di Modena Magrini comunicava al Direttore del campo - e, per conoscenza, al Commissario Pre fettizio di Carpi, (Taglialatela) - che il Ministero aveva pre annunziato l'arrivo nel campo di 827 ebrei provenienti da diver se province: 500 da Firenze, 163 da Venezia, 37 da Aosta, 14 da Forlì, 51 da Milano, 10 da Ancona, 8 da Torino, 14 da Rieti, 30 da Varese. Il Questore, invitando le autorità del campo a prov vedere alla loro sistemazione nelle baracche del Campo vecchio in attesa che fossero ultimati i lavori in corso nel Campo nuo vo (destinato agli ebrei), dava alcune disposizioni sulle moda lità burocratiche da seguire all'arrivo degli internati (anno- tazione delle generalità, compilazione di un elenco per famiglie con indicazione della paternità e relazione di parentela, ecc.). La lettera terminava con la seguente racomandazione:

"Occorre.....esercitare fin d'ora la sorveglianza atta ad evitare possibili evasioni degli internati, controllando anche il loro comportamento nei dormitori e facendo eseguire almeno due appelli di controllo ogni giorno" (Arch. Comune di Carpi, c.s., sottofasc. 4/2).

Le condizioni di vita erano dure; anche se nel ricordo degli scampati il quadro di Fossoli, a confronto con gli orrori successivi, si attenua: gran caldo d'estate, freddo intenso d'inverno; ogni baracca era divisa sui due lati in scomparti; in ogni scomparto, i letti di legno a castello, con pagliericci in consistenti, e una leggera coperta militare; per ogni "castello", 4 o 5 persone. La baracca poteva contenere 60 persone, ma spesso vi erano stipati fino a 70/80 internati. Scarsissima l'igiene: abbondavano i parassiti. Da alcune lettere dal campo, degli stessi internati, si deduce che il cibo era scarsissimo ma che c'era la possibilità di procurarsene a pagamento, ciò che era a svantaggio di chi non aveva denaro (moltissime, infatti, le pressanti richieste di sussidi, rivolte a parenti, amici, sacerdoti, ecc.). All'interno del campo funzionava uno spaccio gestito dagli stessi internati; un gruppo di prigionieri sotto scor

ta usciva dal recinto per l'acquisto di vettovaglie.

Verso la fine di maggio 1944 le famiglie furono separate, e si potevano incontrare soltanto mezz'ora la domenica. Era consentito scrivere biglietti di un massimo di 25 righe, e riceverne; ma dalla corrispondenza degli internati che si conserva è possibile dedurre che molte lettere non giungevano a destinazione; mentre ~~da~~ fino al 2.2.1944, si parla ancora della possibilità di ricevere visite dai parenti, di tal possibilità non si parla più nella corrispondenza successiva.

Nel gennaio del 1944, il campo era ancora sotto l'amministrazione italiana, la quale rassicurò più volte gli internati che il campo non sarebbe stato ceduto all'autorità tedesca. Il teste Primo Levi ricorda di aver visto per la prima volta un gruppo di SS il 20.2.1944 (Primo Levi, Se questo è un uomo, Torino 1960, pag. 14).

Il passaggio di poteri dall'autorità italiana a quella tedesca del BdS, avvenne certamente in quell'epoca. Se ne ha conferma da una lettera in data 1° marzo, del Comune di Carpi alla Società Agricola S. Marino di Fossoli, con la quale il Comune trasmette a detta Società la richiesta urgente, pervenuta dal "Comando SS - SD di Verona", di un appezzamento di terreno adiacente al "Campo Nuovo", per la costruzione di nuove baracche (Arch.

Comune di Carpi, Cat. 15, "Campo di concentramento di Fossoli", Fasc. 4, "Terreno adiacente....."): ovviamente la richiesta del BdS è di data anteriore al 1° marzo.

La direzione rimane tuttavia, nominalmente, agli italiani, mentre passerà effettivamente nelle mani degli inviati del BdS: con l'intestazione "Direzione Campo concentramento internati civili - Fossoli di Carpi (Modena)", partiranno lettere del Direttore Tagliabue con comunicazioni di questo tenore:

"Si restituisce l'unita istanza informando che il marito della Globan, Hirschl Hinko, trovasi internato a Fossoli di Carpi nel campo di concentramento alle dipendenze del Comando Germanico" (A.d.S. Modena, Fondo Questura, "Cittadini di origine ebraica", Busta F-K, fasc. Hirschl Hinko, lettera del 16.6.1944).

Anche per Fossoli le testimonianze concordano nell'affermare che il comportamento degli italiani preposti all'amministrazione del campo è stato umano: furono ^{facilitati} ~~facilitati~~ al massimo i ricoveri nell'Ospedale di Carpi, fu concesso lo scambio regolare di corrispondenza con i congiunti fuori dal campo, fu possibile agli internati procurarsi qualche genere alimentare, ^{fruire} ~~fruire~~ delle distribuzioni di sussidi, nonchè rivolgersi ad autorità religiose cattoliche per richiedere tali sussidi.

Ma ben poco poteva l'amministrazione italiana: la suprema istanza era ormai il BdS di Verona. Si vedano le risposte del Direttore del campo alle varie Questure, che intercedono per la libe

razione dei coniugi di non ebrei e dei misti: egli non può che rimettersi al Comando tedesco:

"....Deve pronunziarsi il Comando Germanico delle SS di Verona, che finora non ha fatto conoscere decisione alcuna in merito. Le premure rivolte da questa Direzione per vari altri casi consimili al locale Comando Germanico non hanno avuto alcun risultato": così scrive il Commissario Tagliatela alla Questura di Modena il 12.6.1944 (A.d.S. Modena, collocazione c.s., Busta N-R, fasc. Piazza Alceo). Analoghe risposte si hanno per il caso di Alberto Bassi (A.d.S. Modena, c.s., Busta A-E, fasc. Bassi Alberto), di Mario Castelnuovo (A.d.S. Modena, c.s., fasc. Castelnuovo Mario), e molti altri.

I misti - 327, secondo la testimonianza di Umberto Polacco, 5.1.1946 (Arch. C.D.E.C., "D", Fossoli) - partiranno tutti con l'ultimo convoglio da Fossoli.

Una lettera del 29.3.1944, del Questore di Modena al collega di Parma, e per conoscenza al Direttore del campo, è illuminante sul diverso modo di intendere l'internamento:

"Non è possibile concedere alla soprascritta internata l'auto rizzazione di recarsi costà per accompagnare i nipoti agli esami, opponendosi a ciò l'Autorità Germanica" (A.d.S. Modena, c.s., Busta F-K, Fasc. "Fano Alba").

Per contro, estremamente rigida doveva essere la disciplina sotto la sorveglianza tedesca. Erano di guardia al campo SS armate di mitra: negli ultimi tempi nella torretta erano state instel-

late 7 mitragliatrici. Chi cercava la fuga o mancava in qualche modo agli ordini, o anche soltanto non si toglieva il berretto per salutare i sorveglianti, veniva portato in un apposito capannone, frustato a sangue davanti ai compagni fino a che cadeva, e poi abbandonato. Un ebreo di Roma, un certo Pacifico Di Castro, fu ucciso da un SS nel giugno del 1944 a colpi di pistola, perchè, affetto da sordità, non aveva eseguito un ordine.

Nel campo, si sapeva bene da dove arrivavano gli ordini, e si temevano le visite del Comando tedesco (test. Triste Vitta Zelman.).

Il 12 luglio del 1944, per la fucilazione di 69 politici, furono prelevati dal settore degli ebrei 8/10 uomini perchè scavassero la fossa fuori del campo. Non essendo state date spiegazioni, essi non sapevano se stessero scavando la fossa per sè o per altri: la sera, furono riportati nel campo e messi in una baracca appartata, dove ricevettero un pasto più abbondante del solito (test. Olga Bergman, 12.9.1971).

La storia di Fossoli è la storia della partenza dei convogli. Dopo un certo numero di arrivi si formava un trasporto, ed i trasporti furono 5.

Il primo ebbe luogo il 22 febbraio 1944.

Prima di quella data, erano giunti, tra gli altri, nel campo: il 20 gennaio, 15 ebrei da Aosta; l'11 febbraio, 48 da Ferrara e 62 da Milano; inoltre, i 26 di Borgo San Dalmazzo di cui s'è detto, e vari gruppi dalle Carceri Nuove di Torino, da Asti, Alessandria, Casale Monferrato, Bologna (elenchi Arch. Unione delle Comunità Israelitiche Italiane, Roma, e C.D.E.C.); inoltre, da Venezia, tutti gli ospiti sotto i 70 anni della Casa di ricovero - 93 -, prelevati il 31 dicembre 1943 (Laura Fano Jacchia, "Storia degli ebrei rinchiusi nella Casa Israelitica di ricovero e da lì deportati in massa) (6.?.1943 - 17 agosto 1944)", (Arch. C.D.E.C., "C", ^{Venezia}~~Trieste~~).

All'annuncio della partenza, fu dichiarato che se qualcuno avesse tentato la fuga, dieci sarebbero stati fucilati; che si partiva per un paese freddo, e pertanto si consigliava di portare tutto il possibile: denaro, oro, gioielli, valuta, pellicce e coperte.

La mattina del 22 febbraio verso le 10 ebbe luogo l'appello, per

ordine alfabetico. Vennero lasciati indietro solo i misti ed i coniugi di matrimonio misto. I chiamati - 650, secondo la testimonianza di Primo Levi il cui ricordo in proposito è molto preciso - furono caricati su pullmann con i loro bagagli e portati alla stazione di Carpi. Gli ordini venivano dati dalle SS in tedesco, e chi non capiva veniva percosso. I deportati furono costretti a salire sui vagoni secondo l'ordine alfabetico dei nomi, a partire dal primo vagone, così che in molti casi i nuclei familiari venivano separati. Alle 14 il treno era carico, ma la partenza avvenne alle 18. Coloro che durante il giorno tentarono di ricongiungersi con parenti ed amici su altri vagoni furono percosso; uno, sbattuto contro il montante di un vagone, rimase ferito.

Il treno era composto di 12 carri-merci, in cui erano stipate in media 55 persone. Qualche vagone portava la scritta "Auschwitz". Le SS di scorta viaggiavano in un vagone particolare. Nei vagoni, nessun servizio igienico, solo poca paglia sul pavimento. Nel vagone di Primo Levi lo spazio consentiva soltanto di coriarsi su un fianco, pigiati l'uno contro l'altro, ma in altri vagoni neppure questo dovette essere possibile.

Di giorno era consentito di scendere una sola volta durante le so

ste nelle stazioni o in aperta campagna, e tutto doveva essere fatto promiscuamente, uomini e donne insieme, sotto gli occhi della scorta. Alla partenza erano stati distribuiti pane marmellata e formaggio salato. Il cibo era sufficiente per non soffrire la fame, ma ben presto si fece sentire la sete. La SS di scorta proibiva di chiedere acqua e di riceverne; durante una sosta, da un vagone gridarono: "Abbiamo sete" e allora un SS sparò contro il vagone. Il freddo era intenso, e durante tutto il viaggio non fu distribuito niente di caldo; durante le soste due o tre uomini per vagone venivano condotti dalla scorta al vagone delle provviste, per ritirare il pane e la marmellata per il proprio vagone. Solo una volta, a Vienna, fu concesso di prendere acqua. Nel vagone del teste Primo Levi c'erano un lattante e una bambina di tre anni: anche per loro non vi fu altro cibo che pane e marmellata. Durante il trasporto morì un vecchio di 75 anni, e due ~~vecchi~~ vecchie giunsero cadaveri all'arrivo ad Auschwitz. // Il convoglio raggiunse Auschwitz la sera del 26 febbraio: appena discesi, i deportati furono sottoposti alla selezione, che fu rapidissima: quindi, un gruppo di 95 uomini abili al lavoro fu trasportato su un camion al campo di Buna Monowitz e un altro gruppo, di 29 donne abili al lavoro, dovette raggiungere Birkenau

a piedi; tutti gli altri, i non adatti al lavoro, i vecchi, le donne con bambini, i malati, furono caricati su camion e immediatamente avviati alle camere a gas (test. Primo Levi; Leonardo De Benedetti, Luciana Nissim Momigliano, Matilde Beniacar, Leo Zelikowski, Eugenio Ravenna, ecc.).

Purtroppo non possediamo nessuna lista nominativa relativa a questo convoglio.

Il successivo convoglio da Fossoli partì il 5 aprile 1944. Nell'intervallo tra questa e la precedente partenza, erano stati consegnati a Fossoli, tra gli altri: il 26 febbraio, dal Comando del BdS-Roma, 114 ebrei; il 27 febbraio, 42 ebrei di cui non ci è nota la provenienza (da una ricevuta rilasciata dalla direzione del Campo il 27.2.1944, senza altra indicazione che quella numerica, Arch. U.C.I.I., e C.D.E.C.); l'8 marzo, dalla Questura di Roma, 24; l'11 marzo, dalla Questura di Ferrara, 10; ancora l'11 marzo, "condotti da SS Verona (di Caprino)", 19; il 28 marzo, 48, provenienti da varie città; e secondo quanto si ricava da una lista senza data, circa altri 30 erano giunti da Roma (Arch. U.C.I.I. e C.D.E.C.); il 30 marzo, erano inoltre partiti per Fossoli, dalle Carceri di S. Vittore di Milano, 52 ebrei (Registri-Matricola, pag. 36, Arch. C.D.E.C., "D", S. Vittore).

Partirono da Fossoli - come risulta dalla Transportliste - 564 persone; a Mantova fu agganciato un vagone con 42 persone - in prevalenza vecchi tra i 65 e gli 85 anni - prelevate dal Rico- vero Israelitico delle città, che era stato trasformato, come già detto, in campo di concentramento locale. Altri vagoni ven- nero agganciati a Verona, e le testimonianze giungo^{no} a valutare fino a 1.500 il numero complessivo dei deportati (test. Emilio Foà).

Le condizioni del trasporto dovettero essere ancora peggiori di quelle del precedente: i vagoni gremitissimi (40/50 persone per vagone), tanto che alcuni deportati dovevano stare in piedi. Da mangiare, soltanto pane e marmellata, distribuiti alla partenza. Una o due sole volte i deportati poterono scendere dal vagone, sempre brutalmente sollecitati a risalire al più presto: i ri- tardati fornivano alle SS l'occasione di usare il frustino. In al- cuni carri si diffusero i pidocchi.

Il convoglio giunse ad Auschwitz il 10 aprile, e ci fu subito la selezione: con un segno della mano, fu indicato chi doveva far parte del gruppo degli abili al lavoro e chi dell'altro (test. Emilio Foà, Angelo Sonnino, Giuliana Tedeschi, Germana Del Mare, Olga Ancona, Teo Ducci, Di Veroli Silvia).

Il 16 maggio 1944 è la data del terzo convoglio da Fossoli. Erano nel frattempo stati consegnati al campo: il 12 aprile, un gruppo di 157 ebrei, consegnati dall'AK del BdS-Roma; il 18 aprile, 21 ebrei dal "Campo di Concentramento Ebraico Roccafederrighi (Questura di Grosseto)"; il 26 e il 27, altri 110 provenienti da varie città; infine, il 12 maggio, 57 ebrei - in prevalenza romani - consegnati dal BdS di Verona. Inoltre, da S. Vittore era giunto un gruppo di 50 ebrei ("Uscite, pag. 130, 27. 4.1944), mentre un altro gruppo di 80 ebrei, lasciava S. Vittore il 14.5.1944, ("Uscite", pag. 178, Arch. U.C.I.I. e C.D.E.C.) e - probabilmente - dal Campo di Concentramento di Monticelli Terme, un gruppo di 30 straniere, prelevate dalle SS insieme ad altri, del Campo di Scipione di Salsomaggiore ("Notizie sul campo di concentramento di Monticelli Terme (Parma) avute dalla signa Anita Levi", Arch. C.D.E.C., "D").

La Transportliste - che si è conservata - conta 575 persone, mentre le valutazioni dei sopravvissuti oscillano tra 835 e un migliaio di persone.

Da una nota di consegna del Forno Chiesi di Fossoli, in data 16. 5.44, e dalla relativa nota di addebito del 17.5.44 risulta che, per la partenza, furono consegnate 7.380 razioni di pane da g.225

(Arch. Comune di Carpi, Fasc. "Campo di Concentramento di Fossoli, spese per lavori e forniture, 1943-1945").

Con lo stesso convoglio partì da Fossoli un gruppo di ebrei stranieri, per la maggior parte inglesi, i cui vagoni - 3 - furono poi staccati dagli altri e diretti a Bergen-Belsen. Anche degli ebrei inglesi - in gran parte sopravvissuti - possediamo una lista di 163 nominativi (test. Abramo Repiniano, Joseph Burbea, nm. 140 o 141, e 31 della lista ; e Shalom Habib, che non figura sulla lista).

Ecco come la signora Ada Herskovits (n. 537 della Transportliste) ricorda quel trasporto:

"Partimmo col convoglio che giunse ad Auschwitz il 23 maggio 1944. Il viaggio fu terribile. Soffrimmo la fame e la sete (specialmente i bambini e gli infermi), e le più grandi angustie morali e fisiche. Solo due volte in tutto il viaggio ci fecero scendere a fare i nostri bisogni. Una volta a Ora e una molti giorni dopo, in aperta campagna. In quell'occasione vidi che il treno era lunghissimo, almeno 30 vagoni. Nei carri eravamo stipati l'uno sull'altro. Penso quindi che fossimo almeno un migliaio in tutto. Non ci diedero da mangiare fino a una fermata in Germania dove vennero delle crocerossine a portarci della minestra calda che distribivano da grandi bidoni. In quell'occasione non ci lasciarono scendere. In tutto il viaggio, i vagoni vennero aperti solo 2 volte. Ci fermammo anche a Breslau. Era mattino presto, perchè ricordo di avere visto gli operai che andavano al lavoro. Sia il viaggio che il trattamento furono bestiali. Non ricordo che i guardiani tedeschi abbiano distribuito viveri e acqua durante il viaggio. Durante la fermata in aperta campagna, salì nel nostro vagone il Dr. Sacerdoti (urologo di Genova che è sopravvissuto e che ha perso tutta la propria famiglia), per curare mio padre che stava molto male. Ad Auschwitz attendemmo sicuramente un giorno prima che

venisse il nostro turno. Ricordo che, sul binario accanto al nostro, c'era un convoglio di ungheresi che erano venuti direttamente dai ghetti e avevano parecchie provviste. Durante tutta la notte ci hanno lanciato pagnotte e altri viveri attraverso le fessure. La maggior parte cadevano fuori, ma qualcosa arrivava. Noi morivamo di fame e di sete. Ad Auschwitz ho perso tutta la mia famiglia. I miei genitori subito e mio fratello in seguito. Io ero a Birkenau. Di quel convoglio ricordo parecchie persone. Nel mio vagone c'era la sig.ra Jona di Milano con marito e cognata. Se è ancora viva, potrebbe avere una cinquantina d'anni. C'era la famiglia Berger di Fiume, composta dal marito, Alberto, la moglie Regina e tre figli, Giuseppe, Erna e Carlo, più la cognata Gabriella con due bambini. Sono morti tutti. C'era Rénée Einhorn che ora abita in Venezuela e c'erano i suoi genitori che morirono. C'erano le sorelle Giselle ed Elena Kugler, che ora abitano in Israele, assieme alla madre e alla sorella che morirono... C'era la famiglia Bemporad di Firenze, 3 sorelle e un fratellino subnormale. C'erano le sorelle Sforzi di Verona con il marito e il figlio di una di esse. C'erano i Caminada, madre e figlio. Credo che siano morti tutti" (testimonianza del 31.10.1971).

Altri sopravvissuti (non si citano i nomi, dato che si tratta delle stesse testimonianze già in possesso del Tribunale) ricordano di aver avuto pane e marmellata soltanto alla partenza, e dall'in sieme delle testimonianze pare si possa dedurre che non vi sia stata nessuna distribuzione di cibo e di acqua da parte del Begleitkommando: soltanto una volta le mani pietose della Croce Rossa distribuirono qualcosa di caldo. E' anche possibile che non tutti abbiano beneficiato di quella distribuzione, dato che molte testimonianze non la menzionano. E - pur tenendo conto delle possibili lacune della memoria - la stessa considerazione va ripetuta

per tutte le altre circostanze relative alle condizioni del convoglio, affermate o negate nelle varie testimonianze (ad esempio, l'acqua, che la maggior parte dei sopravvissuti nega di aver ricevuto).

Tutti ricordano la fame, la sete, l'^soluta mancanza di spazio, i miasmi, e qualcuno, tra gli altri tormenti, anche i pidocchi. Le condizioni di viaggio non furono certo migliori per gli ebrei stranieri che a Monaco vennero smistati per Bergen Belsen.

"Nel vagone, circa 35/40 persone. Nessun vitto, nè bevande calde è stato fornito durante il viaggio. Nessuna possibilità di scendere durante le fermate" (test. Shalom Habib, 23.2.1971).

E il sig. Abramo Reginiano scrive nel questionario in data 8.2. 1971:

"La mia deportazione non era stata verso Auschwitz, ma verso Berg man-Belsen (sic) essendo di nazionalità inglese, in vagone bestiame per tutto il tragitto cibo quasi nulla soltanto verso metà strada in una fermata che non si è saputo dove, ci hanno amministrato una scodella di zuppa di piselli, bevande nè calde nè fredde, nessuna possibilità di scendere, moralità pessima e trattamento non umano. Ero io, mia moglie, e due bambini maschio e femmina di tenera età. Il vagone su cui viaggiavamo c'erano circa dai 40 ai 50 persone uomini, donne e bambini"

Con il convoglio viaggiavano alcuni vagoni carichi di materiale bellico.

Dopo la deportazione del 16 maggio, vennero via via concentrati nel campo:

- il 21 maggio, dall'AK del BdS-Roma, 281 ebrei
- il 22 maggio, dall'AK del BdS-Genova, 36
- il 22 maggio, dall'AK del BdS-Roma, 25 (stranieri)
- il 23 maggio, 52, di varia provenienza
- il 25 maggio, dall'AK del BdS-Torino, 58
- il 25 maggio, 21 da Firenze e 7 da Bologna, tra cui le sorelle Diena (cfr. A.d.S. di Bologna, l'intera pratica)
- il 1° giugno, 13 da Venezia
- il 6 e il 7 giugno, altri 11 (tra i quali Lina Jenna, Elvira e Adalgisa Graziani, Giuseppe Berger)
- il 9 giugno, 35, italiani e stranieri
- il 12 giugno, altri 8
- il 14 giugno, 16
- il 23 giugno, avviati dalla G.N.R. di Rovigo, 30
- il 25 e il 26 giugno, consegnati dal BdS di Verona e dall'AK del BdS-Genova, 5 e 11 (Arch. U.C.I.I. e C.D.E.C.).

Inoltre, sui Registri-matricola delle Carceri di S. Vittore, 35 ebrei risultano usciti il 19.5.44 (pag. 138), e altri 35, con la destinazione "Fossoli", il 9.6.44 (pag. 246) (Arch. U.C.I.I. e C.D.E.C.). Si tratterebbe, complessivamente, di 479 persone. Del successivo convoglio, tuttavia, abbiamo una Transportliste

di 517 nominativi, laddove alcuni sopravvissuti danno valutazioni decisamente superiori ~~Sull'~~entità del convoglio già alla partenza, e altri affermano che il numero dei deportati aumentò durante il tragitto.

Il convoglio partì il 26 giugno 1944.

Riguardo alle condizioni in cui si svolse il trasporto, i ricordi dei sopravvissuti sono, se possibile, ancora peggiori dei precedenti.

"Mai acqua fresca sebbene si invocasse di esser liberati almeno dalla tortura della sete... durante il viaggio morì un avvocato di Bologna, ucciso con un revolver da un ufficiale tedesco della scorta" test. Enrica Jona).

"Non meno di 35 persone stipate in carri-bestiami e molti piccoli bimbi con mamma. Nessuna fornitura di vitto nè bevande durante il viaggio (prima della partenza un piccolo involto con pane e marmellata) nessuna possibilità di scendere durante le fermate. Due morti durante il viaggio uccisi dalle rivoltelle tedesche" (test. Elena Levi in Pellissone).

L'avanzata degli alleati, con la conseguente interruzione di tutte le vie di comunicazione, determinò da parte tedesca la sostituzione del Polizeiliches Durchgangslager Fossoli con quello di Bolzano-Gries.

L'ultimo trasporto da Fossoli ebbe luogo il 1° agosto. Nella notte tra il 31 luglio e il 1° agosto venne dato l'ordine di partenza.

za. Stipatissimi su 5 camion, gli ebrei che ancora rimanevano nel Campo (327, secondo il "Memoriale" scritto da Umberto Polacco su richiesta del Presidente della Comunità Israelitica di Modena, il 5.1.1946, Arch. C.D.E.C., "D", "Fossoli") furono avviati verso Verona. Lungo il percorso la colonna venne attaccata e mitragliata da aerei. Giunti a S. Benedetto Po, furono traghettati, e ripartirono su auto militari alla volta di Verona, dove pernottarono in un grosso edificio, probabilmente una scuola. Venivano intanto convogliati a Verona anche 50 ebrei "provenienti da Torino" (Registro-matricola di S. Vittore, "Entrate", 1.7.1944, pag. 411) e 37 altri (nella pag. 414 del Registro-matricola, alla voce "Uscite" si legge: "87 ebrei - 50 provenienti da Torino - Germania^{II}").

A Verona ci furono alcune evasioni: lo stesso Umberto Polacco, il sig. Leone Treves con un altro (test. Leone Treves, 23.10.71), il sig. Alessandro Rimini (test. Alessandro Rimini, 23.5.1967). Gli appartenenti a famiglie miste occuparono 3 vagoni a parte, che ebbero destinazione Ravensbrück (le figlie di matrimonio misto), Bergen-Belsen (gli ebrei coniugati con "ariane"), Buchenwald (i figli di matrimonio misto). Le ebreë coniugate con "ariani" furono invece avviate ad Auschwitz. Le valutazioni sull'en-

tità numerica complessiva dei vagoni e dei deportati, assai divergenti, giungono fino al migliaio. Per contro, non variano le testimonianze dei sopravvissuti per quanto riguarda le condizioni del trasporto.

Il caldo soffocante dei vagoni pigiatissimi aumentava il tormento provocato dalla sporcizia e dalla sete (si pensi che il cibo ricevuto in Italia, alla partenza, era sempre tale da destare la sete: anche in questo caso i sopravvissuti parlano di pane, marmellata e formaggio); nessuna distribuzione di acqua durante il tragitto. Durante il trasporto parecchie persone morirono e parecchie impazzirono (test. Mortka Danziger).

E' estremamente difficile, al di là delle linee più generali, ripercorrere - sulle orme delle testimonianze dei sopravvissuti - la storia di questi convogli: pare di capire che sotto il denominatore comune della massima sofferenza (sofferenza che forse è impossibile, per chi non la visse, perfino riprodurre nel pensiero), ogni vagone ebbe la sua storia: lo stesso fatto che alcuni vagoni siano stati toccati - nelle soste - dalla pietà dei civili, e altri no; la maggiore o minore presenza di malati, vecchi e bambini; forse la presenza, in alcuni, di persone dal carattere fermo e di particolare coraggio, che riuscivano a dare

forza agli altri, a sedare gli immancabili attriti, perfino a infondere la speranza (si sa che in un vagone dell'ultimo convoglio da Bolzano - quello che non giunse mai ad Auschwitz - in un momento di massimo sconforto, un vecchio Rabbino di Torino cominciò a dire le preghiere; era Purim, la festa ebraica che ricorda la liberazione degli ebrei dal tiranno di Persia - il terribile ministro Aman che perseguiva lo sterminio degli Ebrei: pare che in quel vagone gli animi si sollevassero alquanto. Sono tutti elementi che concorrono a differenziare i ricordi dei sopravvissuti.

Ognuno aveva, poi, la sua storia personale: chi era stato diviso dalla propria famiglia; chi soffriva doppiamente avendo con sé bambini in tenera età; chi partiva disperato e avendo dato in cuor suo un addio alla vita, e chi confidava ancora nelle proprie forze; impossibile ripercorrere la storia di questi convogli fatta di migliaia di storie, tutte originali.

Nel Polizeiliches Durchgangslager di Bolzano-Gries gli internati - ebrei e "politici" - non erano separati da recinti: gli ebrei erano distinti dal triangolo giallo.

I blocchi degli ebrei erano contrassegnati con le lettere dalla "A" alla "H", mentre le donne ebree occupavano un solo blocco. All'interno di ogni blocco, due ordini di celle divisi da un corridoio. Le celle - di m. 2,50 x 2,50, con letti di legno a castello dotati di pagliericci di trucioli di legno - giunsero a contenere fino a 14 persone (test. Beniamino Costi, 19.5.67).

"Quanto al vitto, ci davano la mattina un po' d'acqua nera calda, senza zucchero, a mezzogiorno una sbrodaglia senza sale ed una alla sera, e 200 gr. di pane di vecce (farina di castagne) o fagioli, in tutto il giorno. Solo la domenica un po' di carne"

scriveva il 15.1.1948 Amerigo Sadun al Col. M.A. Vitale, Presidente del Comitato Ricerche Deportati Ebrei (Arch. C.D.E.C., "D", "Bolzano"); e in una successiva lettera precisava di aver sentito dai compagni, che nel periodo in cui era giunto al campo - gli ultimi 3 mesi - le condizioni stavano già migliorando.

Alle cinque del mattino c'era l'adunata: tutti gli internati - compresi i bambini - dovevano rimanere in piedi con le braccia alzate, per una o due ore, anche sulla neve o sotto la pioggia (test. Emilia Coen, 23.5.1967); coloro che abbassavano le braccia ricevevano bastonate dagli aguzzini. Altri, che per la de-

bolezza non si reggevano, venivano percossi ancora più violentemente (Alberto Fiorentino, riportato da Giancarlo Ottani, Un popolo piange, Milano 1945, pag. 119).

In tutti i testimoni è comune il ricordo del terrore per le punizioni: la rasatura del capo, le celle di segregazione del "carcere", e perfino la morte. Il "carcere", sul lato nord del campo, era una piccola costruzione dalla capienza massima di 10 persone, le cui celle erano chiamate dagli internati "celle della morte". Di là generalmente non si usciva vivi: ogni tanto si vedevano uscire su un carretto delle casse da morto di legno (test. Enrico Zamatto e Emilia Coen, 22 e 23.5.1967). Nel "carcere" non c'era distribuzione di cibo. In esso venne chiuso anche chi, vecchio o malato, non poteva eseguire gli ordini.

Imperversavano due giovanissimi SS ucraini, Otto e Misha, ricordati da tutti per la loro ferocia. Ed altrettanto feroci erano le sorveglianti del blocco femminile, soprannominate dagli internati "la tigre" e "la tigrina", che giravano nel campo munite di frustino: per un nonnulla si incorreva nelle loro ire.

Difficile accertare il numero degli ebrei morti a Bolzano.

Erano stati portati a Bolzano anche alcuni dementi prelevati dal Manicomio di Mombello (Milano): furono strangolati dagli ucraini.

Con una revolverata fu ucciso, invece, un giovane muto e minrato mentale (test. Amerigo Sadun, c.s.).

Quasi tutti i testimoni ricordano la tragica fine delle due Vo-ghera, madre e figlia. La figlia fu gettata nella "cella della morte" subito dopo l'arrivo nel campo; la madre la seguì, per aver chiesto sue notizie. Non ne uscirono più. Il poeta Edigio Meneghetti, prigioniero "politico" a Bolzano, ha scritto bellis-simi versi sul riso facile dei due ucraini, sulle loro mani sem-pre pronte a stringersi sulle vittime, e sulla morte nel lager di una giovane ebrea.

Dal Bolzano partì un convoglio il 24 ottobre 1944.

Secondo le valutazioni dei sopravvissuti, dal campo furono de-portati, con quel convoglio, da 150 a più di 300 ebrei. Dal fat-to, però, che alcuni ricordano che l'intero gruppo venne carica-to su tre vagoni, si può dedurre che il loro numero non superas-se le 150/200 persone. (la valutazione del numero di persone ca-ricate su ogni vagone varia, anch'essa, da 40 a 65). Corrado Sa-ralvo ricorda tuttavia:

"Stipati com'eravamo, premuti, ci sentivamo soffocare, tanto che per molti rappresentava uno sforzo il mantenersi in piedi....."
(Corrado Saralvo, Più morti più spazio, Milano 1969).

Dalle testimonianze risultano le condizioni assolutamente disu-mane in cui si effettuò il convoglio.

Altra strada seguirono gli ebrei arrestati nelle province nord-orientali. A Trieste, gli arresti cominciarono alla fine di ottobre 1943. A nulla valsero i tempestivi interventi del vescovo Monsignor Santin, che nello stesso mese scrisse al Regierungs-president Wohlsegger:

("..... e permetta che lealmente l'avverta che i provvedimenti che si prendono contro gli ebrei suscitano in città un senso di profonda pena. Le leggi razziali italiane, abbastanza dure, avevano già regolato la situazione degli israeliti. Perchè inveire ancora contro di loro?"),

e al Pontefice:

("..... A Trieste, da qualche settimana le autorità germaniche hanno cominciato prima a requisire le proprietà degli ebrei ... poi ad incarcerare le persone stesse. Lo spavento si è diffuso tra questa povera gente, già tanto colpita, e tutta la cittadinanza partecipa alle loro pene... Tutto questo ho detto perchè umilmente supplico Vostra Santità di voler fare intervenire la Santa Sede presso l'Ambasciatore di Germania, a favore di questi infelici")

(lettere citate, senza data, da Ada Morpurgo in "Vita degli ebrei di Trieste nel periodo 1938-1942", Arch. C.D.E.C., "C", Trieste).

Il 7 dicembre 1943 venivano deportate ad Auschwitz, direttamente dalle Carceri del Coroneo (Trieste) 215 persone. Lazzaro Levi, partito con quel convoglio, ci ha trasmesso, anni or sono, una particolareggiata testimonianza sulla sua odissea in vari Lager - tra cui Auschwitz - scritta subito dopo la liberazione. Omettiamo di riportare la descrizione del trasporto, che si svol

se nelle ben note condizioni di tutti i convogli.

A Gorizia, nella notte del 23.11.1943, furono arrestati 45 ebrei (e tra questi, il senatore Elio Morpurgo di 86 anni, la sig.ra Emma Michelstaedter di 89 e Bruno Farber, un bambino di 1 anno), e portati a S. Sabba. Moriranno tutti nei campi di sterminio.

Ancora da Trieste, il 6 gennaio 1944, oltre 160 ebrei vennero deportati ad Auschwitz ("Ottobre 1948 - Per la storia delle persecuzioni ebraiche in Italia dal 1938 al 1945", Arch. C.D.E.C., c.s.).

Il 20 gennaio 1944,

"...i tedeschi irrompevano nella Pia Casa Gentilomo ed Ospedale Israelitico, dove erano ricoverati 70 vecchi. Furono trasportati alla Risiera di S. Sabba ed una settimana dopo deportati in Germania" (Ada Morpurgo, Arch. C.D.E.C., c.s., e test. Rachele Mustachi, 1964).

Dalla "Risiera" di S. Sabba - un vecchio stabilimento per la pilatura del riso che ancora oggi evoca immagini di torture e di morte - passarono, sulla via della deportazione ad Auschwitz, ebrei di Trieste, Fiume, Gorizia, Udine, Vicenza, Venezia, Padova, nonché ebrei provenienti dal campo di concentramento di Arbe (di questi ultimi, 100 giunsero - trasportati a Trieste da u

na nave tedesca - il 4 marzo 1943, e altri ancora, nei giorni successivi). Nel tetro edificio - sotto l'amministrazione tedesca dell'Adriatische Küstenland - fu allestito un vero campo di sterminio, dove funzionò, unico in Italia, anche un forno crematorio. Là, insieme alle migliaia di "politici", fu ucciso anche un numero imprecisabile di ebrei.

Gli ebrei venivano raccolti nello stanzone del terzo piano.

"...si dormiva sul nudo terreno senza coperte...il pasto del mattino consisteva in una tazza di surrogato di caffè e in un panino, il secondo pasto in una minestra di pasta. A sera...una tazza di nero surrogato e un tozzo di pane... ben poco si poteva dormire, perchè i tedeschi durante la notte accompagnavano di continuo...nuovi ebrei: i vecchi e gli ammalati venivano gettati a terra come animali. Sentivamo i passi dei disgraziati che salivano la scala, chi per l'età avanzata non poteva camminare speditamente, veniva battuto e spinto innanzi dai tedeschi che sghignazzavano..." (test. Alberto Kabiglio, senza data, Arch.C.D.E.C., "D", "San Sabba").

Il Kabiglio ricorda che, il 25 marzo 1943 - dopo avere effettuato una selezione di artigiani - i tedeschi deportarono circa 160 ebrei. Per chi rimaneva,

"c'era il lavoro, molto gravoso.... Si doveva lavorare in fretta, perchè alle nostre spalle c'erano i tedeschi con la frusta in mano: diversi tra noi, terminato il lavoro, cadevano sfiniti, senza poter mangiare; nemmeno le donne venivano risparmiate" (test. Kabiglio, c.s.).

Di continuo i testimoni rievocano la sparizione improvvisa di singoli e di gruppi. A San Sabba furono "eliminati", nell'ottobre del

1944, parecchi degli ebrei che a Venezia erano stati catturati nei manicomi, negli ospedali e nelle case di ricovero: persone assolutamente intrasportabili, che furono uccise subito, nella notte successiva al loro arrivo (lettera Paolo Sereni, Venezia 30.5.1966, Arch. C.D.E.C., C.s.).

Durante le esecuzioni, i detenuti dovevano rimanere rinchiusi e "intanto una radio suonava musica leggera oppure....un motore veniva messo in azione per coprire le grida degli sventurati" (test. Alberto Kabiglio).

La documentazione in nostro possesso non ci permette di precisare quanti trasporti di ebrei siano stati effettuati da San Sabba. Alberto Kabiglio asserisce che ne avveniva uno circa ogni 3 settimane.

Dalle numerose testimonianze raccolte per l'archivio del C.D.E.C. nell'estate del 1964, risulta un numero di date impressionante, dalle quali si può dedurre che trasporti di ebrei debbono aver avuto luogo:

- a fine marzo o primi aprile del 1944 (del quale facevano parte, tra gli altri, gli ebrei goriziani: test. Marta Ascoli in Puzzolo e Mira Bucci nata Perlovv). Gerard Reitlinger, ne La Soluzione finale, Milano 1962, riferisce di piccoli convogli, giunti ad Auschwitz da Trieste, uno il 4 aprile, e l'altro a

fine aprile;

- verso la metà di giugno 1944 (test. Marcella Annina Zaban, Rebecca Nacson in Croce, e Rachele Mustacchi);
- il 21.6.1944 test. Ester Tisminiesky in Petrozzi, arrivata ad Auschwitz il 25/6/1944);
- il 31 luglio 1944 o il 1° agosto 1944 (con quel convoglio - ricordano le sopravvissute Ofelia e Giorgina Canarutto - partirono anche 80 ebrei provenienti da Fossoli!)

"Alla Risiera fummo uniti - esse ricordano - ad un gruppo di circa 80 ebrei reduci dal campo di raccolta di Carpi di Fossoli (Modena)".

- dopo il 1° novembre 1944 (test. Zoe Lust in de Stauber);
- il 24 febbraio 1945 (test. Lucia Eliezer in Del Cielo, quest'ultimo trasporto diretto a Bergen Belsen);

Per il trasporto di ottobre, le sopravvissute Nerina Levi e Noris Levi in Viviani - fissano la data del 3.10.1944 - aggiungendo però che il padre era partito il giorno prima.

Da questa affermazione si deduce che spesso si trattava di singoli vagoni che venivano agganciati a convogli provenienti da altri paesi. Ciò che sarebbe provato dalla testimonianza della sig.ra Mira Bucci nata Perlovv, la quale ricorda:

"Alla fine del mese di marzo '44 fummo trasportati con carro be-

stiamo ad Auschwitz-Birkenau, insieme con un folto gruppo di ebrei triestini. Durante il viaggio... furono uniti al nostro con voglio ebrei di tutte le nazionalità...".

Sui muri della "Risiera" i deportati lasciarono dei graffiti, ora cancellati. Il Prof. Diego Henriquez di Trieste li trascrisse nel 1950: complessivamente si tratta di 59 nomi. Da tale trascrizione emergono le date in cui alcuni dei 59 prigionieri furono deportati:

- a lato dei nomi Aranji Dardo fu Giuseppe, Levi Maurizio, Waschmann (Vasani) Carlo, Polacco Marcello, Breiner Erich - rispettivamente 27°, 28°, 29°, 30°, 31° della trascrizione -, la data di partenza: "2.9.44".
- a lato del nome Dubinsky G., 12°, la data: "3.10.44" (la data risulta quindi confermata);
- a lato dei nomi Sereni Aldo, Sereni n. Bordignon Giannina, Levi Carlo, rispettivamente 48°, 49° e 59°: "12.10.44";
- a lato dei nomi Saraval Eugenio, Jesurum Arrigo, Jesurum Jole, Jesurum Marisa, Secretant Olga, rispettivamente 33°, 34°, 35°, 36°, 45°: "28.11.44";
- a lato dei nomi Braun Francesco, Braun Esti, Braun Roberto, Braun Kitty, rispettivamente 39°, 40°, 41°, 42°: "11.12.44";
- a lato dei nomi Perloff Ernesto, Perloff Carola, Perloff Sil-

vio, Braun Blanca ved. Somogy, Perloff Paola, Perloff Mario,
Tedeschi Lionello, Levi Gruemald Margherita, Israel Leone, Se
reni Paolo, Boritz Jolanda, Tedeschi Giacomo, rispettivamente
1°, 2°, 3°, 4°, 5°, 6°, 12°, 13°, 16°, 51°, 55°, 56°: "11.1.1945"
(Arch. C.D.E.C., "D", c.s.).

4.

E' impossibile dare risposte esatte ai quesiti relativi al numero complessivo degli arrestati e dei deportati.

Sia per i primi che per i secondi occorrerebbe aver preso visione di tutti i fondi archivistici delle Questure italiane del periodo 1943-45, in tutte le città che fecero parte della Repubblica di Salò - posto che quei fondi si conservassero ancora ovunque è integralmente.

Solo così si potrebbe accertare il numero degli ebrei arrestati e di quelli rilasciati, i quali ultimi ovviamente non risultano da nessun elenco ufficiale.

Per esempio si sa - come già visto - che un certo numero di ebrei arrestati a Cuneo, furono successivamente rilasciati, prima del 30 novembre 1943; e si sa che a Mantova, dal campo di concentramento che si era costituito nel Ricovero Israelitico il 28 dicembre '43 furono liberati 31 ebrei "misti", e a successivive riprese altri 24, perchè vecchi e ammalati e non curabili nel Ricovero (Arch. C.D.E.C., "C"). D'altra parte, dall'osservazione dei fascicoli personali delle Questure, abbiamo potuto rilevare vari casi di rilasciati, appartenenti sempre alle quattro categorie per cui era fatta l'eccezione all'ordine di internamento.

Si può dire però che l'assoluta maggioranza degli arrestati, dal momento che cadde sotto la giurisdizione dei Comandi tedeschi, subì la sorte della deportazione (a Padova, degli 8 rilasciati dall'autorità italiana, uno fu ripreso da quella tedesca e deportato; a Verona, i 4 rilasciati ebbero la stessa sorte).

- a) Quanto al numero complessivo dei deportati, vale lo stesso discorso fatto per gli arrestati.

Anzitutto occorre tenere presenti gli inevitabili vuoti negli elenchi forniti dalle singole Comunità Israelitiche, i quali - redatti sulla scorta delle preesistenti registrazioni anagrafiche - comprendono, per lo più, soltanto i residenti nelle rispettive città, e gli stranieri solo quando stabilizzatisi e entrati a far parte della Comunità; vis sono esclusi pertanto i battezzati, non più ebrei per la Comunità, ma considerati ugualmente tali dalle leggi cosiddette "razziali".

Quanto sopra è confermato da una lettera della Comunità di Pisa al Comitato Ricerche Deportati Ebrei, dove è detto che, oltre agli ebrei, sono stati deportati da Pisa dei battezzati, di cui non viene indicato nè il numero nè il nome (Arch. C.D.E.C., "C", fasc. "Pisa").

Sulla base degli incartamenti del Fondo Questura (Ebrei) dell'Archivio di Stato di Padova (dei quali mancano tuttavia i fascicoli "G", "H", "I"), è stato possibile - per esempio - calcolare che gli arrestati, tra residenti, non residenti e stranieri, furono 118 (12 dei quali, padovani arrestati in altra località): nell'elenco dei deportati fornito dalla Comunità di Padova risultano soltanto i nomi di 50 deportati. Il divario è grande, anche se si tiene presente che qualcuno dei 118 può comparire nell'elenco di qualche altra Comunità (la ricerca in tal senso non è stata fatta, ma si ritiene che il confronto darebbe uno scarto minimo).

Altro esempio, Verona: secondo le rilevazioni eseguite nell'Archivio di Stato, gli arrestati furono 41 (di cui 9 veronesi, presi in altre località). L'elenco della Comunità Israelitica porta 30 nominativi.

A Bologna il dato dell'Archivio di Stato è 172 (di cui 30 bolognesi arrestati in altre località); quello della Comunità, 86. Ad Alessandria (con le sezioni di Acqui e di Casale Monferrato), il dato dell'Archivio di Stato è 49 (di cui 2 presi in altre località); quello della Comunità, 36.

Per un dato generale ci si è finora attenuti all'"Elenco dei Deportati dall'Italia negli anni 1943-1944", compilato dal Col. Massimo Adolfo Vitale sulla base delle informazioni ricevute - negli anni immediatamente successivi alla guerra - dalle Comunità Israelitiche italiane e dai sopravvissuti.

Anche in questo elenco, nel complesso più esauriente di quelli delle singole Comunità (vi compaiono anche i nomi di alcuni battezzati), si riscontrano - seppure in misura minore - talune delle lacune di cui si è detto.

Dei 118 deportati risultanti dalla ricerca condotta nell'Archivio di Stato di Padova, 35 non compaiono nell'elenco Vitale; dei 41 dell'Archivio di Stato di Verona, non ne risultano 4; dei 172 dell'Archivio di Stato di Bologna, non ne risultano 35; infine, dei 49 dell'Archivio di Stato di Alessandria, non ne risultano 26. Tali rilievi valgono a dare la misura di queste lacune.

Tale elenco portava un totale di 7.495 deportati (dove venivano compresi i 145 "Deportati da Rodi e da altre isole dell'Egeo reduci dalla deportazione" e stabilitisi in Italia - mentre nell'elenco non figurano gli altri 1.522 deportati di Rodi; e 136 "Reduci dal campo di concentramento di Bolzano (Aldo Adige)",

che non furono deportati. Il dato diventerebbe pertanto 8.881 ($7.495 + 1.522 - 136$).

Si notano, tuttavia, sull'elenco, diverse aggiunte, evidentemente successive. In particolare, in un appunto manoscritto, alla data "15.11.62", il Col. Vitale scriveva sul verso del frontespizio: "Nuovi Deportati risultanti in più $206 + 53 = 259$. Se ne attende conferma dalle Comunità".

Con questa aggiunta il dato assunto salirebbe a 9140 ($= 8.881 + 259$).

b) Da quanto si è detto - o non si è potuto dire -, deve risultare chiaro che non siamo in grado di rispondere alla domanda relativa agli ebrei che dall'Italia furono deportati ad Auschwitz. D'altra parte, sia l'elenco Vitale, sia quelli delle Comunità non forniscono una risposta neppure approssimativa. Si possono formulare pertanto delle ipotesi, sulla scorta dei dati sicuri da una parte (e si è visto quanto ^{essi} siano incompleti), e sulle valutazioni fornite dai sopravvissuti dall'altra, fissando il numero dei deportati ad Auschwitz da un minimo di poco meno di 6.000 a un massimo di poco più di 7.000 (dove, ad entrambi i dati, si dovrebbero aggiungere i 1.667 deportati da Rodi: Arch. C.D.E.C., "C", Rodi).

c) Per i reduci, il Col. Vitale dà - per gli ebrei italiani - il numero di 277, e per gli stranieri deportati dall'Italia, 52, per un totale di 329 persone.

Da un conteggio eseguito sugli elenchi delle Comunità risulta, invece, un totale di 309 persone.

Quanto ai reduci da Auschwitz, non siamo in grado di stabilire nessun dato.

**Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht**

Gesch.-Nr.: 1 Ks 1/71 (RSHA)

Bitte bei allen Schreiben angeben!

8. Dezember 1971

Nur in dieser Sache 1 Berlin 21. des. 1309

1 Berlin 19 (Charlottenburg), den

Amtsgerichtsplatz 1

Fernruf: 306 0011 (App.:)

(Im Innenbetrieb: 968)

Telex 182 749

Sprechstunden: Montags bis freitags von 8.30 - 13.00

Mit

Vermerk vom 1. Dezember 1971 sowie

8 Überstücken dieses Vermerks (in Schnellheftern)

dem Vorsitzenden des Schwurgerichts
bei dem Landgericht Berlin

- 12. Tagung -

Herrn LGDir Dr. F i t z n e r

i m H a u s e

unter Bezugnahme auf den beigelegten Vermerk vom 1. Dezember 1971
vorgelegt.

Der Vermerk enthält die zusammenfassende Auswertung der Dokumente,
die nach dem 15. Oktober 1971 aus Italien übersandt worden sind
und die ich mit Schreiben vom 25. November 1971 bereits vorge-
legt habe (LO 70 b, Halbhefter d, e, f und g).

Ich bitte, das von mir unterschriebene, für die Akten bestimmte
Stück meines Vermerkes zu Band CXXXIV zu nehmen. Fünf Stücke des
Vermerkes sind für die richterlichen Mitglieder des Schwurge-
richts und die Ergänzungsrichter als Handexemplare bestimmt.
Die restlichen drei Stücke bitte ich von dort aus den Vertei-
digern und dem Angeklagten zum Verbleib zuzuleiten.

- V
- 1) Vermerk vom 1.12.1971 *in der Hauptverhandlung*
10.12.71 *akzept.*
- a) dem Hauptverhandlung
b) dem bisher Verurteilten
c) LG Borkow, Meyer, Jülich, Krew.
- 2) Vermerk 2 - Bd. CXXXIV nehmen.
- 9.12.71

Hölnzner

(Hölnzner)

Erster Staatsanwalt

V e r m e r k

über den wesentlichen Inhalt der nach dem 15. Oktober 1971
erfaßten Beweismittel in der Strafsache gegen Friedrich
B o ß h a m m e r wegen Mordes

Nach Abfassung des Vermerks vom 15. Oktober 1971 (Bl. CXXXIV, 1 ff) sind weitere Beweismittel erfaßt worden. In erster Linie handelt es sich um Dokumente aus italienischen Archiven, die die Sachverständige Dr. R a v e n n a übersandt hat. Die Unterlagen sind italienische Quästur- und Präfekturakten aus den Staatsarchiven Bologna und Modena, Schriftstücke aus dem Gemeindearchiv Carpi und Auszüge aus den Registern des Gefängnisses in Padua. Sie vermitteln bedeutsame neue Erkenntnisse über die Tätigkeit des Angeklagten in ¹Italien, die im folgenden in Anlehnung an die Anklageschrift und den Vermerk vom 15. Oktober 1971 kurz zusammengefaßt werden sollen.

I.

Deutsche und italienische Bestimmungen
über die Erfassung, Konzentrierung und
Deportation der Juden in Italien

In den teilweise erhalten gebliebenen Akten der Quästuren (und Präfekturen) Bologna und Modena, die die Sachverständige Dr. R a - v e n n a ausgewertet hat, befinden sich eine Reihe von grundsätzlichen Erlassen des Innenministeriums der Regierung Mussolinis zur Behandlung der italienischen Juden, die nunmehr ein ziemlich vollständiges Bild der für die untergeordneten italienischen Dienststellen geltenden Bestimmungen zur Behandlung von Juden in Italien geben. Hingegen gibt es nach wie vor keinerlei Unterlagen über die Verhandlungen, Vereinbarungen und Absprachen zwischen der italienischen Regierung und der deutschen Regierung bzw. dem BdS Italien.

In den Akten der Quästuren Bologna und Modena befinden sich weiterhin zahlreiche Erlasse und Schreiben des AK Bologna, die zwar noch kein auch nur annähernd vollständiges Bild der Maßnahmen des BdS Italien bei der Durchführung der "Endlösung" in Italien geben, jedoch hierzu eine Reihe wesentlicher neuer Erkenntnisse liefern. Die an die Quästuren Bologna und Modena gerichteten Erlasse und Schreiben des AK Bologna sind nur ein kleiner Bruchteil der Erlasse und Schreiben die dieses AK insgesamt herausgegeben hat. Zugleich sind es - abgesehen von der Verfügung des Angeklagten vom 24. April 1944 im Falle P l a t s c h i k (vgl. Seite 19 bis 21 des Vermerkes vom 15. 10. 1971, a.a.O.) sowie der verschiedenen Deportations- und Überstellungslisten - nahezu die einzigen schriftlichen Unterlagen über die Judenmaßnahmen des BdS Italien -. Dennoch vermitteln bereits diese wenigen Erlasse und Schreiben entscheidende Erkenntnisse über die deutschen Maßnahmen zur Lösung der Judenfrage in Italien. Denn mindestens die generellen Erlasse des AK Bologna gehen ihrerseits jeweils auf entsprechende generelle Erlasse des Judenreferates des BdS Italien in Verona an alle ihm unterstellten Außenkommandos zurück. Das folgt einmal bereits aus der Stellung der Außenkommandos als dem

LO 77 - BO(grün) 2093/42g(391)
Halbh. c - komplett

LO 64 - BO(h'blau)Reichsgebiet
Halbh. a-m (insbes. Halbh. a-Düssel-
dorf)
komplett

BdS Italien unterstellter und nach seinen Weisungen tätig werdender Behörden. Sie hatten keine andere Stellung als die Stapo(leit)stellen im Reichsgebiet im Verhältnis zum Reichssicherheitshauptamt in Berlin und die KdS-Dienststellen in den übrigen besetzten Gebieten im Verhältnis zum jeweiligen BdS. Die Judenmaßnahmen der Außenkommandos in Italien wurden insoweit nach den gleichen Grundsätzen abgewickelt wie die Judenmaßnahmen der Stapo(leit)stellen im Reichsgebiet: Das RSHA richtete jeweils Erlasse an die einzelnen Stapo(leit)stellen, bestimmte Judenmaßnahmen durchzuführen. Diese führten die jeweiligen Maßnahmen auf örtlicher Ebene durch, wozu sie sich in der Regel ihrer Außendienststellen oder auch anderer Behörden unterstützend bedienten. Dieses System ergibt sich beispielhaft für das Reichsgebiet aus dem die Deportation der Juden aus dem Reichsgebiet regelnden rekonstruierten Vorgang des "Eichmann-Referates" IV B 4 - 2093/42g (391) und den weitgehend erhaltengebliebenen Unterlagen über die daraufhin getroffenen Maßnahmen der örtlichen Stapo(leit)stellen und Außendienststellen. Besonders typisch sind die Unterlagen der Stapoleitstelle Düsseldorf,

LO 76-BO(grün) 3233/41g(1085)
Halbh. a-d - komplett

LO 67-BO(h'blau) Frankreich
Halbh. a-b - komplett

LO 68-BO(h'blau) Belgien
Halbh. a- komplett

LO 68-BO(h'blau) Niederlande
Halbh. d-f - komplett

weil deren Akten zum größten Teil erhalten geblieben sind. Für die besetzten Westgebiete ergibt sich das System ebenso eindeutig aus dem die Deportation der Juden aus den besetzten Westgebieten betreffenden rekonstruierten Vorgang des "Eichmann-Referates" IV B 4 - 3233/41g (1085) - in Verbindung mit den Unterlagen über die Tätigkeit der örtlichen Dienststellen (BdS, KdS) in Frankreich, Belgien und den Niederlanden. Die örtlichen Dienststellen wurden jeweils aufgrundentsprechender Grunderlasse der Zentralbehörden tätig.

Für die Judenmaßnahmen in Italien galt nichts anderes:

Die Außenkommandos durften jeweils nur tätig werden, wenn entsprechende Grunderlasse der Zentrale in Verona, also des Angeklagten, vorlagen. Dieser handelte seinerseits im Auftrage des "Eichmann-Referats" in Berlin. Denn er hatte bei seiner Entsendung nach Italien von Eichmann den grundsätzlichen Befehl erhalten, die Judenfrage in Italien durch Deportation aller in Betracht kommenden Juden zu lösen. Allerdings bekleidete der Angeklagte im Gegensatz zu den Judenreferenten der Stapo(leit)-stellen im Reichsgebiet und der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD etwa in den besetzten Westgebieten als Nachfolger Dannekers eine unabhängige Sonderstellung (vgl. dazu III 4 g cc, Seite 282-299 der Anklageschrift).

Für sein Verhältnis zu den ihm unterstellten Außenkommandos galten dagegen die oben dargelegten allgemeinen Regeln. Die aufgefundenen Erlasse des AK Bologna gehen demnach auf entsprechende Erlasse des Angeklagten (bzw., soweit sie vor Ende Januar 1944 ergingen, Dannekers) zurück. Das ergibt sich im übrigen auch - worauf im folgenden noch einzugehen ist - aus dem Inhalt einiger Erlasse.

Nach Verkündung des italienischen Gesetzes vom 30. November 1943 (vgl. S. 263, 264, 303 der Anklageschrift und S. 2 des Vermerkes vom 15. 10. 1971) erging am 1. Dezember 1943 der folgende Erlaß -Nr.5- des Innenministeriums der Regierung Mussolinis an die Chefs der "Freien Provinzen" (alle nachfolgend zitierten Dokumente in italienischer Sprache werden in der beglaubigten Übersetzung wiedergegeben):

LO 70 b - BO(h'blau)Italien

Halbh. g - Modena Bl. 1-3,
vgl. auch Bl. 9-10

Halbh. f - Bologna Bl. 44-48

"Nr. 5 = Zur sofortigen Ausführung wird der folgende Polizeierlaß mitgeteilt, der im gesamten Gebiet der dortigen Provinz anzuwenden ist. Erstens = Alle Juden, auch die diskriminierten, jedweder Staatsangehörigkeit sind, wenn sie im Staatsgebiet wohnhaft sind, in eigens für diese Zwecke eingerichtete Konzentrationslager zu überstellen. Ihr gesamtes bewegliches und unbewegliches Vermögen ist sofort zu beschlagnahmen in der Erwartung, daß es zu Gunsten der Italienischen Sozialistischen Republik eingezogen wird, die es an Bombengeschädigte verteilen wird.

Zweitens. Alle aus einer Mischehe stammenden, die ihre Anerkennung der Zugehörigkeit zur arischen Rasse erhalten hatten, wie es die geltenden italienischen Gesetze vorsehen, sind einer besonderen Überwachung durch Polizeiorgane zu unterstellen. In der Zwischenzeit sind Juden in Konzentrationslager der Provinzen zusammenzuziehen in der Erwartung, in besondere, hierfür eigens eingerichtete Konzentrationslager überstellt zu werden.

Der Minister des Inneren
Buffarini"

Dieser Erlass wurde am 2. und 3. Dezember 1943 den verschiedenen Quästuren bekanntgegeben. Die Präfektur Bologna wies dabei die Quästur Bologna an, sich "bezüglich der Verhaftung von Juden und ihrer anschließenden Überführung in die Konzentrationslager mit den deutschen Polizeidienststellen abzusprechen".

LO 70 b - BO(h'blau) Italien
Halbh. g - Modena Bl. 4 - 6

Am 10. Dezember 1943 erging dann der bereits vorliegende Erlass des italienischen Innenministeriums, der Mischlinge, Mischehenpartner, alte und schwerkranke Juden privilegierte (vgl. S. 2-3 des Vermerkes vom 15. 10. 1971).

Im Anschluß an die Besprechung vom 4. Dezember 1943 zwischen von T h a d d e n , dem Angeklagten und D a n n e c k e r in Berlin war dieser offensichtlich mit der Weisung versehen nach Italien zurückgereist. (vgl. hierzu S. 263-277 der Anklageschrift), das Ergebnis der diplomatischen Interventionen bei der Regierung Mussolinis zur Erreichung italienischer Unterstützung nicht abzuwarten, sondern bereits zu versuchen, auch über die Dienststellen der Deutschen Sicherheitspolizei in Italien zu beginnen, aufgrund des italienischen Gesetzes vom 30. November 1943 auf örtlicher Ebene die Italiener zur Unterstützung der geplanten deutschen Judenmaßnahmen heranzuziehen, um die für später geplante systematische Deportation vorzubereiten. Das Auswärtige Amt in Berlin wurde über dieses Vorgehen nicht einmal unterrichtet. Vermutlich befürchtete das "Eichmann-Referat", daß das Auswärtige Amt dieses Vorgehen als Verletzung der Vereinbarung vom 4. Dezember 1943 ansehen und als Störung der diplomatischen Interventionen auffassen könnte.

Schon kurz nach seiner Rückkehr erteilte D a n n e c k e r die Weisung, an die örtlichen italienischen Dienststellen heranzutreten, um sie zur Festnahme und teilweise auch schon zur Überstellung von

LO 70 b - BO(h'blau) Italien
Halbh. f - Bologna Bl.49-51

Juden zu veranlassen. Das ergibt sich aus zwei Erlassen des AK Bologna - IV-38/43 - vom 20. Dezember 1943 an die Quästuren in Bologna und Modena. Der Erlaß an die Quästur Bologna lautet wie folgt:

"Betrifft: Überstellung von Juden.

Vorgang: Mündl. Besprechung
v. 10.12.1943.

Unter Bezugnahme auf die mündliche Besprechung vom 10.12.1943 bitte ich um Überstellung, der aufgrund der italienischen Verordnung festgenommenen Juden in folgenden Fällen:

1. Volljuden, die mit einem Juden verheiratet sind. In diesen Fällen ist die gesamte Familie ohne Rücksicht auf das Alter oder auf Krankheiten festzunehmen und mir zu überstellen. Juden mit der Staatsangehörigkeit von Spanien, Portugal, Schweiz, Ungarn, Rumänien, Schweden, Finnland und der Türkei sowie von Argentinien sind nicht festzunehmen, sondern mir nur namentlich unter genauer Angabe ihres jeweiligen Aufenthaltsortes zu melden. Die festzunehmenden und mir zu überstellenden Juden haben warme Kleidung, haltbare Verpflegung für etwa 10 Tage sowie sämtliches Bargeld und Wertsachen mitzubringen. Das restliche Vermögen wird zur Verwertung der italienischen Polizei überlassen.
2. Volljuden mit der Staatsangehörigkeit der Feindstaaten sind mir gleichfalls zu überstellen. In diesen Fällen übernimmt meine Dienststelle die Sicherstellung des gesamten beweglichen und unbeweglichen Vermögens.
3. Nach deutscher Rechtsauffassung gilt als Jude derjenige, der von mindestens drei volljüdischen Großelternteilen abstammt oder als Mischling I. Grades (Halbjude) der jüdischen

Religion angehört. Demnach sind auch solche jüdischen Personen festzunehmen und mir zu überstellen, die nach den bisherigen italienischen Gesetzen eine Ausnahmestellung einnehmen und als Arier gelten.

Die aufgrund dieser Verfügung festgenommenen Juden bitte ich mir jeweils zum 1. und 15. jeden Mts. zu melden. Den Abtransport der Festgenommenen übernimmt meine Dienststelle im Einvernehmen mit der Dienststelle des Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des SD. in Italien, Dienstsitz Verona."

Der Erlass ergibt, daß das AK Bologna schon am 10. Dezember 1943 an die Quästur Bologna herangetreten war und nunmehr um Überstellung der Juden zwecks Abtransportes ersuchte. Der Abtransport sollte vom BdS Italien in Verona, also von D a n n e c k e r , organisiert werden. Das Vorgehen Danneckers zeigt, daß der Radikalvorschlag des Angeklagten, den er in der Besprechung vom 4. Dezember 1943 gemacht hatte, keineswegs aufgegeben war, sondern auf örtlicher Ebene weiterverfolgt wurde. Bemerkenswert sind auch Form und Diktion der Erlasse vom 20. Dezember 1943, die die rechtlich unabhängigen Behörden des nach außen souveränen italienischen Staates wie weisungsabhängige Befehlsempfänger der deutschen Sicherheitspolizei behandeln.

LO 70 b - BO(h'blau) Italien
Halbh. g - Modena Bl. 7-8

In dem Erlass an die Quästur in Modena heißt es:

"Betrifft: Überstellung der aufgrund der italienischen Verordnung vom 30.11.1943 festgenommenen Juden an die Deutsche Sicherheitspolizei, Aussenkommando Bologna.

Vorgang: ohne

Die aufgrund der italienischen Verordnung vom 30.11.1943 festzunehmenden Juden sind grundsätzlich mir zu überstellen, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

1. Der Festgenommene muss Volljude sein, das heisst, er muss von mindestens drei volljüdischen Grosselternteilen abstammen oder als Mischling 1. Grades (Halbjude) der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört.
Juden, die nach den bisherigen italienischen Rassegesetzen als Arier gelten, sind trotzdem festzunehmen, wenn sie nach vorstehendem Absatz nach deutscher Rechtsauffassung als Juden angesehen werden.
2. Der festgenommene Jude muss mit einer Jüdin in Ehegemeinschaft leben, darf also nicht eine Arierin geheiratet haben.
3. Juden mit der Staatsangehörigkeit von Spanien, Portugal, Schweiz, Ungarn, Rumänien, Schweden, Finnland, Türkei und Argentinien sind nicht meiner Dienststelle zu überstellen, sondern nur namentlich unter genauer Angabe des Geburtsdatums, des Geburtsortes sowie der genauen Anschrift zu melden.
4. Volljuden, die aus politischen Gründen in Haft genommen werden, sind mir grundsätzlich zu überstellen, auch dann, wenn sie nach Ziffer 3 im Rahmen der laufenden Judenaktion nicht festzunehmen sind. In diesen Fällen gelten die allgemeinen polizeilichen Bestimmungen über die Festnahme von Personen.

Die mir zu überstellenden Juden sind berechtigt, sich mit ausreichender warmer Bekleidung (höchstens 15 kg) sowie mit ihrem gesamten Barvermögen und ihren Wertsachen zu versehen.

Von einer sofortigen Überstellung der Juden nach der Festnahme bitte ich jedoch Abstand zu nehmen, sondern mir vorerst nur einen Festnahmebericht zu übersenden und dann weitere Weisungen abzuwarten.

Ich weise abschliessend darauf hin, dass die Sicherstellung des Vermögens der Juden mit der Staatsangehörigkeit eines Feindstaates grundsätzlich von mir durchgeführt wird. Soweit noch irgendwelche Unklarheiten bestehen in der Behandlung der Juden bitte ich den zuständigen Sachbearbeiter der dortigen Questura zu meiner Dienststelle zu einer Rücksprache zu entsenden."

Bemerkenswert ist, daß dieser Er-
laß, anders als der an die Quästur
Bologna gerichtete, lediglich vor-
bereitenden Charakter hatte, heißt
es darin doch, daß von einer sofor-
tigen Überstellung abzusehen und nur
Festnahmeberichte zu übersenden sei-
en. Daraus ergibt sich, daß Dannecker
organisatorisch noch nicht imstande
war, eine größere Anzahl von Juden
zu konzentrieren. Beide Erlasse
zeigen, daß Dannecker - oder seine
Mitarbeiter (vgl. S. 277, 283-287,
303-308 der Anklageschrift) -
im Anschluß an die Besprechung mit
dem Angeklagten und von Thadden be-
gann, die Endlösung in Italien vor-
zubereiten. Die Tatsache, daß die
beiden Erlasse nicht - wie später
zur Zeit des Angeklagten - als
Runderlasse abgefaßt waren und

inhaltlich voneinander abweichen, beleuchtet die mangelnden organisatorischen Fähigkeiten Danneckers und seiner Untergebenen im Vergleich zu dem Angeklagten. Besonders bemerkenswert erscheint auch der Umstand, daß nur in dem Erlaß an die Quästur Modena - im Gegensatz zu dem an die Quästur Bologna - die mit "Ariern" verheirateten Juden besonders angesprochen werden. Die Erlasse des AK Bologna gehen, wie oben dargelegt, auf entsprechende Weisungen Danneckers an das AK zurück. Auch dem AK Mailand muß er gleichlautende Weisungen erteilt haben, die die Grundlage für die Zusammenstellung des Transportes vom 30. Januar 1944 (vgl. S. 305 - 308 der Anklageschrift) gebildet haben dürften.

Inwieweit der Angeklagte bereits in dieser Zeit persönlich in die angelaufenen Endlösungsmaßnahmen in Italien eingeschaltet war, ergibt sich aus den bisher erfaßten Unterlagen nicht.

Die italienischen Behörden gingen davon aus, daß die zu internierenden Juden in Italien verblieben, wie der Erlaß des italienischen Innenministeriums Nr. 123 vom 29. Dezember 1943 belegt:

LO 70 b - BO(h'blau) Italien
Halbh. g - Modena Bl. 9-10

"Die gegen Juden erlassenen polizeilichen Bestimmungen vom 1. des Monats Nr. 5 sind nicht durch die mit Telegramm des Chefs der Polizei erlassenen Weisungen geändert worden. Letztere haben den

Charakter von Ausführungsbestimmungen und dienen dazu, die Überstellung der Juden in Konzentrationslager nach und nach vorzunehmen in Erwartung der Notwendigkeit, die Unterkünfte nach ihren hygienischen und bestimmungsmäßigen Funktionen herzurichten."

Ein weiterer Erlass des italienischen Polizeichefs im Innenministerium
T a m b u r i n i - Nr. 416 - vom
22. Januar 1944 lautet:

LO 70 b -BO (h'blau) Italien
Halbh. g - Modena Bl. 11-12

"Es wird gebeten, mit den örtlichen Deutschen Behörden Übereinkunft zu erzielen, denen die vom Duce erteilten Weisungen zu erläutern sind. Lassen Sie demzufolge alle Juden, auch die diskriminierten, in das Konzentrationslager zusammenführen. Teilen Sie die erzielten Übereinkünfte mit."

Da dieser Erlass offenbar nicht deutlich genug die italienischen Intentionen zum Ausdruck brachte, was diese alsbald merkten, wurde er bereits einen Tag später, am 23. Januar 1944, von T a m b u r i n i wie folgt ergänzt:

LO 70 b -BO (h'blau) Italien
Halbh. g - Modena Bl. 14-15

"An die Chefs der Provinzen
des Freien Italiens

No. 1412/442 Unter Hinweis auf die vorangegangenen Weisungen wird mitgeteilt, daß italienische und ausländische Volljuden in Konzentrationslager einzuweisen sind. Deutsche Zentraldienststellen werden um Weisungen dahingehend angesprochen werden sicherzustellen, daß die Juden in italienischen Lagern verbleiben. Die Maßnahmen sind jedoch vorerst für Mischehen suspendiert. Hinsichtlich des beweglichen und un-

beweglichen Vermögens werden auf Veranlassung des Finanzministers entsprechende Regelungen erlassen werden.

Chef der Polizei - Tamburini"

Der Hinweis auf die italienischen Bemühungen, bei den deutschen "Zentralstellen" sicherzustellen, daß die internierten Juden in italienischen Lagern bleiben, zeigt deutlich, was die Italiener befürchteten und was sie deshalb zu vermeiden suchten. Als "deutsche Zentralstellen" kommen nach den Gesamtumständen außer dem BdS Italien nur - und allenfalls - das Eichmann-Referat und das Auswärtige Amt in Berlin in Betracht.

LO 70 b - BO(h'blau) Italien
Halbh. f - Bologna Bl. 52-63

Unter Berufung auf den Erlass vom 23. Januar 1944 bat die Quästur Parma Anfang Februar 1944 telegrafisch die Quästur Bologna, beim AK Bologna festzustellen, ob dessen Erlass vom 20. Dezember 1943 noch gültig sei. Dies zeigt, daß auch Parma den Erlass vom 20. 12. 1943 - vermutlich in ähnlicher Fassung wie die Quästur Modena - erhalten hatte und daß man in Parma der Meinung war, die Juden, deren Verzeichnisse vom AK Bologna angefordert worden waren, sollten nach Deutschland gebracht werden (womit man in Parma offensichtlich nicht einverstanden war). Die Quästur Bologna fragte am 14. Februar 1944 beim AK Bologna entsprechend an

und erhielt die Auskunft, daß nur ein Verzeichnis der Juden angefordert werde, die nach Fossoli zu überstellen seien (die Überstellung war also noch nicht erfolgt!). Nachdem dies am 15. Februar 1944 der Quästur Parma von der Quästur Bologna mitgeteilt worden war, fragte jene - offensichtlich nicht zufrieden gestellt - am 24. Februar 1944 wie folgt erneut bei der Quästur Bologna an:

LO 70 b - BO(h'blau) Italien
Halbh. f - Bologna Bl. 59-60

"Hiesige Dienststelle bittet aus Zweckmäßigkeitsgründen um Aufschluß, ob sich die Deutsche Militärdienststelle in Via Albergati 6 immer noch für die mit Rundschreiben Nr. IV - 38/43 vom 20. Dezember 1943 angeforderten Verzeichnisse interessiert, nachdem das Innenministerium mit telegraphischem Rundschreiben Nr. 1412/442 vom 23. Januar 1944 unter anderem mitgeteilt hat, "deutsche Zentralbehörden werden um Weisungen dahingehend angesprochen, den Verbleib der Juden in italienischen Lagern sicherzustellen." Ich bitte ferner um Klärung betreffend Überstellung von Juden in das Konzentrationslager Carpi; bisher ist hier keine Weisung eingegangen."

Die Quästur Bologna antwortete am 3. März 1944 der Quästur Parma mit folgenden Ausführungen:

LO 70 b - BO(h'blau) Italien
Halbh. f - Bologna Bl. 61-63

"Hinsichtlich der Verhaftung von Juden und ihrer anschließenden Überstellung in Konzentrationslager hält sich die hiesige Dienststelle an die vom vorgesetzten Ministerium in den telegraphischen Rundschreiben, zuletzt vom

23. 1. 44 Nr. 1412.442, erteilten Weisungen. Die Einweisung in das Konzentrationslager Fossoli bei Carpi ist von der örtlichen Deutschen SS.-Dienststelle angeordnet worden, da das Innenministerium nicht das Ergebnis der getroffenen Vereinbarungen mit den deutschen Zentralbehörden mitgeteilt hat. Ausserdem wird hervorgehoben, daß diese Dienststelle, wenn die Verhaftung eines Juden schon durchgeführt wurde, dessen Überführung in das oben angegebene Lager in Begleitung von Beamten anordnet und veranlaßt, daß aufgrund der getroffenen Vereinbarungen monatlich der S.S.-Dienststelle die Zahlen und Personalien der dorthin überführten Juden mitgeteilt werden.

Diese Sammelmitteilungen müssen bis zum 24. eines jeden Monats vorgenommen worden sein."

Diese Korrespondenz zwischen den Quästuren Bologna und Parma zeigt deutlich die ablehnende Haltung der italienischen Dienststellen gegenüber den deutschen Judenmaßnahmen. In ihr kommt jedoch auch die Unsicherheit der Italiener gegenüber den Dienststellen des BdS Italien zum Ausdruck, die offensichtlich auf die tatsächlichen Machtverhältnisse (d.h. den Umstand, daß letztlich die deutschen Dienststellen der Sicherheitspolizei bestimmten) zurückzuführen ist.

Die Erlasse der italienischen Regierung vom 22. und 23. Januar 1944 sowie die aufgrund dieser Erlasse von italienischen Dienststellen (etwa von Parma) erhobenen Einwände führten offenbar zur Einberufung

einer Besprechung aller Quästoren des Bereichs Emilia am 25. Februar 1944 beim AK Bologna. Ob ähnliche Besprechungen auch im Befehlsbereich anderer Außenkommandos stattfanden, kann dokumentarisch nicht belegt werden; eine hohe Wahrscheinlichkeit spricht jedoch dafür.

LO 70 b - BO(h'blau) Italien
Halbh. g - Modena Bl. 17-18

Der Quästor von Modena sah sich nach der Besprechung vom 25. Februar 1944 beim AK Bologna zu folgendem, am 27. 2. 1944 verfaßten und am 29. 2. 1944 abgegangenen Schreiben an das AK Bologna veranlaßt:

"Unter Bezugnahme auf die Vereinbarung in der Sitzung der Quästoren für den Raum Emilia, die am 25. des Monats bei der dortigen Dienststelle abgehalten worden ist, wird mitgeteilt, daß die hiesige Dienststelle gemäß ministeriellen Erlasses bezüglich Maßnahmen gegen Juden die Verhaftung und anschließende Internierung der wenigen in hiesiger Provinz wohnhaften Juden aus Mischehen (ein arischer und ein katholischer Ehegatte) sowie der Volljuden, die wegen ihres Alters (über 70 Jahre alt) und schlechten physischen und psychischen Gesundheitszustandes gezwungen sind, in ihren Wohnungen zu leben, aufgeschoben hat. Die Vorgenannten wurden und werden jedoch von Polizeiorganen gebührend überwacht. Dies vorausgeschickt wird um Mitteilung gebeten, ob die Vorgenannten aus dem öffentlichen Leben herauszunehmen und in Konzentrationslagern zu internieren sind."

Offensichtlich war man sich in Modena nicht sicher, ob die Vereinbarung der Quästoren vom 25. Februar 1944 von den Deutschen respektiert werden würde. Wann das Schreiben vom 27. Februar 1944 beim AK Bologna einging, ist nicht festzustellen.

LO 70 b - BO(h'blau) Italien
Halbh. f - Bologna Bl. 64
Halbh. g - Modena Bl. 20-21

Das AK Bologna seinerseits gab im Anschluß an die Besprechung vom 25. Februar 1944 am 3. März 1944 - wiederum unter dem Aktenzeichen IV - 38/43 - folgenden Runderlaß heraus:

"An den
Herrn Questore,
in B o l o g n a ,
in F o r l i ,
in R a v e n n a ,
in F e r r a r a ,
in M o d e n a ,
in Reggio-Emilia,
in P a r m a ,
in P i a c e n z a .

Betrifft: Judenfrage.

Vorgang: Mein Schr.v. 20.12.43
-Tgb.Nr. IV 38/43-

Aufgrund der Besprechung am 25.2.44 auf meiner Dienststelle, an der alle Questoren des Bereichs Emilia teilnahmen, sind jetzt Unklarheiten über die Behandlung der Juden aufgetaucht. Ich weise deshalb nochmals auf mein Schreiben vom 20.12.1943 hin, das auch heute noch volle Gültigkeit besitzt. Die unter Ziffer 3) dieses Schreibens aufgeführten Juden mit der Staatsangehörigkeit neutraler oder befreundeter Länder sind deshalb nicht für meine Dienststelle festzunehmen, sondern nur listenmäßig zu erfassen und zu überwachen. Eine Ausnahme stellen

jetzt aber die Juden mit argentinischer Staatsangehörigkeit dar. Diese sind ebenfalls festzunehmen und ihr Vermögen sicherzustellen.

Falls von dem zuständigen italienischen Ministerium auch die Festnahme dieser Juden angeordnet wurde, so habe ich dagegen keine Bedenken. Die aufgrund dieser etl. Anordnung festgenommenen Juden sind dann jedoch nicht für meine Dienststelle festzunehmen, sondern für das zuständige italienische Amt. Ich bitte, zukünftig entsprechend zu verfahren."

Da in diesem Erlaß ausdrücklich von "aufgetauchten Unklarheiten" die Rede ist, ist es sicher, daß die italienischen Bedenken gegen die deutschen Judenmaßnahmen vorgetragen wurden. Das zeigt auch das Schreiben des Quästors von Modena vom 27. 2. 1944 an das AK Bologna. Ebenso ist es sicher, daß der Runderlaß auf einem entsprechenden vorherigen Erlaß des Angeklagten an das AK Bologna (und die übrigen Außenkommandos) beruht. Zusätzlich zu den oben dargelegten allgemeinen Erwägungen ergibt sich das schon aus dem Umstand, daß der bezogene Erlaß vom 20. 12. 1943 hinsichtlich der Festnahme von Juden mit argentinischer Staatsangehörigkeit erweitert wird. Diese Änderung beruht ihrerseits auf dem Erlaß des Eichmann-Referates - IV B 4 - 2314/43g (82) - vom 27. Januar 1944, der u.a. an alle Befehlshaber

LO 79 - BO(grün) 2314/43g(82)
Halbh. d - 27.1.44

der Sicherheitspolizei und des SD, also auch an den BdS Italien in Verona gerichtet war. Da dieser Er-
laß des RSHA nur an die jeweiligen Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in den verschiedenen Ländern und nicht an die diesen unterstellten Dienststellen (KdS, Außenkommandos) gerichtet war und außerdem dem Inhalt nach Judenangelegenheiten betrifft, muß er zunächst beim BdS Italien dem für Judenangelegenheiten allein zuständigen Angeklagten vorgelegt worden sein. Der Erlass ging als Fernschreiben in Paris am 28. Januar 1944 ein. Etwa am selben Tage dürfte er auch dem BdS Italien zugegangen sein. Der Angeklagte muß ihn also entweder kurz nach seiner Ankunft in Verona vorgelegt erhalten oder dort auf seinem Schreibtisch bei seiner Ankunft zur Bearbeitung vorgefunden haben (wenn er ihn nicht sogar aus Berlin persönlich mitgebracht hat). Nur der Angeklagte kann es also gewesen sein, der die Erlassbestimmungen seinerseits an die Außenkommandos, u. a. an das AK Bologna weitergegeben hat. Außerdem spricht auch die Form des Erlasses des AK Bologna als Runderlaß für eine entsprechende Anordnung der Zentrale in Verona, weil diese Form ausweist, daß sich alle Quästoren im jeweiligen Befehlsbereich aller Außenkommandos nach den Erlassbestimmungen zu richten hatten. Der Umstand, daß die italienischen

Quästoren durch den Erlass wie weisungsunterworfenen Dienststellen der deutschen Sicherheitspolizei behandelt wurden, macht im übrigen die tatsächlichen damaligen Machtverhältnisse in Italien überdeutlich. Schließlich zeigt auch der Hinweis auf Anordnungen des zuständigen italienischen Ministeriums, daß die italienischen Ministerialerlasse dem Angeklagten in Verona und seinen Untergebenen bekannt waren.

Im Anschluß an die Besprechung vom 25. Februar 1944 muß auch erneut das italienische Innenministerium eingeschaltet worden sein. Ob es direkt nach der Besprechung informiert oder ob es erst auf den Rund-erlass vom 3. März 1944 (der in Modena allerdings erst am 9. 3. 1944 einging) hin tätig wurde, ist zwar nicht festgestellt worden. Am 7. März 1944 jedenfalls gab das Ministerium den Erlass Nr. 3968/442 heraus, der in dem Vermerk vom 15. Oktober 1971, Blatt 3, wörtlich niedergelegt ist. Die neuen Dokumente aus Modena stellen nunmehr klar, daß das Erlassdatum der 7. März 1944 war, während der 8. März 1944 das Datum der telegrafischen Übermittlung ist.

Schon am 10. März 1944 übersandte der Quästor von Modena den Erlass vom 7. 3. 1944 nebst deutscher Übersetzung dem AK Bologna unter Bezugnahme auf sein Schreiben an das

LO 70 b - BO(h'blau) Italien
Halbh. g - Modena Bl. 20

LO 70 b - BO(h'blau) Italien
Halbh. g - Modena Bl. 22-28

LO 70 b - BO(h'blau) Italien
Halbh. g - Modena Bl. 30-31

AK Bologna vom 27. Februar 1944,
obwohl am Tage zuvor der. - in dem
Schreiben vom 10. 3. 1944 gar nicht
erwähnte - Runderlaß vom 3. 3. 1944
eingegangen war.

Dieser konsequente italienische Wider-
stand gegen die deutschen Juden-
maßnahmen veranlaßte den Angeklagten,
über seine Außenkommandos einen
neuen Runderlaß herauszugeben, der
- unter Bezugnahme auf die Erlasse
vom 20. 12. 1943 und 3. 3. 1944
sowie einen weiteren, bisher nicht
aufgefundenen Erlaß vom 2. 2. 1944 -
IV 275/44 - die bisherigen Be-
stimmungen in wesentlichen Punkten
änderte und dessen Radikalität in
Diktion und Inhalt kaum zu über-
bieten sein dürfte. Er lautet
- in der vom Außenkommando Bologna
unter dessen Endlösungs-Aktenzei-
chen IV - 38/43 - herausgegebenen
Fassung - wie folgt:

LO 70 b - BO(h'blau) Italien
Halbh. g - Modena Bl. 34-36

"An die
Questur,
in Bologna,
in Forli,
in Ravenna,
in Ferrara,
in Modena,
in Parma,
in Reggio-Emilia,
in Piacenza.

Betrifft: Festnahme von Juden
Vorgang: Hies. Schr. v. 20. 12. 1943
B.Nr. IV 38/43 und vom
2. 2. 1944 B.Nr. IV 275/44
und v. 3. 3. 1944 Tgb. Nr.
IV 38/43.

In Änderung meiner bisherigen
Schreiben ordne ich für die Be-
handlung der im italienischen
Raum wohnhaften oder ergriffenen

Juden folgendes an:

- 1.) Alle festgestellten Juden, die nicht mit einer Arierin verheiratet sind, also nicht in einer Mischehe leben, sind ohn- auf Staatsangehörigkeit, Alter und Gesundheitszustand dem Konzentrationslager Fossoli di Carpi zu überstellen.
- 2.) Nach deutscher Rechtsauf- fassung gilt als Jude:
 - a) Personen, die von minde- stens drei volljüdischen Großelternteilen abstam- men.
 - b) Halbjuden (mit zwei jüdi- schen Grosselternteilen), wenn sie der jüdischen Re- ligionsgemeinschaft ange- hören oder mit einem Voll- juden oder eine Volljüdin verheiratet sind.
 - c) Personen, die nicht der jüdischen Rasse angehören, aber der jüdischen Rele- gionsgemeinschaft ange- hören und sich damit zum Judentum bekannt haben.
- 3.) Die augenblickliche Religions- zugehörigkeit des betreffenden Juden ist unberücksichtigt zu lassen. So ist ein Volljude, der schon seit der Geburt der katholischen Relegionsgemein- schaft angehört, trotzdem Jude. Die Religionszugehörig- keit ist nicht entscheidend, sondern die Blutszugehörigkeit
- 4.) Die nach dem bisherigen ita- lienischen Recht eine Sonder- stellung einnehmenden dis- kreminierten Juden sind gleichfalls festzunehmen und als Volljuden nach deutschem Rasserecht zu behandeln.
- 5.) Die bisherige Ausnahmerege- lung für die Juden mit der Staatsangehörigkeit neutraler oder befreundeter Staaten fällt zukünftig weg.
- 6.) Alle festgenommenen, einschl. aller Familienangehörigen, sind unverzüglich dem Kon- zentrationslager Fossoli b. Carpi direkt zuzuführen.

Bis zum Freitag jeder Woche ist mit durch Fernspruch oder Telegramm die Zahl der im Laufe der Woche festgenommenen Juden, getrennt nach Männern, Frauen und Kindern zahlenmässig zu melden.

Die Meldung mit genauer Angabe der Personalien ist unverzüglich schriftlich nachzuholen. Ich bitte, den gestellten Termin für die zahlenmässige Meldung unbedingt einzuhalten, da ich meiner vorgesetzten Dienststelle entsprechende Meldung vorzulegen habe.

- 7.) Jüdische Mischlinge, d.h. Halbjuden (mindestens zwei jüdische Grosselternteile) und Vierteljuden (mindestens einen jüdischen Grosselternteil) sind im Rahmen dieser Judenaktion nicht festzunehmen. Soweit sie jedoch nach italienischem Rasserecht als Volljuden anzusehen sind, bestehen keine Bedenken, wenn sie entsprechend behandelt werden. Falls derartige Mischlinge mit deutscher Staatsangehörigkeit festgenommen werden, ist mir sofort unter genauer Angabe der Personalien schriftlich Bericht zu erstatten.
- 8.) Volljuden, die in Mischehe leben (also mit einer Arierin oder einem Arier verheiratet sind), sind schärfstens zu überwachen und nach Anlegung des schärfsten Masstabes sofort festzunehmen, wenn sie irgendwie politisch oder kriminell nachteilig in Erscheinung treten.
- 9.) Das jüdische bewegliche und unbewegliche Vermögen interessiert meine Dienststelle nur dann, wenn es sich Judenvermögen handelt, deren Eigentümer die Staatsangehörigkeit der Feindstaaten besitzen. Im übrigen bitte ich, entsprechend der von dem italienischen Innenministerium erlassenen Richtlinien zu verfahren.
- 10.) Falls feindstaatliches Judenvermögen erfasst wird, bitte ich mir eine genaue Vermögensauf-

stellung herzureichen und gleichzeitig anzugeben, in welcher Art und Weise die Sicherstellung erfolgte. Ich behalte mir vor, einen geeigneten Treuhänder als Vermögensverwalter einzusetzen.

- 11.) Mit der Bearbeitung der Judenangelegenheiten bitte ich einen leitenden Beamten Ihrer Dienststelle zu beauftragen. Darüberhinaus bitte ich die Herren Questoren, sich dieser Angelegenheit wegen ihrer Wichtigkeit persönlich weitgehendst zu widmen. Irgendwelche Unklarheiten bitte ich durch schnellste Rückfrage zu klären.

Abschliessend weise ich darauf hin, dass dieses Schreiben als " G e h e i m " zu behandeln ist und von den Herren Questoren persönlich unter Verschluss zu halten ist. Eine schriftliche Weitergabe an unterstellte Dienststellen ist nicht statthaft."

Daß dieser Runderlaß auf die Anordnung des Angeklagten zurückgeht, wird zusätzlich zu dem oben erörterten allgemeinen Erwägungen nicht nur durch seine außerordentliche Bedeutung, sondern auch durch seinen Inhalt belegt. Denn die Bestimmung (Nr. 6), daß die wöchentlichen Festnahmemeldungen bis jeweils zum Freitag durch "Fernspruch" oder Telegramm zu erstatten und die Termine unbedingt einzuhalten seien, wird ausdrücklich damit begründet, daß das AK Bologna seinerseits seiner "vorgesetzten" Dienststelle entsprechende Meldung vorzulegen habe". Die vorgesetzte Dienststelle war jedoch mit dem Angeklagten identisch. Nur er konnte auch entsprechende Anordnungen treffen.

Daß der Erlaß des AK Bologna die Abschrift eines an ihn gerichteten entsprechenden Erlasses des Angeklagten gewesen ist, folgt weiterhin daraus, daß bei der Abschrift in Bologna recht nachlässig verfahren wurde und auf Seite 1 unter Nr. 1 des Erlasses in der zweiten Zeile am Ende das Wort "Rücksicht" vergessen wurde, wodurch der abgeschriebene Satz im Erlaß des AK seinen Sinn verlor. Vor allem aber lag dem Erlaß des AK Bologna ein entsprechender Erlaß des Angeklagten an das AK aus folgenden Erwägungen zugrunde:

Nr. 5 des Erlasses des AK sieht vor, daß die bisherige Ausnahmeregelung für die Juden mit der Staatsangehörigkeit neutraler oder befreundeter Staaten zukünftig wegfällt. Diese Bestimmung kann nur auf einer entsprechenden Weisung des Angeklagten an das AK beruhen. Denn er hatte seinerseits im Februar 1944 vom Eichmann-Referat aus Berlin eine diesbezügliche Weisung erhalten. Das ergibt sich aus dem Schreiben des Eichmann-Referates vom 29. Februar 1944 - IV B 4 2314/43g(82) - an das Auswärtige Amt, z. Hd. von T h a d d e n 's. Darin heißt es:

LO 79 - BO(grün) 2314/43g(82)
Halbh. c - 29. 2. 1944

"Die in Griechenland aufhältlichen Juden ausländischer Staatsangehörigkeit haben von den Dienststellen der Sicherheitspolizei keine Aufforderung erhalten, in ihre Heimatländer zurückzukehren. Wie von dort angeregt wurde, haben die Be-

fehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Athen und Verona die Weisung erhalten, Juden mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die für eine Rückkehr in ihre sogenannten Heimatländer infrage kommen, nach dem Aufenthaltslager Bergen-Belsen zu leiten, von wo aus sie nach Überprüfung ihrer Heimatberechtigung in die entsprechenden Heimatländer transportiert werden."

Nr. 9 des Erlasses des AK Bologna enthält einen ausdrücklichen Hinweis auf die Richtlinien des italienischen Innenministeriums. Auch daraus ergibt sich die entsprechende Kenntnis des Angeklagten. Trotz der weitreichenden Festnahmeanordnungen - u. a. Alte, Kranke und nunmehr alle ausländischen Staatsangehörigen werden jüdische Mischehenpartner sowie Mischlinge weiterhin ausgenommen. Die zu diesem Zeitpunkt schon bestehende und weiterhin aufrechterhaltene Inhaftierung zahlreicher Personen aus dieser Gruppe in Fossoli (vgl. Seite 8-11 des Vermerkes vom 15. 10. 1971) verstieß demnach gegen den Erlaß vom 4. April 1944, wenngleich Angehörige dieser Gruppe "schärfstens" überwacht und nach Anlegung des schärfsten Maßstabes sofort festgenommen werden sollten, wenn sie u. a. "irgendwie politisch nachteilig in Erscheinung " träten. Auch diese Bestimmungen zeigen deutlich die Intentionen des Angeklagten hinsichtlich der genannten Gruppe, die er dann bei der Auflösung des Lagers Fossoli in die Tat umsetzte. Kaum noch zu über-

bieten und geradezu unverschämt erscheint die Bestimmung Nr. 11 des Erlasses, die in den internen Dienstbetrieb der Italiener bis hin zum Quästor persönlich eingreift und offen zum Ausdruck bringt, daß man die Italiener für unzuverlässig hält. Zugleich macht dieser Passus deutlich, daß man die ablehnende Haltung der italienischen Behörden gegenüber den deutschen Judenmaßnahmen genau kennt.

Bezeichnend für die unterschiedliche Einstellung der deutschen und italienischen Dienststellen in der Behandlung der Judenfrage ist das Schreiben des AK Bologna vom 17. März 1944 - IV 1212/44 - an die Quästur Bologna:

LO 70 b - BO(h'blau) Italien
Halbh. f - Bologna Bl. I

"Betrifft: Überprüfung der Anstaltsinsassen des Krankenhauses "Sant Orsola" in Bologna.

Vorgang: Ohne.

Wie hier bekannt wurde, sollen täglich mehrere Juden in das Krankenhaus "Sant Orsola" in Bologna eingeliefert werden, die sich unter dem Vorwand, in ärztlicher Behandlung zu stehen, der Festnahme und Einweisung in das Judenlager Carpi zu entziehen versuchen.

Unter Hinweis auf die dringend notwendige Lösung des Judenproblems in Italien, bitte ich von dort aus die Überprüfung aller in Krankenhauspflege befindlichen Insassen des Krankenhauses "Sant Orsola" auf ihre arische Abstammung zu überprüfen. Bei Feststellung von Juden oder jüdischen Mischlingen ist in Zusammenarbeit mit den behandelnden Ärzten die Überführungs-

möglichkeit in das Lager Carpi zu prüfen, bzw. die Überführung sofort durchzuführen. Bei Feststellung der Transportfähigkeit sind die schärfsten Maßstäbe anzulegen, nachdem die Überführung möglichst vieler Juden oder Mischlinge erreicht werden soll. Sollten sich Zweifel über die Abstammungsverhältnisse einzelner Juden ergeben, bitte ich um Benachrichtigung. Gleichzeitig bitte ich, die Feststellung der Rassezugehörigkeit in Anlehnung an die nach dort bekanntgegebenen deutschen Judengesetze vorzunehmen. Die im Rahmen dieser Aktion festgenommenen Juden oder Judenmischlinge sind unter gleichzeitiger Bekanntgabe der vollständigen Personalien nach hier zu melden."

LO 70 b - BO(h'blau) Italien
Halbh. f - Bologna Bl. 2-7

Diesem bei der Quästur Bologna am 19. 3. 1944 eingegangenen Ersuchen kam der Quästor erst am 10. Mai 1944 durch Weitergabe entsprechender Anordnungen nach. Im Zusammenhang mit den vorstehend erörterten Erlassen dagegen hatte die Quästur jeweils in kürzester Frist reagiert. Es scheint, daß die hier eingeschaltete Frist den Sinn hatte, in der Zwischenzeit den Betroffenen Gelegenheit zur Flucht zu verschaffen. Am 30. Mai 1944 antwortete der Quästor erst dem AK Bologna und teilte das - natürlich - negative Ermittlungsergebnis mit.

In der Zwischenzeit, am 11. Mai 1944, hatte das AK Bologna - nunmehr unter seinem Endlösungs-Aktenzeichen -IV 38/43 - den Quästor von Bologna (dort eingegangen am 13. Mai 1944) mit folgendem Schreiben gemahnt:

LO 70 b - BO(h'blau) Italien
Halbh. f - Bologna Bl. 8-9

"Betrifft: Überprüfung der Anstaltsinsassen des Krankenhauses Sant Orsola in Bologna.
Vorgang: Mein Schreiben vom 17.3.44 - Tgb.Nr.1212/44

In meinem Schreiben vom 17.3.44 teilte ich mit, dass nach den mir zugegangenen Mitteilungen im Krankenhaus Sant Orsola in letzter Zeit verschiedene Juden unter dem Vorwand, an einer schweren Krankheit zu leiden, Aufnahme gefunden haben. Ich bat gleichzeitig um Überprüfung der im Krankenhaus befindlichen Patienten auf ihre Rassezugehörigkeit. Da ich auf mein Schreiben bisher ohne Antwort geblieben bin, bitte ich nunmehr um Mitteilung, was bisher in dieser Angelegenheit veranlasst wurde."

Dieses Mahnschreiben erwähnt der Quästor bei seiner Antwort vom 30. Mai 1944 mit keinem Wort. Auf der vom Außenkommando Bologna mitgelieferten Übersetzung des Schreibens vom 11. Mai 1944 hatte er jedoch persönlich am 15. Mai 1944 folgenden Vermerk angebracht:

LO 70 b - BO(h'blau) Italien
Halbh. f - Bologna Bl. 9-11

"Endlich einmal antworten und nicht den Eindruck erwecken, daß es nicht funktioniert. Das ist doch nicht viel verlangt.
15.5.XXII Tebaldi"

Ein weiterer Vermerk auf diesem Dokument vom 16. 5. 1944 lautet:

"An die SS ist schon mündlich berichtet worden."

Nichts beleuchtet deutlicher die gegebene Situation als solche Schriftstücke.

Vorgänge wie die vorstehend geschilderten gaben Anlaß zu einem generellen Runderlaß, vom AK Bologna am 11. Mai 1944 erneut unter dem Aktenzeichen -IV 38/43- herauszugeben:

LO 70 b - BO(h'blau) Italien
Halbh. g - Modena Bl. 37

"An die
Q u e s t u r ,
in B o l l o g n a ,
in F o r l i ,
in R a v e n n a ,
in F e r r a r a ,
in M o d e n a ,
in R e g g i o / E m i l i a ,
in P a r m a ,
in P i a c e n z a .

Betrifft: Festnahme von Juden.
Vorgang: Mein Schr.v.4.4.1944
-Tgb.Nr.IV 38/43.

In gegebener Veranlassung weise ich darauf hin, dass bekannt geworden ist, dass viele flüchtige Juden unter dem Vorwand, an einer schweren und ansteckenden Krankheit zu leiden, in Krankenhäusern Unterschlupf gefunden haben. Andere geben sich als geisteskrank aus und lassen sich in eine Irrenanstalt einweisen. Es sind auch Fälle bekannt geworden, dass Juden in Klöstern Aufenthalt gefunden und sich dort monatelang versteckt gehalten haben. Um derartige Fälle nach Möglichkeit auszuschalten, bitte ich darum, dass alle Krankenhäuser dahingehend überprüft werden, ob Juden oder jüdische Mischlinge dort eingeliefert worden sind. Ebenso ist bei den Irrenanstalten zu verfahren. Alle so erfassten Juden sind mir unverzüglich namentlich unter Angabe des Krankheitszustandes zu melden. Gleichfalls bitte ich, die in Ihrem Bereich vorhandenen Klöster in geeigneter Weise zu überprüfen."

Der Umstand, daß dieser Runderlaß vom AK Bologna am gleichen Tage wie das Mahnschreiben betreffend S.Orsola - also doch die gleiche Angelegenheit und insoweit an dieselbe Adresse (Quästur Bologna) verfügt wurde, beweist zusätzlich zu den allgemeinen Erwägungen, daß der Runderlaß auf einen entsprechenden Erlaß des Angeklagten an das AK Bologna (und die anderen Außenkommandos) zurückgeht. Denn anderenfalls hätte der - später gefallene - Obersturmführer B i e b e r vom AK Bologna wegen der gleichen Angelegenheit sicherlich nicht zwei Schreiben an die gleiche Adresse (Quästur Bologna) gerichtet, sondern sie in einem Schreiben zusammengefaßt. Die schreibtechnischen Arbeiten für den Runderlaß (Abschrift des Grunderlasses des Angeklagten, Vervielfältigung usw.) nahmen auch soviel Zeit in Anspruch, daß der Runderlaß des AK Bologna vom 11. Mai 1944 offensichtlich später als das Mahnschreiben vom gleichen Tage abgesandt wurde und in Modena erst am 20. Mai 1944 einging. Läge dem Runderlaß vom 11. Mai 1944 kein entsprechender Erlaß des Angeklagten an das AK Bologna zugrunde, dann hätte Bieber mit Sicherheit mindestens für den gleichzeitigen Abgang beider dieselbe Sache betreffenden Schriftstücke gesorgt.

Grund für den Runderlaß (und den entsprechenden vorherigen Erlaß des Angeklagten an die Außenkommandos) dürfte die ihm gemeldete Häufung von Vorfällen wie den S. Orsola in Bologna

LO 70 b - BO(h'blau) Italien
Halbh. f - Bologna Bl. 12-13

LO 70 b - BO(h'blau) Italien
Halbh. f - Bologna Bl. 81-82

LO 70 b - BO(h'blau) Italien
Halbh. f - Bologna Bl. 83-107
insbes. Bl. 89

betreffenden gewesen sein.

Die - negative - Antwort des Quästors von Bologna auf den Rund-
erlaß vom 11. Mai 1944 wurde erst
am 1. September 1944 verfaßt.

Der Einzelfall des Giacomo Luzzatto
C o e n zeigt, daß das AK Bologna
die italienischen Maßnahmen
- wohl wissend, wie die Italiener
reagieren würden - nicht abwartete,
sondern schon am 16. Mai 1944 selbst
mindestens die Festnahme des
schwerkranken Juden C o e n im
Krankenhaus San Orsola unter
entwürdigenden Umständen vornahm.

II.

Einzelfall, in den der Angeklagte direkt ein- geschaltet war

Im April 1944 saßen im Amtsgerichts-
gefängnis in Bologna die drei
Schwestern Ida, Augusta und Josefi-
ne D i e n a als Volljüdinnen ein.
Am 28. April 1944 richtete der
SS-Obersturmführer B i e b e r
vom AK Bologna unter dem Akten-
zeichen IV 38/43 folgendes Schrei-
ben an die Quästur in Bologna:

"Betrifft: D i e n a , Ida,
geb. 8.9.1881 in Bolog-
na, beruflos, ledig,
Volljüdin, wohnhaft in
Bologna, Via Cestello 4

D i e n a , Augusta,
geb. 27.3.1867 in Bologna
beruflos, ledig, Volljü-
din, wohnhaft in Bologna
Via Cestello 4,

D i e n a , Josefine,
geb. 27.8.1863 in Bologna
beruflos, ledig, Voll-
jüdin, wohnhaft in Bolog-
na, Via Cestello 4.

Vorgang: Ohne

Anlagen: Entlassungsbefehle.

Ich bitte, die vorgenannten Jü-
dinnen in das Judenlager Fosso-
li/Carpi zu überführen. Die
Durchschriften der beigelegten
Entlassungsbefehle bitte ich nach
hier zurückzusenden."

Dieses Schreiben ging infolge eines
Fehlers nicht an die Quästur Bologna
sondern an den BdS Italien in Verona.
Dort erhielt es am 3. Mai 1944 den
Eingangsstempel und wurde sogleich
für das Referat IV 4 b mit der Tage-
buch-Nummer 1324/44 ausgezeichnet.
Noch am gleichen Tage wurde es dem
Angeklagten vorgelegt. Dieser setzte
folgende Verfügung auf das Schrift-
stück:

"Der Befehlshaber
der Sicherheitspolizei u. des SD
in Italien
IV B 4

Verona, den 3.5.44

1. Reg. austragen u. urschr. zu-
rücksenden

an AK Bologna

Irrläufer!!! Dort. Reg. u. Absen-
destelle nächstens besser auf-
passen!!

I.A. Boßhammer"

In Bologna setzte ein Bediensteter des dortigen Außenkommandos am 14. Mai 1944 folgenden Vermerk unter die Verfügung des Angeklagten:

"Passieren in Verona oft!!"

Zusammen mit einem neuen Entlassungsbefehl unter dem Datum des 22. Mai 1944 ging das Schreiben nunmehr der Quästur in Bologna zu. Diese ließ die drei alten Damen am 27. Mai 1944 nach Fossoli di Carpi überführen und teilte das am 28. Mai 1944 dem AK Bologna mit.

Das Dokument mit der handschriftlichen Verfügung des Angeklagten läßt zahlreiche Schlüsse zu: Zunächst ergibt seine Verfügung, daß er gegenüber Untergebenen ausgesprochen anmaßend und von oben herab auftrat. Außerdem bestätigt es, ebenso wie seine Verfügung vom 24. April 1944 (Seite 19-21 des Vermerkes vom 15. 10. 1971), die Angaben des Zeugen Eisenkolb, daß der Angeklagte sich mit jeder Kleinigkeit selbst beschäftigte. Daß der Angeklagte in einem derartigen Bagatelldfall eine eigene handschriftliche Verfügung absetzte, macht die Angaben des Zeugen Eisenkolb besonders glaubhaft. Es erscheint auch bemerkenswert, daß der Angeklagte wegen einer solchen Kleinigkeit seinen Untergebenen in Bologna eine derartig scharfe Rüge erteilte. Die Verfügung belegt auch den Fleiß des Ange-

klagten, den der Zeuge Eisenkolb ebenfalls bekundet hat. Der Angeklagte erledigte diese Vorlage noch am Tage ihres Einganges. In Verbindung mit dem Dokument im Falle P l a t s c h i k (Seite 19-21 des Vermerkes vom 15. 10. 1971) belegt das Dokument auch den Umfang der Vorgänge, die der Angeklagte zu bearbeiten hatte. Das Schriftstück im Falle P l a t s c h i k erhielt am 20. April 1944 die Tagebuch-Nr. 932/44. Das Schreiben aus Bologna im Falle Diena erhielt am 3. Mai 1944 beim Judenreferat in Verona bereits die Tgb.Nr. 1324/44. Das bedeutet, daß der Angeklagte in nicht einmal zwei Wochen 392 neue Vorgänge erhielt (wozu noch die Vorgänge zu zählen sind, die er in dieser Zeit mit bereits früher erteilter Tagebuch-Nummer erneut vorgelegt erhalten haben dürfte). Außerdem fällt in diese Zeit auch noch der 1. Mai 1944. Das Dokument belegt weiterhin, daß alle Judenangelegenheiten, die beim BdS Italien in Verona anfielen, sofort zum Judenreferat gelangten. Obwohl das Judenreferat des BdS Italien im April 1944 die Bezeichnung IV 4 b erhalten hatte, verfügte der Angeklagte noch unter der alten Referatsbezeichnung "IV B 4". Vermutlich hatte sich letztere Referatsbezeichnung während seiner jahrelangen Tätigkeit in Berlin bei ihm so festgesetzt, daß er die Umbenennung des Referates in Verona bei seiner Verfügung

übersah. Aus der Tatsache, daß der Angeklagte diesen Vorgang bearbeitete, ergibt sich, daß er sich selbst für Judenangelegenheiten schlechthin für zuständig hielt. Sachlich hatte er an der Verfügung des Außenkommandos Bologna nicht das geringste auszusetzen, obwohl darin die Überstellung von drei Jüdinnen im Alter von 62, 77 und 80 Jahren nach Fossoli di Carpi angeordnet wurde. Die beiden älteren Schwestern waren demnach, wie der Angeklagte wußte, nach den italienischen Bestimmungen geschützt und durften nach diesen Vorschriften nicht einmal festgenommen werden. Mit seiner Verfügung setzte sich der Angeklagte deshalb ausdrücklich über die italienischen Bestimmungen hinweg. Aus dem Vorgang konnte er auch mit aller Deutlichkeit erkennen, daß die drei Schwestern nach Fossoli allein deswegen gebracht werden sollten, weil sie Jüdinnen waren. Irgendwie geartete sicherheitspolizeiliche Gesichtspunkte waren - ihm deutlich erkennbar - für die Festnahme der Jüdinnen nicht maßgebend. F)

F) Die Dokumente zum Fall der Jüdinnen D i e n a beweisen, daß der Angeklagte in Judenangelegenheiten der unmittelbare Dienstvorgesetzte des AK Bologna war und daß er sich dessen - wie seine Verfügung vom 3.5.1944 zeigt - auch eindeutig bewußt war.

LO 70 a - BO(h'blau) Italien
Halbh. h - Transportliste vom
26. 6. 1944

Die drei Schwestern D i e n a wurden am 26. Juni 1944 aus Fossoli di Carpi nach Auschwitz/Birkenau deportiert (Nr. 126-128 der Transportliste). Angesichts ihres Lebensalters dürften sie bei der Ankunft in Auschwitz/Birkenau sogleich vergast worden sein. Konkretere

Schicksalsermittlungen werden noch vorgenommen.

III.

Sonstige Einzelfälle
betreffend Maßnahmen gegen Juden
in Italien

LO 70 b - BO(h'blau) Italien
Halbh. f - Bologna Bl. 68-69

1. Der Fall des jüdischen Rechtsanwaltes Ettore B e m p o r a d , der mit einer Arierin verheiratet war, zeigt, wie die italienischen Behörden mit derartigen privilegierten Juden verfahren, wenn sie allein zu entscheiden hatten. Bemporad war als Jude zunächst festgenommen worden. Nachdem man festgestellt hatte, daß er mit einer Arierin verheiratet war, wurde er durch Verfügung vom 8. Januar 1944 entlassen.

LO 70 b - BO(h'blau) Italien
Halbh. f - Bologna Bl. 70-79

2. Am 18. Mai 1944 wurde "wegen seiner jüdischen Abstammung" der Jude Giuseppe B e r g e r vom AK Bologna festgenommen und in das Gerichtsgefängnis Bologna eingeliefert. Durch Schreiben vom 21. Mai 1944 bat das AK Bologna die Quästur in Bologna, Berger nach Fossoli di Carpi zu überführen. Erst am 5. Juli 1944 antwortete der Quästor von Bologna dem Außenkommando, seine Dienst-

stelle sei nicht in der Lage, Berger nach Carpi zu überstellen, weil die Eisenbahnverbindungen nach Modena unterbrochen seien und für einen Lkw-Transport kein Treibstoff vorhanden sei. Er bat deshalb um Mitteilung, mit welchem Verkehrsmittel die Überstellung vonstatten gehen solle. Als er auf dieses Schreiben vom Außenkommando keine Antwort erhielt, bat er am 27. Juli 1944 um Antwort. Das AK Bologna antwortete nunmehr am 5. August 1944, daß Berger bereits am 6. 6. 1944 vom Außenkommando nach Fossoli überstellt worden sei.

Auch dieser Fall zeigt deutlich, die Einstellung der italienischen Behörden im Vergleich zu denen der deutschen Sicherheitspolizei.

LO 70 b - BO(h'blau) Italien
Halbh. f - Bologna Bl. 108-116

3. Anfang Februar 1944 saß der in Mischehe mit einer Arierin verheiratete Jude Ermanno J a c - c h i a für das AK Bologna in einem Gefängnis ein. Am 7. Februar 1944 ersuchte das AK Bologna die Quästur in Bologna, Jacchia durch Sammeltransport nach Fossoli di Carpi zu überstellen. Die Überstellung erfolgte dann durch die Quästur Modena am 25. 2. 1944. Am 7. März 1944 wurde der Quästor von Bologna, T e b a l d i, von Angehörigen der Faschistischen Partei Italiens ersucht, sich für Jacchia zu verwenden. Schon am 10. März 1944 schrieb

Tebaldi wie folgt an das AK
Bologna und zur Kenntnisnahme
auch an den BdS Italien in Verona:

LO 70 b - BO(h'blau) Italien
Halbh. f - Bologna Bl. 115-116

"Unter Bezugnahme auf das Schreiben Nr. IV 468/43 vom 7. Februar des Jahres der dortigen Dienststelle wird mitgeteilt, daß der oben genannte Jude aus dem Gefängnis Castello Franco in das Konzentrationslager Fossoli bei Carpi überführt worden ist.

Bei dieser Gelegenheit wird darauf aufmerksam gemacht, daß der Vorgenannte, der mit der Arrierin Maria Cigolini verheiratet ist, nach den geltenden italienischen Bestimmungen nicht der Internierung unterliegen sollte, sondern freigelassen werden müßte.

Diese Mitteilung wird auch ^{an} die S.S.-Dienststelle in Verona zur gefälligen Kenntnisnahme gerichtet."

Der Quästor hatte ersichtlich Grund genug, dieses Schreiben zur Kenntnisnahme auch dem BdS Italien in Verona zuzuleiten. Mit Sicherheit wußte Tebaldi, daß nicht das AK Bologna, sondern der BdS Italien in Verona die entscheidende Stelle war, die in derartigen Fällen anzugehen war. Möglicherweise hatte er auch einen entsprechenden Rat von seiten des AK Bologna bekommen. Der Vorgang zeigt weiterhin, wie schnell die Italiener zu helfen versuchten, wenn es galt, einen Juden vor Verhaftung und Deportation zu bewahren. Feststellungen über das Schicksal

Jacchias müssen noch getroffen werden.

Da in Verona allein der Angeklagte Judenangelegenheiten bearbeitete, und da er sich auch um jede Kleinigkeit persönlich kümmerte, steht es außer Zweifel, daß er das Schreiben des Quästors Tebaldi zur Entscheidung vorgelegt erhalten hat.

LO 70 b - BO(h'blau) Italien
Halbh. f - Bologna Bl.132-150
(insbes. Bl.132-136)

4. Am 8. November 1943 wurde in Bologna die Jüdin - und Witwe eines Ariers - Fanny F r a n - c i o n i , geborene Todesco, verhaftet. Später versuchten mehrere Personen, Auskunft über ihr weiteres Schicksal zu erhalten. So schrieb am 24. Januar 1944 die Lehrerin Vallini an das Außenkommando Bologna. Auf dem Brief wurde von deutscher Seite die Verfügung angebracht: "An Questur abgeben". Im Anschluß an diese Verfügung wurde auf dem Brief eine weitere Verfügung angebracht, die wie folgt lautete:

LO 70 b - BO(h'blau) Italien
Halbh. f - Bologna Bl.132-133

"Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD. in Italien
-Außenkommando Bologna -
Tgb.Nr. IV - 38/43

1. Tagebuch austragen.
2. Urschriftlich
an den
Herrn Questore
in B o l o g n a
mit dem Bemerken übersandt,

dass die Jüdin Franconi im Rahmen der Judenaktion am 8.11.1943 festgenommen und nach Deutschland überstellt wurde. Ob sie in der Zwischenzeit verstorben ist, ist hier nicht bekannt. Auskunft wird aus grundsätzlichen Erwägungen heraus nicht erteilt. Ich bitte, die Gesuchstellerin von dort aus entsprechend zu verständigen."

Die vom Obersturmführer Bieber im Februar 1944 verfügte Wendung, daß "Auskunft aus grundsätzlichen Erwägungen heraus nicht erteilt werde", spricht für sich.

LO 70 b - BO(h'blau) Italien
Halbh. f - Bologna Bl. 152-167,
Bl. 201-203

5. Am 26. April 1944 wurde der Jude Usiglio B o n d i , 80 Jahre alt, verwitweter Mischehenpartner und katholisch sowie krank (taub) von der Quästur Bologna auf Anweisung des AK Bologna vom 17. 3. 1944 nach Fossoli di Carpi zur Verfügung der örtlichen deutschen Dienststelle überstellt. Im Anschluß daran versuchten seine Verwandten durch mehrere Schreiben an italienische Dienststellen, seine Entlassung aus Fossoli herbeizuführen. Dies gelang jedoch nicht. Bondi wurde ~~Zuerst~~ dem nächsten aus Fossoli nach Auschwitz/Birkenau abgehenden Transport (am 16. 5. 1944) offenbar nicht angeschlossen, jedoch später, wohl Ende Juli 1944, deportiert. Weitere Feststellungen über sein Schicksal müssen noch getroffen werden.

LO 70 b - BO(h'blau) Italien
Halbh. g - Modena Bl. 53-63

LO 48 -ZO(gelb) Bassi
5. 3. 63, S. 3-4

6. Der mit einer Arierin verheiratete Jude Alberto Bassi wurde Anfang Februar 1944 vom Gefängnis San Vittore in Mailand nach Fossoli überstellt. Dort blieb er als Mischehenpartner bis zur Auflösung des Lagers. Über Verona dann am 2. August 1944 wurde er nach Auschwitz/Birkenau deportiert. Er überlebte das Kriegsende und kehrte nach Mailand zurück. Inzwischen ist er verstorben. Seine Ehefrau ersuchte unter Berufung auf die entsprechenden Ausnahmebestimmungen die italienischen Behörden, ihren Mann freizulassen. Nachdem durch Korrespondenz zwischen den Quästuren von Modena und Mailand klargestellt war, daß die Angaben der Ehefrau Bassi's zutrafen, richtete der Quästor von Modena am 13. April 1944 folgendes Schreiben an die Leitung des Lagers Fossoli di Carpi:

LO 70 b - BO(h'blau) Italien
Halbh. g - Modena Bl. 60-61

"Die Republikanische Quästur Mailand hat mit Schreiben vom 5. 4. 1944 mitgeteilt, keine Bedenken gegen die Annahme des Gesuches der Frau Evelina Assunta Rizzoli, Tochter des verstorbenen Alfonso, zu erheben, mit dem diese um die Freilassung ihres im Betreff genannten Ehemannes bittet, da dieser einer Mischehe angehört, wie in den Weisungen des Innenministeriums vorgesehen ist, die mit telegraphischem Rund-erlaß Nr. 3968/442 vom 7. März 1944 übersandt worden sind. Es wird gebeten zu veranlassen, daß der Bassi nach Mailand zu seiner Familie entlassen wird, sofern seitens der Deutschen Dienststelle im

Lager keine Bedenken erhoben werden."

Der italienische Leiter des Lagers Fossoli antwortete auf dieses Schreiben am 3. 6. 1944 mit folgenden Ausführungen:

LO 70 b - BO(h'blau)Italien
Halbh. g - Modena Bl. 62-63

"Unter Bezugnahme auf das Schreiben vom 29. Mai d.J. Nr.07483 teile ich mit, daß hinsichtlich der Entlassung des im Betreff genannten Juden, der einer gemischten Familie angehört, sich die örtliche Deutsche Dienststelle für die erforderliche Genehmigung an diejenige in Verona gewandt hat, von der bisher noch keine Antwort eingegangen ist."

Daß für diese Entscheidung in Verona allein der Angeklagte zuständig war, bedarf keiner weiteren Ausführungen. Wie seine Entscheidung ausfiel, zeigt das weitere Schicksal Bassi's.

LO 70 b - BO (h'blau) Italien
Halbh. g - Modena Bl.67-71

7. Der jüdische Mischling Mario C a s t e l n u o v o befand sich seit dem 17. Februar 1944 in Fossoli. Auf Anfrage des italienischen Innenministeriums über die Quästur Modena teilte der italienische Lagerleiter von Fossoli am 7. 6. 1944 der Quästur Modena folgendes mit:

"In Beantwortung des Schreibens vom 3. des Monats/Nr.086308 teile ich mit, daß sich der oben genannte Jude seit dem 17.Februar dieses Jahres in diesem Lager befindet. Zur Zeit befindet er sich im Neuen Lager.

Ebenso wie für andere jüdische Mischlinge werden Weisungen der Deutschen Dienststelle bezüglich der eventuellen Entlassung erwartet."

Feststellungen über das weitere Schicksal Castelnovo's müssen noch getroffen werden.

LO 70 b - BO(h'blau) Italien
Halbh. g - Modena Bl.85-110

8. Der Fall des 77-jährigen Eugenio Guastalla aus Modena ist besonders bemerkenswert. Am 19. Juni 1944 richtete der Obersturmführer Bieber vom AK Bologna unter dem Aktenzeichen IV 4 b - 38/43 - folgendes Schreiben an den Quästor in Modena:

LO 70 b - BO(h'blau) Italien
Halbh. g - Modena Bl.85

"Betrifft: Guastalle, Eugenio,
geb. 5.10.1866 in Modena.
Vorgang: Mein Schreiben vom
16.5.1944 - IV - 38/43

Mit meinem Schreiben vom 16. Mai 1944 ersuchte ich um sofortige Festnahme und Überstellung nach dem Lager Fossli des Juden Guastalla, der sich z.Z. als Bombenflüchtling in Formigine aufhält. Auf mein Ersuchen bin ich bisher ohne jede Antwort geblieben.

Ich bitte um umgehende Mitteilung, ob die Festnahme und Überstellung bereits durchgeführt, gegebenenfalls um Angabe der Hinderungsgründe. Ich bemerke, dass die Festnahme ohne Rücksicht auf Alter und Krankheitszustand durchzuführen ist."

Der Quästor von Modena antwortete am 4. Juli 1944 dem AK Bologna wie folgt:

LO 70 b - BO(h'blau) Italien
Halbh. g - Modena Bl. 86-88

"Auf den entsprechenden Befehl der dortigen Dienststelle ist heute die Festnahme des Juden Guastalla ausgeführt worden, der in das Gefängnis S. Eufemia überführt worden ist. Es wird jedoch darauf hingewiesen, daß die Juden, die ein Alter von 70 Jahren überschritten haben, nach den im März dieses Jahres erteilten ministeriellen Anordnungen nicht interniert werden dürfen, sondern nur einer Überwachung durch Polizeiorgane unterstellt werden sollen."

Außerdem wurde auf dem Antwortschreiben ein handschriftlicher Vermerk vom 5. Juli 1944 angebracht, in dem es heißt:

"Das Ministerium einschalten. Er soll zunächst in einem Pflegeheim untergebracht werden."

Am 9. Juli 1944 schrieb der Leitende Quästor von Modena an das italienische Innenministerium:

LO 70 b - BO(h'blau) Italien
Halbh. g - Modena Bl. 92-94

"Es wird dem dortigen Ministerium mitgeteilt, daß die Deutsche Polizeidienststelle des S.D. in Bologna mit Schreiben No. IV - 38/43 vom 4.7.1944 die Verhaftung der im Betreff genannten Person angeordnet hat, weil sie der jüdischen Rasse angehört. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß der im Betreff genannte Jude älter als 70 Jahre ist, sich sittlich und politisch immer bestens geführt hat und durch diese Dienststelle unter Beachtung der geltenden ministeriellen Weisungen den Guastalla stets der vorgeschriebenen Überwachung unterworfen hat. Ich erwarte in diesem Fall weitere Anweisungen."

Das italienische Innenministerium
antwortete am 11. September 1944:

LO 70 b - BO(h'blau) Italien
Halbh. g - Modena Bl.103-104

"Unter Bezugnahme auf das oben
angegebene Schreiben wird in Ab-
schrift das beigelegte Gesuch zur
eventuellen Vorlage bei der zu-
ständigen Deutschen Behörde über-
sandt, mit dem Frau Ottavia Gua-
stalla De Benedetti die Entlassung
ihres im Betreff angegebenen Ehe-
mannes erbittet.
Um baldige gefällige Antwort
wird gebeten."

Dieses Schreiben zeigt die ganze
Ohnmacht der Italiener. Das Schreiben
weicht einer Entscheidung, zu der
der Quästor von Modena das Innen-
ministerium offensichtlich zwingen
wollte, aus. Es enthält keine Anwei-
sung an die Quästur ¹Modena. Anderer-
seits enthält es auch keine Aufhebung
der italienischen Privilegierungs-
erlasse. Vielmehr wird angeregt, die
Angelegenheit den "zuständigen deut-
schen Behörden" vorzutragen. Dies
zeigt, daß man sich beim italieni-
schen Innenministerium durchaus im
klaren war, wer die tatsächliche Macht
in solchen Angelegenheiten hatte.
Andererseits zeigt das Schreiben aber
auch, daß das Innenministerium
weiterhin in der Judenfrage an seinen
Erlassen festhielt.

Guastalla wurde am 25. Juli 1944 nach
Fossoli di Carpi überstellt. Sein
weiteres Schicksal ist bisher nicht
festgestellt. Es soll versucht werden,
dazu noch Ermittlungen zu führen.

LO 70 b - BO(h'blau) Italien
Halbh. g - Modena Bl. 111-117

9. Im März 1944 war der mit einer Arierin verheiratete Jude Hinko H i r s c h l in Fossoli di Carpi inhaftiert. Nachdem seine Ehefrau um seine Freilassung er- sucht hatte, richtete die Quä- stur Modena am 29. Mai 1944 folgendes Schreiben u. a. nach Fossoli:

LO 70 b - BO(h'blau) Italien
Halbh. g - Modena Bl. 113-115

"Das beigelegte, von der im Betreff genannten Ausländerin eingereichte Gesuch um Ent- lassung ihres Ehemannes Hinko Hirschl aus dem Konzentrations- lager Fossoli bei Carpi wird zurückgereicht mit der Mit- teilung, daß nach dem tele- graphischen Runderlaß Nr. 3968/442 vom 7.3.1944 des Innenministeriums - Abteilung für die Allgemei- nen und Vertraulichen Ange- legenheiten -, der die Wohl- tat der Nichtinternierung auf die verheirateten aus- ländischen Juden mit ari- schen Staatsbürgern jeder Nationalität ausdehnt, auch der vorgenannte Jude ent- lassen werden könnte. Ich bitte deshalb, diesbe- züglich die dortige Auffassung mitzuteilen, nachdem zuvor die obigen Angaben nachge- prüft und außerdem das vor- herige Einverständnis der örtlichen Deutschen Dienst- stelle eingeholt worden ist."

Der italienische Leiter des La- gers Fossoli antwortete, daß sich Hirschl als Internierter im Lager Fossoli bei Carpi be- finde und daß dieses Lager den deutschen Dienststellen unter- stehe. Weitere Feststellungen über das Schicksal Hirschl's müssen noch getroffen werden.

LO 70 b - BO(h-blau) Italien
Halbh. g - Modena Bl. 118-122

LO 70 b - BO(h'blau) Italien
Halbh. g - Modena Bl. 118

10. Am 12. Februar 1944 richtete das AK Bologna unter dem Aktenzeichen IV - 148/44 - folgendes Schreiben an den Quästor in Modena:

"Betrifft: Juden Dr. Ernst
L a n d s b e r g,
geb. 19.3.1876 in
Berlin
Vorgang: ohne.
Anlagen: 1 Entlassungsschein

In der Strafanstalt Castelfranco/Emilia befindet sich für die hiesige Dienststelle der Volljude Dr. Ernst L a n d s b e r g, geb. 19.3.1876 in Berlin, in Polizeihaft. Auf Weisung des Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des SD. in Italien ist Dr. Landsberg dem Konzentrationslager Fossoli bei Carpi zu überstellen. Ich bitte, Dr. Landsberg von Castelfranco nach Fossoli zu überstellen und mir nach Durchführung Bericht zu erstatten. Ein Entlassungsschein für die Strafanstalt Castelfranco ist beigelegt."

Aus dem Schreiben ergibt sich mit aller Deutlichkeit, daß Dr. Landsberg "auf Weisung des Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des SD in Italien" zu überstellen war. Diese Weisung kann nur eine des Angeklagten gewesen sein, da dieser am 12. Februar schon etwa zwei Wochen lang in Verona Dienst tat. Dr. Landsberg wurde am 26. Februar 1944 nach Fossoli gebracht. Ermittlungen über sein weiteres Schicksal sind noch anzustellen.

LO 70 b - BO(h'blau) Italien
Halbh. g - Modena Bl. 123-140

11. Im Februar 1944 befand sich der mit einer Arierin verheiratete katholische Jude Mario L e v i in Fossoli di Carpi. Seine Ehefrau versuchte unter Berufung auf die italienischen Ausnahmegesetzgebungen, seine Freilassung bei den italienischen Behörden durchzusetzen. Nach einiger Korrespondenz zwischen den italienischen Behörden, durch die festgestellt wurde, daß bei den italienischen Dienststellen keine Bedenken gegen die Freilassung des Levi bestanden, schrieb der Quästor von Modena am 27. Mai 1944 an den italienischen Leiter des Lagers Fossoli:

LO 70 b - BO(h'blau) Italien
Halbh. g - Modena Bl. 135-137

"Es wird mitgeteilt, daß Eleonora Ballabene ein Gesuch bei der hiesigen Dienststelle eingereicht hat, um die Entlassung ihres im Betreff genannten Ehemannes zu erreichen mit der Begründung, daß die Gesuchstellerin arischer Rasse und katholischer Religion ist. Aufgrund des telegraphischen Runderlasses Nr. 3968/442 vom 7.3.44 des Innenministeriums - Generaldirektion der Sicherheitspolizei - hat die hiesige Dienststelle in Übereinstimmung mit der Auffassung der Quästur Mailand keine Bedenken, daß Levi aus dem dortigen Lager entlassen wird, nachdem zuvor die örtliche Deutsche Dienststelle um ihr Einverständnis angegangen worden ist, da der Vorgenannte auf Befehl der Deutschen Behörde interniert worden ist. Falls der Vorgang einen günstigen Ausgang nimmt, bitte ich Sie zu veranlassen, daß der

vorgenannte Jude mit einem Passierschein in seine Herkunftsgemeinde zurückgebracht wird..."

Der italienische Lagerleiter antwortete am 3. 6. 1944 wie folgt:

Lo 70 b - BO(h'blau) Italien
Halbh. g - Modena Bl. 139-140

"In Beantwortung des Schreibens vom 27. des vergangenen Monats Nr. 06716 teile ich mit, daß sich hinsichtlich der Entlassung des im Betreff genannten Juden die örtliche Deutsche Dienststelle bereits seit einiger Zeit an die Dienststelle in Verona gewandt hat, um deren Einverständnis zu erhalten, das jedoch bis jetzt nicht erteilt worden ist."

Schon die deutsche Lagerleitung von Fossoli hatte also versucht, die Freilassung von Levi in Verona durchzusetzen, und zwar schon einige Zeit vorher. Über das weitere Schicksal Levis müssen noch Ermittlungen angestellt werden.

LO 70 b - BO(h-blau)Italien
Halbh. g - Modena Bl. 141-156

12. Der in Mischehe mit einer Arierin verheiratete katholische Jude Ugo L ö b e n s t e i n , der in Fossoli interniert war, versuchte, unter Berufung auf die italienischen Bestimmungen seine Entlassung zu betreiben. Dazu kam es jedoch nicht. Bemerkenswert ist der handschriftliche Vermerk auf dem Schreiben der Quästur von Modena vom 27. Mai 1944, und zwar unter dem Datum des 24. 7. 1944, das Konzentrationslager sei von den Deutschen übernommen worden.

LO 70 b - BO(h'blau) Italien
Halbh. g - Modena Bl. 154-156

Dieser Vermerk belegt, daß die italienische Lagerleitung offenbar kurz vor der Auflösung des Lagers Fossoli von der deutschen Sicherheitspolizei völlig ausgeschaltet wurde. Was aus Löbenstein geworden ist, konnte bisher noch nicht festgestellt werden.

LO 70 b - BO(h'blau) Italien
Halbh. g - Modena Bl. 161-177

13. Im April 1944 wandte sich die arische Ehefrau des in Fossoli inhaftierten Juden Giuseppe M i l s t e i n an die italienischen Behörden, um die Erlaubnis zum Besuch ihres Ehemannes in Fossoli zu erhalten. Nach Korrespondenz über die Quästur von Modena mit der italienischen Lagerleitung in Fossoli wurde mitgeteilt, daß gegen einen derartigen Besuch - auch von der örtlichen deutschen Befehlsstelle in Fossoli - keine Bedenken bestünden. Am 31. Oktober 1944 übersandte das italienische Innenministerium einen Antrag der arischen Ehefrau Milsteins auf Entlassung ihres Ehemannes aus Fossoli an die Quästur von Modena. Diese mußte dann nach entsprechenden Ermittlungen am 16. November 1944 dem Innenministerium mitteilen, daß Milstein zusammen mit anderen Internierten inzwischen von den deutschen Behörden weggeschafft worden war, wie man weiter mitteilte, "vermutlich nach Deutschland". Die italienischen Behörden, das zeigt dieser Vorgang (wie auch andere), hatten demnach keine Kenntnis davon, wohin die Juden aus Fossoli gebracht wurden.

Über das Schicksal Milsteins sollen noch weitere Feststellungen getroffen werden.

LO 70 b - BO (hellblau) Italien
Halbh. g - Modena Bl. 187-195

14. Zu den im Lager Fossoli inhaftierten Mischehepartnern gehörte auch der ebenfalls mit einer sogenannten Arierin verheiratete Jude Piazza A l c e s .

Am 5. Juni 1944 richtete der Quästor von Modena das nachfolgende, Alces betreffende Schreiben an den italienischen Leiter des Lagers Fossoli:

LO 70 b - BO (h'blau) Italien
Halbh. g - Modena Bl. 187-189

"Die Quästur Como hat mitgeteilt, daß das Innenministerium, Generaldirektion für die Öffentliche Sicherheit, mit Schreiben Nr. 447/11209 vom 23. 4. d.J. angeordnet hat daß aufgrund des telegraphischen Runderlasses Nr. 3968/442 vom 7. 3. d.J. der im Betreff genannte Jude, verheiratet mit Grisetti Giacinta Regina, Tochter des verstorbenen Giovanni, arischer Abstammung und katholischer Religion, entlassen werden möge. Es wird gebeten, nach vorangegangener Übereinkunft mit der örtlichen deutschen Dienststelle zu veranlassen, daß, sofern der Piazza sich verpflichtet, das Zusammenleben mit seiner Ehefrau wieder aufzunehmen und sich in der Provinz Como niederzulassen, der Obengenannte entlassen und mit Passierschein zur Quästur Como geschickt wird."

Der italienische Lagerleiter von Fossoli antwortete am 12.6. 1944 dem Quästor von Modena wie folgt:

LO 70 b - BO(h'blau) Italien
Halbh. g - Modena Bl. 190-191

"In Beantwortung des Schreibens vom 5. des Monats Nr. 06163 teile ich mit, daß, wie schon in anderen Fällen angegeben worden ist, sofern es sich um die Entlassung von Juden handelt, die einer Mischehe angehören, sich die Deutsche S.S. Befehlsstelle in Verona äußern muß, die bisher noch keine diesbezügliche Entscheidung hierher zur Kenntnis gebracht hat. Die von der hiesigen Leitung in verschiedenen anderen ähnlichen Fällen an die örtliche Deutsche Dienststelle gerichteten eiligen Anfragen haben bisher kein Ergebnis gezeitigt."

Dieses Schreiben beweist, daß eine ganze Reihe von Fällen inhaftierten jüdischen Mischehenpartner an die Dienststelle in Verona, d.h. also an den Angeklagten hergetragen wurde und daß dieser derartige Entscheidungen hinausschob. Der Grund dieses Verhaltens des Angeklagten kann nur darin liegen, daß er die jüdischen Mischehenpartner in Fossoli festhalten wollte, bis sich eine günstige Gelegenheit für ihn ergab, sie auch nach Auschwitz/Birkenau abschieben zu können. Diese Gelegenheit kam Anfang August 1944 mit der notwendig gewordenen Auflösung des Lagers Fossoli.

Auch Alces wurde im Zusammenhang mit der Lagerauflösung, wie das Schreiben des Quästors von Modena vom 15. Juli 1944 ergibt, vermutlich nach Auschwitz/Birkenau deportiert. Weitere Feststellungen über sein Schicksal werden noch getroffen.

LO 70 b - BO(h'blau) Italien
Halbh. g - Modena Bl. 198-205

15. Der in Fossoli internierte türkische Jude Leone T r e v e s, der Katholik und mit einer sogen. Arierin verheiratet war, ersuchte im Februar 1944 die italienischen Behörden, ihn unter Berufung auf die entsprechenden Ausnahmegestimmungen aus Fossoli zu entlassen. Nach diesbezüglichen Feststellungen schrieb der Quästor von Modena betr. Treves am 2. April 1944 an den italienischen Lagerleiter von Fossoli:

LO 70 b - BO(h'blau) Italien
Halbh. g - Modena Bl. 200-201

"Die Quästur in Mailand erhebt keine Bedenken, daß der oben genannte Jude, dort interniert, verheiratet mit einer arischen Frau, entlassen werden und nach Mailand zurückkehren kann. Veranlassen Sie deshalb bitte in einverständlichem Einvernehmen mit dem Deutschen Lageroffizier das Erforderliche."

Nachdem der Quästor von Modena schon am 19. April 1944 in Fossoli die Antwort angenommen hatte, schrieb der italienische Lagerleiter am 24. April 1944:

LO 70 b - BO(h'blau) Italien
Halbh. g - Modena Bl. 204-205

"In Beantwortung des Erinnerungsschreibens vom 19. des Monats Nr. 06713 teile ich mit, daß die Deutsche Lagerdienststelle für die Entlassung des Treves das Einverständnis der Dienststelle in Verona beantragt hat, deren Entscheidung sie, wie auch für andere zu Entlassende, noch erwartet."

Über das weitere Schicksal von Treves müssen noch Ermittlungen angestellt werden.

LO 70 b - BO(h'blau) Italien
Halbh. g - Modena Bl. 205-217

LO 70 a - BO(h'blau) Italien
Halbh. f - 5. 4. 44

16. Etwa im Februar 1944 hatte der in Fossoli inhaftierte 81-jährige und kranke Jude Professor Dalla Volta unter Berufung auf die italienischen Ausnahmegesetze die italienischen Behörden um seine Entlassung aus dem Lager ersucht. Die Präfektur Florenz teilte dieses Ersuchen am 3. März 1944 dem Chef der Provinz Modena und zugleich zur Kenntnisnahme dem italienischen Innenministerium mit und bat darum, Dalla Volta ärztlich untersuchen zu lassen und das Ergebnis dem Innenministerium sowie ihr selbst mitzuteilen. Der Quästor von Modena, dem das Schreiben über den Präfekten von Modena zugeleitet worden war, ordnete am 16. 3. 1944 die ärztliche Untersuchung Dalla Voltas an. Ob es zu einer Untersuchung kam, steht nicht fest. Am 4. Juni 1944 jedenfalls teilte die italienische Lagerleitung von Fossoli mit, daß Dalla Volta am 5. April 1944 aus Fossoli deportiert worden sei. In der Liste des Transportes vom 5.4.44 ist Dalla Volta nicht aufgeführt. Dies läßt den Schluß zu, daß dem Transport noch mehr Personen angeschlossen wurden, als in der Liste aufgeführt sind. Auch über das Schicksal Dalla Voltas sollen noch weitere Feststellungen getroffen werden. Angesichts seines Lebensalters dürfte jedoch kein Zweifel daran bestehen, daß er bei der Ankunft in Auschwitz/Birkenau sofort vergast wurde.

LO 70 a - BO(h'blau) Italien
Halbh. d (3) - 29. 7. 1944

LO 70 b - BO(h'blau) Italien
Halbh. e - Gemeindearchiv Carpi
Bl. 70-74

Soweit ersichtlich, sind die Namen der vorstehend genannten jüdischen Mischehenpartner in der Liste vom 29. Juli 1944 über eine Geldverteilung in Fossoli nicht enthalten. Dies untermauert zusätzlich die Ausführungen auf Blatt 9-11 des Vermerkes vom 15. Oktober 1971, daß dem Transport vom 2. August 1944 nach Auschwitz/Birkenau eine erhebliche Anzahl jüdischer Mischehenpartner angeschlossen wurde.

IV.

Neue Erkenntnisse über das Lager
Fossoli di Carpi aufgrund von Do-
kumenten aus dem Gemeindearchiv
Carpi (vgl.) Seite 302-304, 314-316,
328-336, 339-348 der Anklageschrift)

Die Dokumente aus dem Gemeindearchiv in Carpi beweisen, daß dieses Lager zunächst ein rein italienisches Internierungslager war und erst Anfang März 1944 vom BdS Italien übernommen wurde. Aufgrund des Gesetzes vom 30. November 1943 wurde Fossoli als Internierungslager für Juden errichtet. Dies ergibt sich aus einem Schreiben der Präfektur von Modena vom 2. Dezember 1943 an den Bürgermeister der Gemeinde Carpi. Darin heißt es:

LO 70 b - BO (h'blau) Italien
Halbh. e - Carpi Bl. 53-55

"Da es dringend erforderlich ist, die Errichtung eines Konzentrationslagers für Juden in der dortigen Gemeinde zu veranlassen bitte ich, zweckdienliche Vereinbarungen mit der Quästur zu treffen, damit die Aufbauarbeiten sofort begonnen werden können und der Betrieb des Lagers keine Verzögerung erleidet."

Die Gemeinde Carpi antwortete dem Chef der Provinz Modena am 4. Dezember 1943 mit folgenden Ausführungen:

LO 70 b - BO (h'blau) Italien
Halbh. e - Carpi Bl. 49-52

"Ich beehre mich, den Erhalt des Schreibens vom 2. d.M. - A 32056 Rag. zu obigem Betreff anzuzeigen, von dem ich Kenntnis genommen habe.
Ich bestätige (?) gleichzeitig, daß hinsichtlich der Einrichtung des Konzentrationslagers zwischen dem Unterzeichneten, dem Herrn Quästor und dem Kommissar Tagliatela bereits vorläufige Absprachen stattgefunden haben und daß schon Anordnungen für die Ausführung und für eine erste Arbeitsgruppe gegeben worden sind."

Am 15. Dezember 1943 schrieb die Quästur Modena an den Präfekturkommissar in Carpi:

LO 70 b - BO (h'blau) Italien
Halbh. e - Carpi Bl. 46-48

"Unter Bezugnahme auf das Schreiben vom 9. d. M. Nr. 6023 wird mitgeteilt, daß das Ministerium die Einsetzung eines Beamten zur Leitung des Konzentrationslagers Fossoli angeordnet hat, der nach seiner Ankunft die vollständige Reorganisation aller Lagerdienste veranlassen wird."

Am 29. Dezember 1943 schrieb der Quästor von Modena an den italienischen Lagerleiter von Fossoli u.a. folgendes:

LO 70 b - BO(h'blau) Italien
Halbh. e - Carpi Bl. 56-59

"Das Ministerium hat die Ankunfts- zahlen der im Konzentrationslager Fossoli bei Carpi zu internierenden Juden, die aus nachstehenden Provinzen her- stammen, vorangekündigt:

Florenz.....	Nr. 500
Venedig	" 163
Aosta	" 37
Forli	" 14
Mailand	" 51
Ancona	" 10
Turin	" 8
Rieti	" 14
Varese	" 30
insgesamt	Nr. 827

Dies wird zur gef. Kenntnissnahme mit der Bitte mitgeteilt, für ihre Unterbringung jeweils nach An- kunft in den Baracken des alten Lagers Sorge zu tragen in der Er- wartung, daß die laufenden Arbei- ten am neuen Lager beendet wer- den."

Ebenfalls am 29. Dezember 1943 schrieb die Carabinieri in Carpi an den Präfekturkommissar in Carpi:

LO 70 b - BO(h'blau) Italien
Halbh. e - Carpi Bl. 43-45

"Im Konzentrationslager Fossoli, wo sich zur Zeit 97 internierte Juden befinden und weitere 800 demnächst eintreffen werden, für deren Bewachung 37 Militärperso- nen eingesetzt sind, ist über- haupt kein Brennholz vorhanden, weder für die Essenszubereitung noch für eine Beheizung. Es wird um entsprechende Veranlassung und diesbezügliche Nachricht ge- beten."

Ende Dezember 1943 waren demnach erst 97 Juden im Lager Carpi inter- niert. Die Masse der Einlieferungen erfolgte also im Jahre 1944. Bis Anfang März 1944 muß dann das Lager Fossoli als italienisches

Internierungslager gedient haben. Das ergibt sich aus weiteren Dokumenten. Am 6. März 1944 schrieb die Quästur von Modena an den Präfekturkommissar in Carpi:

LO 70 b - BO(h'blau) Italien
Halbh. e - Carpi Bl. 9-13

"Die Deutsche Befehlsstelle des S.D. in Italien mit Sitz in Verona bittet, das Grundstück zur Verfügung zu stellen, das an das neue Konzentrationslager Fossoli angrenzt. Ich bitte Sie, den Eigentümer festzustellen, um ihn auf Ersuchen mit dem Beamten des obengenannten Kommandos (der obengenannten Befehlsstelle) in Verbindung zu bringen, der mit der Abwicklung der Angelegenheit beauftragt worden ist. Bitte bestätigen Sie".

Schon am 1. März 1944 hatte die Gemeinde Carpi an die Landwirtschaftsgesellschaft S. Marino in Fossoli folgendes Schreiben gerichtet:

LO 70 b - BO(h'blau) Italien
Halbh. e - Carpi Bl. 14-17

"Die Dienststelle der SS und des SD in Verona benötigt dringend die Übernahme eines an das neue Lager Fossoli angrenzenden Grundstücksteils (Via), um dort Baracken zu errichten. Die Gesamtfläche beläuft sich auf ungefähr 12000 m².

Da ich erfahren habe, daß die dortige Gesellschaft Eigentümerin des genannten Grundstücks ist, bitte ich Sie mir höflichst umgehend die Bedingungen mitzuteilen, unter denen Sie bereit sind, das betreffende Grundstück abzutreten.

Zur Zeitersparnis können Sie unmittelbar der Deutschen Dienststelle der SS und des SD in Verona, Corso Vittorio Emanuele 11, antworten und diese Antwort uns zur Kenntnisnahme vorlegen. Ich danke Ihnen".

Diese Dokumente belegen, daß das Lager Carpi frühestens Anfang März 1944 in die Verwaltung des BdS Italien übernommen wurde, wie auch die Zeugen T i t h o und H a a g e angegeben haben. Daneben blieb bis in den Juli 1944 hinein auch eine italienische Lagerleitung in Fossoli, wenngleich diese keine praktische Entscheidungsbefugnisse mehr besaß. Das zeigen in aller Deutlichkeit die bereits oben unter III erörterten Dokumente betr. die verschiedenen Einzelfälle. Aus dieser Tatsache folgt weiter, daß der Angeklagte den ersten Transport aus Fossoli di Carpi am 22. Februar 1944 zu einem Zeitpunkt organisierte, als das Lager noch unter italienischer Verwaltung stand. Das beweist, daß er es war, der Fossoli zum Judensammellager und Ausgangspunkt für die von ihm durchgeführten Deportationstransporte aus- suchte und bestimmte. Daß nach Fossoli dann auch später andere Häftlingskategorien eingeliefert wurden, steht dem ebenso wenig entgegen wie der Umstand, daß Fossoli schon zu einem früheren Zeitpunkt vom BdS Italien als polizeiliches Durchgangslager ausersehen war. Denn die spezielle Funktion als Sammellager für Juden gab der Angeklagte dem Lager, und zwar zu einem Zeitpunkt, als es noch gar nicht in die deutsche Verwaltung übernommen worden war.

LO 70 b - BO(h'blau) Italien
Halbh. e - Carpi Bl. 24-29
sowie " 30-32

Die Korrespondenz des italienischen Roten Kreuzes mit der Gemeinde Carpi

ergibt eine weitere Bestätigung dafür, daß das Lager Fossoli Ende Juli/Anfang August 1944 geräumt worden und das verantwortlich dafür der BdS Italien in Verona, also der Angeklagte, war. Die italienischen Behörden erfuhren nicht einmal, wohin die Insassen des Lagers Fossoli gebracht worden waren.

LO 70 b - BO(h'blau) Italien
Halbh. e - Carpi Bl. 103-110

Aus erhalten gebliebenen Rechnungen der Bäckerei C h i e s i ist zu ersehen, welche Brot- und Zwiebackrationen die am 16. Mai 1944 aus Fossoli deportierten Juden erhielten. Die Gesamtmenge und die angegebenen Mengen der einzelnen Rationen lassen Schlüsse auf die Gesamtzahl der mit diesem Transport deportierten Juden zu. Es handelt sich um Rationen für mehr als 900 Menschen für acht Tage.

LO 70 b - BO(h'blau) Italien
Halbh. e - Carpi Bl. 111-116

Unter welchen Umständen ein angeblich "auf der Flucht" erschossener Häftling des Lagers Fossoli auf dem Friedhof in Carpi bestattet werden mußte, zeigt das Protokoll der Gemeinde Carpi über die Beisetzung vom 23. Juni 1944. Aus der von dem Zeugen T i t h o unterschriebenen Bescheinigung vom gleichen Tage ergibt sich, daß er die Vorgänge im Lager seiner Funktion als Lagerleiter gemäß überwacht hat.

V.

Die Deportation der jüdischen Häft-
linge des italienischen Internie-
run gslagers V^b Vechio bei Padua

LO 52 - SO(orange) Dr. Ravenna
18. 6. 71, S. 2/3 der
Übersetzung
29. 6. 71

LO 49 a - ZO(gelb) Namias Norsa
19.10. 71

LO 70 b - BO(h'blau) Italien
Halbh. d - Bl. 1-26
Halbh. a - Ital. Quästur- und
Präfekturakten/Padua
Bl. 10-12, 28

In V^b Vechio in der Provinz Padua war - in einer Villa - ein kleines italienisches Internierungslager eingerichtet, in dem die italienischen Behörden im ersten Halbjahr 1944 zwischen 40 und 50 Juden interniert hatten. Am 17. Juli 1944 wurden mindestens 40 dieser Juden - darunter die Zeugin Bruna N a m i a s N o r s a - in V^b Vechio verhaftet und in das Gefängnis Padua eingeliefert. Im Zugangsbuch des Gefängnisses heißt es jeweils ausdrücklich, daß die fraglichen Juden zur Verfügung der "Sicherheitspolizei Verona" einsäßen. Am 19. Juli 1944 wurde die gesamte Gruppe nach Triest in das Gefängnis San Saba überstellt. In den Registern des Gefängnisses Padua heißt es wiederum jeweils ausdrücklich, die Entlassung in Padua sei auf Anordnung der "Sicherheitspolizei Verona" erfolgt. Damit dürfte feststehen, daß die Verhaftung der Juden aus V^b Vechio und deren Überstellung nach Triest von der Dienststelle des Angeklagten in Verona und nicht etwa vom Außenkommando Padua durchgeführt wurde.

LO 70 b - BO(h'blau) Italien
Halbh. d - Bl. 29

LO 28 a - ZO(h'blau) Herbst
25. 6. 64 S. 5
15. 9. 71 S. 4/5

LO 49 a - ZO(gelb) Namias Norsa
o. D. sowie
19. 10. 71

LO 73 - BO(gelb) Auschwitz
Halbh. f - Kalendarium 1944
(8/55)

Anderenfalls würde das Zugangsbuch - wie im Falle anderer Verhafteter - entsprechende Hinweise enthalten. Bestätigt wird das durch die Angaben des Zeugen H e r b s t , der als damaliger Leiter des AK Padua mit der Räumung des Lager Vö Vechio nichts zu tun hatte. Aufgrund der Aussage dieses Zeugen ist es nicht unwahrscheinlich, daß der Angeklagte mit einigen seiner Untergebenen die Aktion in Vö Vechio, möglicherweise von Bologna aus, persönlich durchgeführt hat.

Von San Saba in Triest wurden die Juden aus Vö Vechio zusammen mit anderen, in Triest einsitzenden jüdischen Häftlingen - insgesamt waren es 86 Personen in zwei Viehwaggons - am 1. August 1944 nach Auschwitz/Birkenau deportiert, wo der Transport am 3. August 1944 ankam. Von den mindestens 40 Juden aus Vö Vechio haben das Kriegsende nach den Angaben der Zeugin Namias N o r s a nur wenige überlebt. Den Transport nach Auschwitz/Birkenau dürfte der BdS Triest, möglicherweise nach Einschaltung des HSSPF für das adriatische Küstenland des SS-Gruppenführers Odilo G l o b o c n i k , organisiert haben. Die Überstellung der Juden aus Vö Vechio nach Triest hingegen kann nur der Angeklagte veranlaßt haben. Die Gründe für diese Abweichung vom sonst praktizierten

System der Überstellung nach Fossoli di Carpi lassen sich nur vermuten. Wahrscheinlich bot sich dem Angeklagten gerade eine günstige Transportmöglichkeit nach Triest über das Padua benachbarte Venedig, die gegenüber dem langen Landweg in das bereits durch Partisanen gefährdete und zur Auflösung vorgesehene Fossoli, in das er keine größeren Gruppen von Juden mehr einliefern wollte, vorzuziehen war. Zur Durchführung dieser Überstellung nach Triest muß der Angeklagte zwangsläufig mit dem BdS Triest, möglicherweise sogar mit Globocnik persönlich entsprechende Absprachen getroffen haben.

VI.

Weitere Judenfestnahmen in Padua
(vgl. auch Seite 22 des Vermerkes vom 15. Oktober 1971)

LO 70 b - BO(h'blau)Italien
Halbh. d - Bl. 31-36
Halbh. a - Bl. 42 sowie 19-27

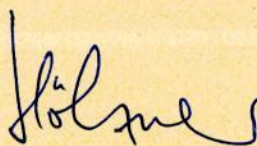
Das Zugangsbuch des Gefängnisses von Padua gibt in Verbindung mit einigen bereits vorliegenden Dokumenten aus dem Staatsarchiv Padua weiteren Aufschluß über Judenverhaftungen in Padua. Danach wurden am 30. Juli 1944 in Padua mindestens 5 Juden verhaftet und am 1. August 1944 zwecks Überstellung aus dem Gefängnis Padua entlassen. Daß diese Gruppe - ebenso wie die Juden aus

den Gefängnissen in Turin und Mailand (vgl. S. 370-379 der Anklageschrift und S. 27-28 des Vermerkes vom 15. 10. 1971) - aufgrund entsprechender Anordnungen des Angeklagten nach Verona überstellt und von dort aus deportiert wurde, kann nach den Gesamtumständen nicht zweifelhaft sein.

LO 70 b - BO(h'blau)Italien
Halbh. d - Bl. 41-42

Das Zugangsbuch des Gefängnisses Padua weist weiterhin aus, daß noch am 4. April 1945 zwei am 30. März 1945 außerhalb Paduas verhaftete Jüdinnen in das Gefängnis eingeliefert wurden, und zwar von dem Zeugen **H i n t e r k e u s e r**. Die beiden Gefangenen wurden erst am 26. April 1945 - offenbar im Zusammenhang mit dem Abrücken des Außenkommandos aus Padua - auf dessen Weisung freigelassen und der italienischen Polizei übergeben.

Berlin 21, den 1. Dezember 1971



(Hölzner)

Erster Staatsanwalt

**Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht**

Gesch.-Nr.: 1 Ks 1/71 (RSHA)

Bitte bei allen Schreiben angeben!

31. Januar 1972
Nur in dieser Sache 1 Berlin 21, des..... 1309
(betr. RSHA) Anschrift: Turmstr. 91,
1 Berlin 19 (Charlottenburg), den
Amtsgerichtsplatz 1
Fernruf: 306 0011 (App.: _____)
(Im Innenbetrieb: 968)
Telefax 1 82 749
Sprechstunden: Montags bis freitags von 8.30 – 13.00

Mit

Vermerk vom 20. Januar 1972
sowie 8 Überstücken dieses Vermerks

dem Vorsitzenden des Schwurgerichts
bei dem Landgericht Berlin
- 12. Tagung -

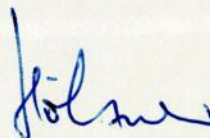
Herrn LGDir Dr. F i t z n e r

i m H a u s e - E 213 -

unter Bezugnahme auf den beigegeführten Vermerk vom 20. Januar 1972 vorgelegt.

Der Vermerk enthält die zusammenfassende Auswertung der Dokumente, die nach dem 1. Dezember 1971 aus Italien hier eingegangen sind und die dem Gericht bereits vorliegen (LO 70 c, Halbhefter a) und b)).

Ich bitte, das von mir unterschriebene, für die Akten bestimmte Stück meines Vermerks zu Bd. CXXXIV zu nehmen. Fünf Stücke des Vermerks sind für die richterlichen Mitglieder des Schwurgerichts und die Ergänzungsrichter als Handexemplare bestimmt. Die restlichen drei Stücke bitte ich den Verteidigern und dem Angeklagten zuzuleiten.



(Hölzner)

Erster Staatsanwalt

✓
im Bd. CXXXIV aufnehmen.

1.12.71
A

Ad.

1 Ks 1/71 (RSHA)

V e r m e r k

Über den wesentlichen Inhalt der nach dem 1. Dezember 1971
von der Sachverständigen Dr. R a v e n n a überreichten
Unterlagen aus den Beständen der Staatsarchive in
Mailand und Ferrara

Nach den Erlassen des AK Bologna vom 20. Dezember 1943 (vgl. S.8-12 des Vermerkes vom 1. Dezember 1971) sollten jüdische Mischlinge ersten Grades nur dann in die Judenmaßnahmen einbezogen werden, wenn sie der jüdischen Religionsgemeinschaft angehörten. Auszunehmen waren danach jüdische Mischlinge ersten Grades, die zum christlichen Glauben übergetreten waren. Eine zeitliche Beschränkung für diesen Übertritt gab es nicht. Gleiche Bestimmungen galten offensichtlich für den Befehlsbereich der Gruppe Oberitalien, West des BdS Italien; insbesondere im Zuständigkeitsbereich des AK Mailand. Das ergibt sich aus dem Telegramm des Provinzchefs V a r e s e (Varese gehörte zum Bereich des AK Mailand) vom 27. Dezember 1943 an das italienische Innenministerium, in dem im Hinblick auf die Verstöße gegen die italienischen Bestimmungen durch

LO 70 c - BO (h'blau) Italien
Halbh. b - Mailand Bl.1, 2

LO 70 c - BO (h'blau) Italien
Halbh. b - Mailand Bl.3/4

LO 70 c - BO (h'blau) Italien
Halbh. b - Mailand Bl.5/6

LO 70 c - BO (h'blau) Italien
Halbh. b - Mailand Bl.7-13

LO 70 c - BO (h'blau) Italien
Halbh. b - Mailand Bl.14/15

die Anordnungen der deutschen Sicherheitspolizei um Weisung des italienischen Innenministeriums ersucht wird. Das Innenministerium (T a m b u r i n i) antwortete darauf am 15. Januar 1944 telegraphisch, daß die erforderlichen Vereinbarungen mit den zuständigen deutschen Dienststellen zu treffen seien. Am 16. Januar 1944 forderte das AK Mailand (Unterzeichner: K r a u s e , der Leiter der Abteilung IV; Verfasser: offensichtlich K o c h , wie sich aus der Paraphe "K" ergibt) die Präfektur von Varese auf, alle im Polizeigefängnis Varese zur Verfügung der Quästur Varese einsetzenden Juden in das Gefängnis San Vittore in Mailand zur Verfügung des AK Mailand zu überstellen. Vor Eingang dieses Schreibens in Varese übersandte die Quästur von Varese am 20. Januar 1944 dem AK Mailand unter Hinweis auf entsprechende mündliche Vereinbarungen zwischen dem Provinzchef von Varese und dem AK Mailand Verzeichnisse der jüdischen Misch- und Mischehenpartner linge/ sowie der über 70 Jahre alten und der kranken Juden, die in der Provinz Varese lebten.

Das AK Mailand (Unterzeichner: K r a u s e ; Verfasser: K o c h) antwortete daraufhin am 27. Jan. 1944 dem Quästor von Varese, daß auch die

über 70 Jahre alten und die kranken Juden, soweit transportfähig, sofort festzunehmen und bis zum 29. Jan. 1944 in das Gefängnis San Vittore zu überstellen seien. Die Frist wurde offensichtlich gesetzt, um die fraglichen Juden noch dem für den 30. Jan. 1944 aus Mailand vorgesehenen Deportations-transport nach Auschwitz/Birkenau anschließen zu können (vgl. S. 305 bis 308 der Anklageschrift). Hinsichtlich der Mischlinge und in Mischehe lebenden Juden wurde im Schreiben vom 27. Jan. 1944 hingegen ausdrücklich angeordnet, daß keine Festnahmen zu erfolgen hätten. Dies entsprach der Regelung, die sich inzwischen offenbar eingespielt hatte. Die ursprünglichen deutschen Bestimmungen - im Bereich der anderen Außenkommandos dürften ähnliche Erlasse ergangen sein wie die Erlasse vom 20. Dez. 1943 im Bereich des AK Bologna - waren offensichtlich durch die deutsche Praxis, möglicherweise aufgrund von Interventionen italienischer Dienststellen unter Berufung auf die inzwischen ergangenen Erlasse des italienischen Innenministeriums, abgeändert worden. Jüdische Mischlinge ersten Grades wurden danach also zunächst nicht in die deutschen Judenmaßnahmen einbezogen. Dem

Quästor von Varese blieb nichts anderes übrig, als der Anordnung des AK Mailand vom 27. Januar 1944 Folge zu leisten.

LO 70 c - BO (h'blau) Italien
Halbh. b - Mailand Bl.19-21

Der Provinzchef von Varese teilte am 31. Januar 1944 dem italienischen Innenministerium (unter Bezugnahme auf dessen Erlasse vom 15. - s. oben - und 23. Januar 1944 - vgl. Vermerk vom 1. Dezember 1971, S. 13/14 -) telegraphisch mit, was das AK Mailand angeordnet hatte, und führte weiter aus, die deutschen Behörden hätten die Übergabe der Juden ohne Ansehung des Alters und gesundheitlichen Zustandes verlangt, obwohl ihnen die entgegenstehenden Weisungen des D u c e erläutert worden seien. Es sei lediglich möglich gewesen, für Mischlinge und jüdische Mischehenpartner (= gemischte Familien) eine Ausnahme zu erhalten.

LO 70 c - BO (h'blau) Italien
Halbh. b - Mailand Bl.86/87

Eine erneute Einschränkung der Ausnahmen hinsichtlich der jüdischen Mischlinge erfolgte Anfang Februar 1944 - nach dem Dienstantritt des Angeklagten in Verona. Dies ergibt sich aus dem Schreiben des AK Mailand vom 12. Febr. 1944 an die Quästur von Varese. Jüdische Mischlinge - im konkreten Falle der jüdische Mischling Michele Vitale - wurden nunmehr in die Deportationsmaßnahmen einbezogen, wenn sie am

30. September 1938 noch Mitglieder der jüdischen Religionsgemeinschaft gewesen waren. Spätere Übertritte zum christlichen Glauben wurden nunmehr im Gegensatz zur bisherigen Praxis nicht mehr berücksichtigt. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß diese Änderung der Deportationsrichtlinien (zu den bisherigen Bestimmungen vgl. Ziff. 3 des Erlasses des AK Bologna vom 20. Dezember 1943 an die Quästur von Bologna und Ziff. 1 des Erlasses des AK Bologna vom 20. Dezember 1943 an die Quästur von Modena, S. 8-11 des Vermerkes vom 1. Dezember 1971) auf entsprechende Anordnungen des Angeklagten zurückgeht. Die damit eingeleitete teilweise Erfassung auch der jüdischen Mischlinge stieß zwar weiterhin auf italienischen Widerstand, wie die verschiedenen Erlasse des italienischen Innenministeriums belegen. Der auf einen entsprechenden Erlaß des Angeklagten an die verschiedenen Außenkommandos zurückgehende Runderlaß des AK Bologna vom 4. April 1944 (vgl. Bl. 22-27 des Vermerkes vom 1. Dez. 1971)

bestätigte jedoch teilweise die ab Februar geltenden Einschränkungen hinsichtlich der jüdischen Mischlinge, wenngleich seine Bestimmungen insoweit äußerst widerspruchsvoll erscheinen. Ziff. 7 des Erlasses sieht zwar vor, daß jüdische Mischlinge nicht festgenommen und deportiert werden sollten. Nach Ziff. 2 lit. b galten Mischlinge ersten Grades (= Halbjuden) jedoch als Volljuden, wenn sie der jüdischen Religionsgemeinschaft angehörten oder mit einem Volljuden verheiratet waren. Der Stichtag (30. Sept. 1938) war allerdings fallengelassen worden. Zusätzliche Verwirrung schuf Ziff. 3 des Erlasses, der bestimmte, daß die augenblickliche Religionszugehörigkeit unberücksichtigt zu lassen war. Immerhin wäre es angesichts der widerspruchsvollen Bestimmungen unter Berufung auf Ziff. 7 des Erlasses möglich gewesen, jüdische Mischlinge schlechthin von den Judenmaßnahmen auszunehmen. Der Mischling Michele Vitale allerdings wurde nach Fossoli

LO 70 c - BO (h'blau) Italien
Halbh. b - Mailand Bl. 67-93

di Carpi überstellt und von dort aus am 16. Mai 1944 nach Auschwitz/Birkenau deportiert (Nr. 570 der Transportliste vom 16. Mai 1944), obwohl er außerdem Invalide war (ihm fehlte ein Auge, auf dem anderen Auge war er halb erblindet, außerdem fehlte ihm ein Bein), an epileptischen Anfällen litt, deswegen stets eine Begleitperson haben mußte und von den italienischen Behörden nach ärztlicher Untersuchung für nicht transportfähig erklärt worden war.

Etwa Anfang Mai 1944 ordnete der Angeklagte eine weitere Verschärfung hinsichtlich der mit Ariern verheirateten Juden an. Hatte er bisher schon unter Verstoß gegen seine eigenen Erlasse zahlreiche Angehörige dieser Gruppe festnehmen und nach Fossoli einliefern oder mindestens dort festhalten lassen (vgl. insbesondere S. 54 des Vermerkes vom 1. Dezember 1971 sowie S. 7 bis 11 des Vermerkes vom 15. Oktober 1971), so veranlaßte er ab Mai 1944 über das AK Mailand die Festnahme dieser nach italienischen Bestimmungen bis zuletzt privilegierten Personengruppe mindestens im Bereich der Quästur von Varese. Bezeichnenderweise ließ er diese Maßnahme offenbar durchführen, ohne die entsprechenden Erlasse (vgl. Erlass des

AK Bologna vom 4. April 1944) formell abzuändern. Der Grund für dieses heimliche Vorgehen dürfte darin zu suchen sein, daß er bei offenem Vorgehen mit dem Widerstand der italienischen Behörden sowie mit lauten Protesten der arischen Verwandtschaft und Schwägerschaft der betroffenen Juden zu rechnen gehabt hätte, wodurch erhebliche Unruhe unter der italienischen Bevölkerung entstanden wäre. Er zog es deshalb vor, die nunmehr mindestens im Bereich Varese systematische Erfassung auch der jüdischen Mischehenpartner, die er bis dahin lediglich in Einzelfällen betrieben hatte, im Stillen durchzuführen.

Dokumentarische Belege für die systematische Erfassung der jüdischen Mischehenpartner liegen bisher nur für den Bereich des AK Mailand und dort nur Varese betreffend vor. Ob im Zuständigkeitsbereich der übrigen Außenkommandos in entsprechender Weise verfahren wurde, steht nicht fest. Die zahlreichen Festnahmen jüdischer Mischehenpartner in Italien, nachweisbar insbesondere im Bereich des AK Bologna, weisen allerdings aus, daß der Angeklagte bestrebt war, zumindest im Stillen auch jüdische Mischehenpartner nach Möglichkeit in die Deportationsmaßnahmen einzu beziehen. Jedenfalls wies der Zeuge K o c h , der bekundet hat, jeweils nur auf Weisungen des Angeklagten aus Verona hin gehandelt zu haben, am 8. Mai 1944 den Quästor von Varese an, unter anderen auch mit Ariern

LO 28 b - ZO (h'blau) Koch
24.6.1970 S. 3-6

LO 70 c - BO (h'blau) Italien
Halbh. d - Mailand Bl. 26-30,
35-40,
49-54

LO 28 b - ZO (h'blau) Koch
24.6.1970 S. 5

verheiratete Juden sowie Juden mit türkischer Staatsangehörigkeit festzunehmen und nach San Vittore zu überstellen. Der Zeuge K o c h erinnert sich speziell daran, daß er die Anweisung zur Verhaftung von Juden mit türkischer Staatsangehörigkeit vom Judenreferat aus Verona, und zwar vom Angeklagten, erhalten hat. Im Hinblick darauf liegt es nahe, daß der Angeklagte ihm zugleich auch die Weisung erteilt hat, jüdische Mischehenpartner festnehmen zu lassen. Die Gegenvorstellungen der italienischen Dienststellen gegen die Weisung K o c h s blieben erfolglos. Den Italienern blieb deshalb keine andere Wahl, als der Anordnung zu entsprechen. Auf diese Weise kam es u.a. zur Verhaftung der mit einem Arier verheirateten Jüdin Clara Pirani (nicht: Pisani), die dann nach Mailand überstellt wurde. Sie kam später nach Fossoli und von dort aus am 2. August 1944 über Verona nach Auschwitz/Birkenau, wo sie umgebracht wurde (vgl. S. 9-11 des Vermerkes vom 15. Oktober 1971 sowie S. 371, 373-374 der Anklageschrift).

Mit welcher Konsequenz die Festnahme und weitere Behandlung der Juden durch die Dienststellen des BdS Italien gehandhabt wurden, beweist das Schreiben des AK Mailand (unterzeichnet: K r a u s e , Verfasser vermut-

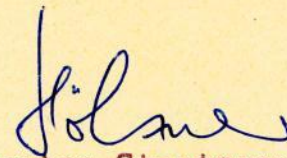
LO 70 c - BO (h'blau) Italien
Halbh. b - Mailand Bl. 62/63

LO 70 c - BO (h'blau) Italien
Halbh. a - Ferrara Bl. 1-13

lich K o c h) vom 8. August 1944
an die Präfektur in Mailand betr.
den am 31. Juli 1944 "auf der Flucht
erschossenen" Juden Salomon R a t h .

Die Unterlagen aus dem Staatsarchiv
Ferrara betreffen u.a. zwei weitere
Einzelfälle aus dem Bereich des
AK Bologna: ein jüdischer Mischling
sowie ein jüdischer Mischehenpartner
wurden unter Verstoß gegen die
Erlasse des BdS Italien deportiert.
Es handelt sich um den katholischen
Ingenieur und jüdischen Mischling
Edgardo F i n z i , der am
22. April 1944 nach Fossoli über-
stellt und von dort am 16. Mai 1944
nach Auschwitz/Birkenau deportiert
wurde (Nr. 146 der Transportliste
vom 16. Mai 1944) sowie um den in
Mischehe mit einer Arierin verheira-
teten Juden Aldo T e r m i n , der
am 4. April 1944 vom AK Venedig ver-
haftet wurde und in der Folgezeit
über Fossoli nach Auschwitz/Birkenau
deportiert worden sein dürfte. Nähere
Feststellungen über das Schicksal
der genannten Personen sollen noch
getroffen werden.

Berlin 21, den 20. Januar 1972


Erster Staatsanwalt

Bd. CXXXIV

Bd. CXXXIV